

J. publ. G.

381

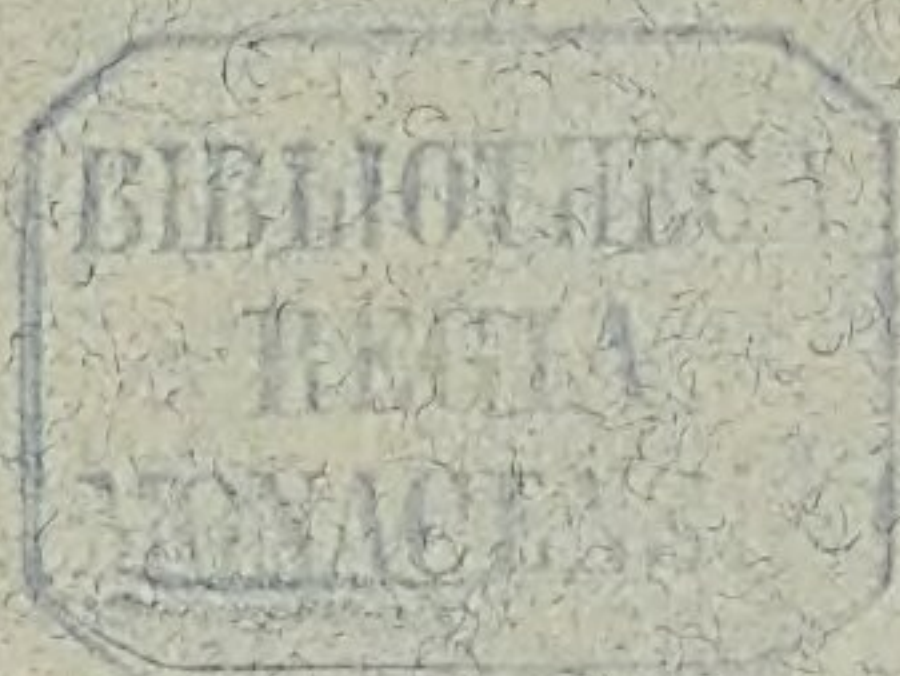
7

T. publ. G. 381 7 / Kirchhöfer

Bayerische Staatsbibliothek



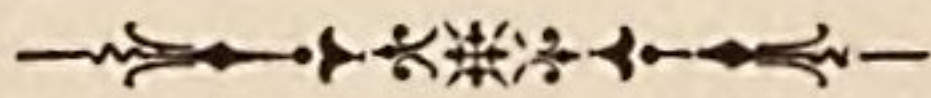
N <36653383630017



Zur Entstehung
des
Kurcollegiums.

Von

Dr. Reinhold Kirchhöfer.



Halle a. S.

Druck und Verlag von C. A. Kaemmerer & Co.
1893.

Der erste Teil der vorliegenden Arbeit war als
Inaugural-Dissertation gedruckt.



Inhalts-Übersicht
am Schlusse der Arbeit.

Seinem verehrten Lehrer,

Herrn

Professor Dr. Wilhelm Arndt

in Leipzig

in D a n k b a r k e i t.



I. Einleitung.

Die Frage der Entstehung des Kurcollegiums, d. h. des Collegiums von Fürsten, deren Rechte als Wähler der deutschen Könige in dem berühmten Reichsgesetz der Goldenen Bulle für alle Zeit festgestellt und festgelegt worden sind, hat schon im 13. Jahrhundert die Köpfe vieler Rechtskundigen, Schriftsteller und Gelehrten beschäftigt. Durch die Festsetzungen der Goldenen Bulle kam die Frage für einige Zeit zur Ruhe. Doch bereits im 17. Jahrhundert wurden sich Gelehrte wieder bewusst, dass durch dieses Gesetz zwar das Kurcollegium für alle Zeit anerkannt und seine Rechte fixiert seien, dass aber seine Entstehung und Entwicklung bis zu seinem Endpunkte noch der Aufklärung bedürfe. Kaum war diese Frage aufgeworfen, so beschäftigte sie wieder viele Forscher, im vorigen Jahrhundert besonders von Ohlenschläger¹⁾ und Gemeiner²⁾; in unserem Jahrhundert fand sie mehrfach eingehende Erörterungen, jedoch ohne wirklich abschliessend gelöst zu werden. Homeyer und Ficker sahen sich, bei der Beschäftigung mit den deutschen Rechtsbüchern des 13. Jahrhundert, veranlasst, auf diese

1) „Neue Erläuterungen der Goldenen Bulle“ Leipzig 1766.

2) „Auflösung der bisherigen Zweifel über die Entstehung der kurfürstlichen Würde“ 1793.

Frage einzugehen. Lorenz¹⁾ und Baerwald²⁾ konnten bei ihm Studien über die Geschichte der Könige Rudolf von Habsburg und Baierns diese Frage nicht umgehen. Philipps³⁾ suchte Klarheit über die Frage zu schaffen durch Sammlung und Sichtung des Materials über die deutschen Königswahlen bis zur Goldenen Bulle. Waitz⁴⁾ nahm bei einer Besprechung der Darlegungen von Ficker und Philipps Anlass, sich eingehender zu der Frage zu äussern. Die Aufstellungen von Waitz⁵⁾ riefen eine neue Behandlung der Frage hervor durch Haedicke⁶⁾ und diese wieder eine Entgegnung von Waitz. Gleichzeitig beschäftigten sich Schirrmacher⁷⁾ und Wilmanns⁸⁾ mit der Entstehung des Kurfürstencollegiums. In einer Besprechung dieser beiden Arbeiten äusserte sich Meyer⁹⁾ auch selbst über diese Frage und gab mancherlei Anregung für die weitere Forschung. Weiland¹⁰⁾ betrachtete die Königswahlen im 12. und 13. Jahrhundert, um der Lösung der Frage näher zu kommen. Auch er fand noch keine endgültige Lösung. Sehr eingehend behandelte Harnack¹¹⁾ den Gegenstand. Tannert¹²⁾ und Quidde¹³⁾ versuchten sich,

1) „Die siebente Kurstimme bei Rudolf I. Königswahl. Wiener Sitz-Ber. Philol.- hist. Kl. XVII 175—216.

2) Zur Echtheit der Urkunde Rudolfs. Sitz.- Ber. d. W. Ak. Philol.- hist. Kl. XXI; S. 129.

3) Die deutsche Königswahl bis zur Goldenen Bulle. Wiener Sitz-Ber. Philol.- hist. Kl. XXIV S. 386 und XXVI S. 41—185.

4) Gott. Gel. Anz. III. S. 624 ff.

5) Deutsche Verfassungsgeschichte. Band VI (1875).

6) „Kurrecht und Erzamt der Laienfürsten“ Progr. der Fürstenschule zu Pforta 1872.

7) Die Entstehung des Kurfürstencollegiums 1874.

8) Die Reorganisation des Kurfürstencollegiums 1874.

9) Die neuesten Forschungen über die Entstehung des Kurfürstencollegiums (Mitt. a. d. hist. Lit. III 1875).

10) Über die deutschen Königswahlen im 12. und 13. Jahrh. (Forsch. XX; 1830).

11) Das Kurfürstencollegium bis zur Mitte des 14. Jahr. 1883.

12) „Die Entwicklung des Vorstimmrechts unter den Staufern“ 1884.

13) „Die Entstehung des Kurfürstencollegiums“ 1884.

von verschiedenen Angriffspunkten ausgehend, an der Lösung der Frage, ohne dass es ihnen gelungen wäre, sie endgültig zu lösen.

Das vorliegende Material an Urkunden und darstellenden gleichzeitigen Quellen ist allerdings so lückenhaft, dass vielleicht nie eine allen Anforderungen genügende Lösung der Frage möglich sein wird. Nur durch völlig unvoreingenommene Erwägung und Abwägung aller in Betracht zu ziehenden entwicklungsgeschichtlichen, verfassungsrechtlichen und politischen Momente wird man der Lösung der Frage möglichst nahe kommen können.

In dieser Weise ist Maurenbrecher¹⁾ fünf Jahre später als Quidde vorgegangen. Er hat sich das grosse Verdienst erworben, die irrigen Auffassungen der oben genannten Forscher grösstenteils aufgedeckt und die endgültige Lösung der Frage ausserordentlich weit gefördert zu haben.

Will man der Frage der Entstehung des Kurcollegiums näher treten, so darf man nicht vorübergehen an der Aufgabe, die von den Forschern bisher darüber geäusserten Ansichten und aufgestellten Hypothesen auf ihre Wahrheit und Haltbarkeit zu prüfen. Wir müssen zu diesem Zwecke zurückgehen auf die Quellen, auf deren Interpretation jene aufgebaut sind, so dürftig und lückenhaft sie auch sind, und aus deren unbefangener Prüfung neue Gesichtspunkte für unsere Frage zu finden suchen. Die festen Punkte in der Ueberlieferung müssen als Ausgangspunkte dabei gewählt werden. Es können bei der Beurteilung nur die wesentlichen, den Kern der Frage der Entstehung des Kurcollegiums, berührenden Punkte in den Ansichten der Forscher berücksichtigt werden; nebensächliche Einzelheiten in denselben müssen unbeachtet bleiben.

Alle Forscher haben an ihren Teile, der eine mehr, der andere weniger, zur Klärung der Frage beigetragen;

1) Geschichte der deutschen Königswahlen vom Zehnten bis dreizehnten Jahrhundert 1889.

und wenn auch die letzten Forscher unter Benutzung aller Vorarbeiten der Lösung der Frage ziemlich nahe gekommen sind, so ist ihnen doch hin und wieder der klare Blick, der das natürliche, zunächst Liegende, in der Sache selbst Begründete erkennt und in's Auge fasst, verloren gegangen, und das hat sie auch zu ungenügend begründeten Hypothesen zuweilen geführt. Maurenbrecher allein hat sich infolge seiner völlig unbefangenen Prüfung der Quellen, soweit er auf unsere Frage eingegangen ist, fast völlig vor solchen Irrtümern bewahrt.

I. Geschichtliche Ereignisse, Königswahlen im 11. und 12. Jahrhundert.

Nachrichten über ein Kurcollegium, ein Collegium von Fürsten, denen allein das Recht zustand den deutschen König zu wählen, finden sich zuerst im 13. Jahrhundert. Dass ist der Endpunkt der Entwicklung. Die Anfänge treten nicht so deutlich hervor. In der Zeit der fränkischen Könige werden die „Episcopi, abbates, comites et majores natu“, des ganzen Reiches zu den Beratungen über den Nachfolger des Königs und dessen Wahl herangezogen¹⁾. Aus der Reihe der Comites treten gegen Ende des 9. Jahrhunderts die Duces der Stämme heraus. Die Wahlen werden seitdem nicht mehr von dem Principes oder Primores des ganzen Reiches der Franken, nicht einmal des ganzen deutschen Volkes vollzogen, sondern nur von einem oder mehreren Stämmen desselben. Die Gewählten gewinnen die übrigen Stämme durch Güte oder mit Gewalt. Erst Conrad II. wird wieder von den Principes des ganzen Volkes auf einer grossen Reichs-Wahlversammlung gewählt.

1) Chron. Moiss. ad a. 813. Carolus imperator . . . habuit consilium cum Episcopis, Abbatibus, et Comitibus et Majoribus natu Francorum, ut constituerent filium suum Ludovicum Regem et Imperatorem cf. Einh. vita Carol. M. cap. 30.

1. Wahl Conrads II.¹⁾

An diese Wahl knüpfen nun viele Untersuchungen an. Wipo spricht von „*Pontifices und saeculares principes, qui tunc in Regnis vigeant, quorum consiliis Francia consuevit Reges eligere*“ oder er nennt auch „*Episcopi et duces ceterique potentes*“ als Wähler; er führt dann 4 Erzbischöfe (die von Mainz, Köln, Trier, Salzburg) und 8 Bischöfe namenlich an, die übrigen giebt er nur summarisch; von Weltlichen nur 8 Duces, die anwesenden Comites (Grafen) führt er nicht mit Namen an. Es finden langandauernde Verhandlungen statt über die aufzustellenden Candidaten. In diesem von den Forschern als Vorwahl bezeichneten Akte werden endlich zwei Candidaten ausgewählt, „*de quibus examen extremum summorum virorum summa deligentia diu deliberatum in unitatis puncto tandem quieuit*“. Der Erzbischof von Mainz wird von dem Volke aufgefordert, wie es ihm zustand, seine Stimme zuerst abzugeben²⁾. Er wählte („*elegit*“) Conrad den Älteren, ihm folgen die übrigen Erzbischöfe und die übrigen Geistlichen³⁾. Von den Weltlichen giebt zuerst der jüngere Conrad, Herzog von Westfranken, seine Stimme ab, es folgen dann die übrigen Principes nach Stämmen⁴⁾. Dem Schluss der Wahlhandlung bildet der „*consensus*“, die Zustimmung des ganzen anwesenden Volkes⁵⁾. Gleich nach der Wahl folgt die Krönung zu Mainz. Es ziehen dahin mit „*omnes episcopi duces et reliqui Principes, quin ingenui omnes*“ und leisten den Huldigungseid, also alle Freien, von den Bischöfen und Herzogen herab bis zu den edelen Freien.

1) Wipo: „*Vita Chuonradi*“. c. 1 und 2.

2) Archiep. Mogunt. cujus sententia ante alios accipienda fuit, rogatus, quid sibi videretur elegit Chuononem.

3) Wipo 2 pag. 31. Hanc sententiam certeri Archiepiscopi et reliqui sacrorum ordinum viri indubitantes sequebantur.

4) Das. Junior Cuono paululum cum Lotharingis placitans statim reversus maximo favore illum ad Dominum et Regem elegit; . . . tunc singuli de singulis Regnis eadem verba electionis saepissime repetebant.

5) Das. Fit clamor populi.

Wie kam ein solcher allgemeiner Wahltag zu Stande.?

Die Bischöfe, Herzoge und gesammten Grossen des ganzen Reiches, dessen Einheit sich unter den sächsischen Königen im Volksbewusstsein festgesetzt hatte, beredeten durch Briefe und Gesandtschaften sich unter einander über das Wohl des Reiches und einigten sich für eine gemeinsame Zusammenkunft auf fränkischem Boden in der Rheinebene zwischen Mainz und Worms.¹⁾

Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, der Erzbischof von Mainz, der Primas des ostfränkischen Reiches, der schon für Ludwig das Kind die Regentschaft im Reiche geführt hatte, von dem Wipo sagt, dass seine Meinung zuerst einzuholen war, habe hier die Sorge für die Neuwahl übernommen und die Wahl in die Wege geleitet.

Wilmanns sieht nun in diesem Modus der Wahl etwas ganz Neues, das nicht von Ungefähr zur Übung gekommen sein könnte. Die Verbindung des Kaisertums mit dem deutschen Königtum, die Macht und bedeutsame Stellung der geistlichen Würdenträger im Reiche und ihr Einfluss in weltlichen Reichsangelegenheiten erscheint ihm ebenso merkwürdig. So kommt er auf den Gedanken, dass das unerklärlich bleibe, wenn man nicht annähme, dass dies durch ein Reichsgesetz und einen Vertrag des deutschen Königs mit der Curie geordnet sei.

Eine Stelle des Ptolemaeus Lucensis²⁾ scheint ihm

1) Das. s. 1. Privata consilia et animos singulorum, cui quisquam consentiret cui dissentiret, aut quem sibi Dominum optaret epistolarum et legatorum commoditas conferebat — — — Tandem conducta est dies notusque locus. Fit publicus conventus etc.

2) Die Stellen lauten: de regimine principum III, 19: „ex tunc (unter Otto III.), ut historiae tradunt, per Gregorium V. similiter Teutonicorum provisus est electio, ut videlicet per septem principes Alemanniae fiat, quae usque ad ista tempora perseverat“. — „Electores igitur“, heisst es in der Historia ecclesiastica XVIII cap. 2 „videlicet per officiales, qui sunt septem etc.

einen Anhalt dafür zu bieten. Und so sucht er glaublich zu machen, dass ein solcher Vertrag zwischen Otto III. und Gregor V. abgeschlossen worden sei. Meyer hat bereits in seiner Abhandlung die Haltlosigkeit dieser Auffassung genügend dargelegt¹⁾. Der Einfluss der Geistlichen in Reichsangelegenheiten, ihre angesehene Stellung im Reiche, beruhte auf ihrer hohen geistigen Bildung, durch die sie alle übrigen Reichsangehörigen überragten, die sie zu Ratgebern der Könige befähigte, was sie auch seit Karl d. G. gewesen waren; dazu kam noch ihre weltliche Macht, da sie Herren grosser Sprengel waren. Der neue Wahlmodus, die allgemeine Wahl seitens aller deutschen Stämme, beruhte wie aus Wipo selbst hervorgeht, auf Vereinbarung der Fürsten unter einander und auf der Thatsache, dass der Reichsgedanke durch die glänzende Regierung der Ottonen in allen Stämmen des deutschen Volkes Wurzel gefasst hatte.

Wichert presst die Ausdrücke „*princeps qui tunc in regnis vigeant*“ und „*summi principes*“, die das *extremum examen* über die Wahlcandidaten vollzogen, und meint, dass diese „*summi principes*“, zu denen die *nobiles* und *ingenui* nicht gehörten, eo ipso einen natürlichen Ausschuss gebildet hätten für die Vorberatung, besonders für die Entscheidung der Vorwahl. Diese allein seien die zur Vornahme der Wahl versammelten und berechtigten Reichsfürsten gewesen. Die niederen Fürsten seien nur so weit in Betracht gekommen bei der Vorwahl, als die *summi principes*, die von jetzt ab auch schlechthin „*principes* oder *principes regni*“ heissen, wegen ihrer nachträglichen Einwilligung ihre Stimmung erforscht haben mussten.²⁾ — Wipo begrenzt den Kreis der *Principes* nicht; es lässt sich nicht feststellen wie weit herab die „*principes potentes*“ oder „*qui in Regnis vigeant*“ reichen.

1) Meyer S. 155.

1) Wichert 82 5.

Der superlativische Ausdruck „*extremum examen summorum virorum summa diligentia*“ ist nur gebraucht, um die Schwierigkeit der Entscheidung anzudeuten; der Superlativ *summi* bei *viri* ist nur der Gleichmässigkeit wegen zu den beiden anderen Superlativen, die das bereits genügend aussprechen, hinzugefügt. Es darf daraus nicht der Sinn abgeleitet werden, den Wichert herauspresst; wie auch die wirkliche Wahl eines Ausschusses seitens aller anwesenden Principes bis herab zu den *monachi* und *nobiles* bei der Wahl Lothars beweist. Die Wahl eines solchen Ausschusses wäre 100 Jahre später nicht erst nötig gewesen, wenn die *summi principes*, womit übrigens *summi viri* schwerlich gleichbedeutend ist, das Recht der Vorwahl, wie Wichert behauptet, kraft ihres Besitzes und ihrer Ämter als ein ihnen ausschliesslich Zukommendes besessen hätten. — Durch diese Erwägung fällt auch schon die Auffassung von von Ohlschlagers hin, dass die Wahlfürsten schon damals vorhanden und nur sieben gewesen seien, und zwar um so mehr, da Wipo allein 12 Erzbischöfe und Bischöfe und 8 Herzoge als zur Wahl anwesend aufzählt¹⁾. Gegen Ohlschlager spricht auch, dass sich Conrad selbst bezeichnet als gewählt „*votis studiis consensu Francorum Lotharingorum, Saxonum, Noricorum* (Bajow.) *Alamannorum*, also fünf Namen nennt, während bei der „Siebenzahl“ nur für vier Raum wäre.

Besonders zu beachten ist in der Darstellung Wipos die Art der Abstimmung; es giebt zuerst der Erzbischof von Mainz, vom *populus* befragt, die ihm zustehende erste Stimme ab, dann folgen die übrigen anwesenden Erzbischöfe, Bischöfe und Geistlichen, dann erst die weltlichen Fürsten und alle die Weltlichen, die ein Wahlrecht hatten (*singuli*) und zwar nach Stämmen (*de singulis regnis*), zuerst der im westrheinischen Franken mächtigste Fürst, dem auch die Lothringer untergeben waren, der jüngere Conrad²⁾.

1) v. Ohlschlager S. 52 ff.

2) Vgl. Maurenbrecher S. 197.

Die nächste Wahl, über welche nähere Nachrichten vorliegen, ist

2. Die Wahl des Gegenkönigs Rudolf von Rheinfelden (1077)¹⁾.

Es berichten darüber Paul v. Bernried, Bruno, Berthold, Marianus Scotus und die Annales von Yburg.

Es ist durchaus keine allgemeine Wahl der Deutschen gewesen. Nach Marianus Scotus sind dabei anwesend gewesen die Schwaben, Sachsen, Herzog Welf von Baiern, sieben sächsische und sechs andere Bischöfe (oder 2 Erzbischöfe, die von Mainz und Salzburg, 7 sächsische, 3 fränkische und 1 bairischer Bischof), dazu 2 Herzoge und andere Principes. Es findet wieder eine Vorwahl (designatio) statt in zwei getrennten Versammlungen, Geistliche und Weltliche gesondert. Darauf folgt dann die gemeinsame formelle Abstimmung (Kur, laudatio). Bei dieser hat nach Berthold²⁾ und Lambert³⁾ wieder dem Erzbischof von Mainz die erste Stimme zugestanden, es folgen ihm wieder die übrigen geistlichen Fürsten; dann die weltlichen, senatus et populus. Das Volk hat gewiss wieder wie bei der Wahl Conrads, in Masse zugestimmt. Die Wählerschaft ist wieder nicht nach unten abgegrenzt⁴⁾.

Wichtiger ist

3. Die Wahl Lothars von Sachsen (1125).

Über sie wird berichtet in der „Narratio de

1) Vgl. die Abhandl. Grunds. „Die Wahl Rudolfs v. Rheinfelden“ 1870.

2) M. G. SS. V, pag. 292: dux Alemanniae primum a Moguntino episcopo, deinde a ceteris, in regem ab omnibus nominatus et electus est. Hos sequitur sine mora totus senatus et populus.

3) SS. V, pg. 204 archiep. Mog., cui potissimum propter primatum Moguntiae sedis eligendi et consecrandi auctoritas deferebatur.

4) Vgl. Grund. Phil. d. 398/402. v. Ohlenschläger S. 80ff.

electione Lotharii¹⁾, sowie von Ordericus Vitalis. Beide erzählen von der Wahl eines Ausschusses zur Vorwahl.

Zunächst ist wichtig, dass die zur Leichenfeier in Speyer anwesenden 10 Fürsten sich über die Neuwahl einigen²⁾ und mit dem Erzbischofe von Mainz an der Spitze das Wahlausschreiben erlassen. Der Erzbischof von Mainz wurde sozusagen als Reichsverweser angesehen bei der Reichsvacanz³⁾. Er leitet auch die Wahl. Ein Vorrecht vor den übrigen Fürsten besaßen die Fürsten, welche die Wahleinladungen ergehen liessen, nicht, massten sich ein solches auch nicht an. Das geht hervor aus der Entschuldigung in dem Wahlschreiben an den Bischof von Bamberg in Beziehung auf ihre Berechtigung zum Erlass des Schreibens⁴⁾. Unter jenen 10 Fürsten waren die Erzbischöfe von Mainz und Köln, die Bischöfe von Constanx, Worms und Speyer, die Herzoge von Baiern und Schwaben, der Pfalzgraf bei Rhein, Abt Udalrich von Fulda und der Graf von Sulzbach. Also: die Klassen der Fürsten, denen die hier genannten Fürsten angehörten, waren mindestens auch wahlberechtigt. Zur Wahl selbst sind zugegen „*Archiepiscopi, Episcopi, Abbates, Duces, Marchiones Comites ceterique Nobiles*“; davon werden in der Narratio namentlich angeführt die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Salzburg, 4 Bischöfe; die Herzöge von Baiern, Schwaben und Sachsen, der Markgraf von Österreich und 3 Grafen; zusammen 14 Fürsten.

1) Quidde hält die Narratio für eine Art von Flugblatt zur Rechtfertigung der Wahl Lothars gegenüber den Staufeu, den Bericht des Ordericus für eine durch Missverständnis aus der Narratio selbst oder der Quelle der Narratio entstandene Darstellung, beide aber nicht für recht glaubwürdig (S. 53/59.)

2) Bernhardi „Lothar“ S. 2ff.

3) Heinrich, Sohn Konrads III., schreibt 1148 an Papst Eugen (Epist. Wibaldi No. 116. Jaffé) Moguntinus archiepiscopus ex antiquo suae ecclesiae et dignitatis privilegio sub absentia principis custos regni et procurator esse dinoscitur.

4) Cod. Udalr. No. 225 bei Jaffé.

Die Wahlbeteiligung ist eine ungeheuer grosse gewesen: Ordericus spricht von der Anwesenheit von 60000 Menschen. Bernhardi reduziert die Zahl auf 10000 und kommt danach etwa auf 500 Wahlberechtigte, immerhin, nach der Zahl der damaligen wahlberechtigten Fürsten Schwabens geschätzt, auf noch mindestens 200 Wähler¹⁾.

Die Zahl der Wähler war also eine zu grosse, als dass in einer Volksversammlung auch nur die Disignation der Candidaten hätte vorgenommen werden können. Daher wird vom Erzbischofe von Mainz zunächst die Wahl eines Wahlausschusses für diesen Zweck vorgeschlagen und ein solcher gebildet²⁾.

Nach der Theorie von Wichert³⁾, wonach den angesehensten Fürsten, *summi principes*, eo ipso dieses Recht zugestanden hätte, wäre ein solcher Vorschlag gar nicht nötig und auch gar nicht möglich gewesen; es seien nach Wichert von diesen die „*utiliores*“ ausgewählt worden in den Ausschuss. Und so ist Wichert gezwungen, da die Zahl der „*summi principes*“ schon eine beschränkte war, für die Wahl Lothars einen Ausschuss von 10 Fürsten anzunehmen. Dieser „natürliche“ Wahlausschuss, fährt Wichert fort, sei die Grundlage des späteren Kurfürstencollegiums geworden, indem er mit der Zeit immer mehr Einfluss auf die Bestimmung der Wahlcandidaten gewonnen und schliesslich die Wahl ganz allein vollzogen habe, so dass den übrigen Fürsten allmählich nur das Recht der Zustimmung zu der von jenen getroffenen Wahl geblieben sei. Ihre Zahl sei nach und nach auf sieben zusammengeschmolzen. — Waitz führt diese allzu spitzfindige, vielfach im Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen stehenden Behauptungen Wicherts auf ihren wahren Wert zurück.

1) Bernh. Lothar v. S. S. 27.

2) Die Narratio sagt c. 2. „*omnes regni principes primo decem ex singulis Bavariae, Sueviae, Franconiae, Saxoniae provinciis Principes consilio utiliores proposuerant.*“

3) S. 85 ff.

Wie Wichert nehmen einen Zehnerausschuss an Haedicke, Schirmacher und auch Quidde. Dagegen fasst Phillips die Worte der Narratio so auf, dass aus jedem der vier genannten Stämme je 10 Principes in den Ausschuss gewählt worden seien. v. Giesebrecht, Waitz, Bernhardi, Harnack, Maurenbrecher stimmen mit ihm überein in dieser Annahme. — Gemeiner würde nach seinen Erwägungen, wenn er auch dem Wahlmodus bei Lothars Wahl näher getreten wäre, ebenfalls auf einen Ausschuss von 10 Fürsten gekommen sein, da er für die Zeit der Wahl Heinrichs V. nur wenig über 52 reichsunmittelbare Principes als vorhanden annimmt¹⁾ und weiter angiebt, dass die Zahl dieser Fürsten erst unter den Staufern eine grössere geworden sei²⁾. Bei dieser geringen Zahl wohlberechtigter Fürsten hätte es keinen Sinn gehabt, einen Ausschuss von 40 Fürsten zu bilden. Die Zahl der wahlberechtigten Fürsten war aber eine bedeutend grössere; denn selbst Gemeiner misst S. 80 ausser den von ihm angeführten Herzogen, Erzbischöfen und Bischöfen auch den reichsunmittelbaren Grafen und Äbten ein Wahlrecht bei; und gewiss besassen ausser dieser immerhin beschränkten Zahl damals auch noch andere Grafen und Äbte das Wahlrecht. Erst nach und nach kam die Anschauung zur Geltung, dass nur die reichsunmittelbaren Principes ein Wahlrecht ausüben dürften³⁾. Bernhardi hat durch seine ziemlich einwandfreie Berechnung gezeigt, dass die Zahl der Fürsten eine so grosse war, dass sehr wohl im Ausschuss von 40 Fürsten gebildet werden konnte, ja bei der so schwierigen Entscheidung über die Candidatenfrage nothwendig war, wenn man auch auf das „quadraginta“, das Ordericus nur wenig Gewicht legen darf. — Übrigens weist auch der Tumult, wenn er, wie es wahrscheinlich

1) Gem. S. 60.

2) Das. S. 39. 72. 75.

3) Vergl. Brief Friedrichs I. an den Papst über seine (eigene) Wahl, dass ihn gewählt „ipsi principes et caeteri procures.“

ist nach der beiläufigen Bemerkung bei Erwähnung der drastischen Scene¹⁾, in einer in geschlossenem Raum abgehaltenen Ausschusssitzung sich ereignet hat, darauf hin, dass mehr als 10 Fürsten versammelt gewesen sein müssen. Die tumultuarische Erhebung Lothars verlegt Wichert, da er in den Ausschuss der Zehn nicht passt, in die allgemeine (Fürsten) Versammlung der 85 von ihm herausgerechneten Fürsten, welche die „electio“ vollziehen sollte. Der Tumult ist nach der „Narratio“ entstanden, als nach Auflösung der Ausschusssitzung der Erzbischof den grösseren Kreis der Fürsten ermahnte, sich über einen Candidaten mit einander zu einigen²⁾, ehe es zu einer geordneten Beratung kam. Die Darstellung dieses Ereignisses ist aber unklar und steht im Widerspruche mit den folgenden Vorgängen, die als in einem verschliessbaren Raume vorgekommen dargestellt werden und thatsächlich auch nur in einen solchen passen.

Lothringen, das geteilt war, scheint mindestens dem Verfasser der narratio nicht als ein besonderer Stamm gegolten zu haben, in 'gleichem Sinne wie die genannten vier anderen Stämme, möglicherweise auch den Zeitgenossen nicht, sonst hätte er es sicher mit nennen müssen. Wo man die lothringischen Wähler unterbringen soll, darüber braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen; da sie Franken waren, so werden sie am natürlichsten unter die Franken zu rechnen sein, worauf ja auch die Thatsache schliessen lässt, dass bereits 100 Jahre früher der Westfranken- Herzog Conrad vor seiner Stimmenabgabe für seinen Oheim sich mit den Lothringern verständigt.

1) narr. c. 5.

2) Die Worte lauten: narr. c. 4. „Proinde cum dimissis . . . jam praenominatis, Principes admonerentur, ut communicato consilio diligenter ratione personam quaererent quem praeficerent, ... clamor exoritur“. Das Wahrscheinlichste ist, dass nach dem Tumulte eine neue Zusammenkunft der Fürsten in geschlossenem Raume stattgefunden hat, wo die Candidatenfrage entschieden werden sollte. Und in dieser mussten erst die erregten Gemüter beruhigt werden.

Es wäre ja sehr wohl möglich die Auffassung von Quidde¹⁾, dass der Ausschuss nach Ständen zusammengesetzt worden sei, ohne dass jedoch daraus die Zahl 10 sich ergäbe. Warum sollten Bischöfe, Äbte und Grafen, die viel später, selbst als sie kein Wahlrecht mehr hatten, noch oft eine Rolle bei den freien Wahlverhandlungen spielten, vom Ausschusse ausgeschlossen werden? Die Nennung der 4 Stämme in der narratio kann doch auch nicht ganz zwecklos sein. Auch ist eine Wahl nach Stämmen gar nichts so Ungewöhnliches und Schwieriges, wie Quidde meint. Die Landtage berieten sich vor der Wahl Heinrichs II²⁾; bei der Wahl Conrads wurde nach Stämmen abgestimmt, wenigstens seitens der weltlichen Fürsten. Die Besprechung, die bei der Wahl Lothars der Herzog von Schwaben mit den Seinigen pflog, die Besprechung des Erzbischofs von Salzburg und des Bischofs von Regensburg mit ihrem Herzoge lassen eine Zusammensetzung des Ausschusses nach Stämmen sehr wohl möglich erscheinen. Die Wahl des Ausschusses wird am wahrscheinlichsten in der Weise vorgenommen worden sein, dass erst jeder Stamm die 10 principes für den Ausschuss vorgeschlagen hat und dann die „omnes regni principes“ die stammweise vollzogene Wahl der vier mal zehn Principes durch Zustimmung gut geheissen haben.

Der Ausschluss designierte 3 oder 4 Candidaten, von denen aber einer nicht anwesend ist. Zwei von ihnen lehnten ab, der dritte machte sich missfällig. Nach dem bekannten Zwischenfalle wurde dann die Wahl „de integro“ vorgenommen. Und es einigen sich alle Wähler auf Lothar von Sachsen³⁾. Über den Modus der Kur, die Art der feierlichen Wahl und die Reihenfolge der Abstimmenden dabei, ist in der narratio nichts gesagt. Der Annalista

1) Quidde S. 60 ff.

2) Ohlenschl. S. 49 ff. cf. Thietmar Lib. IV pg. 358 und lib. V, 365, 366. 369 M. G. SS. III.

3) „Unanimi consensu et petitione Principum sublimatur in Regem“.

Saxo sagt nur¹⁾: „*hic episcopi, duces marchiones comites unanimiter ducem Saxonum Lotharium in regem eligunt.*“ Aus dieser allgemeinen Darstellung ist nichts zu entnehmen; unter den episcopi sind die archiepiscopi mit eingeschlossen; die abbates, die den comites im Range mutatis mutandis gleichstanden, sind, trotzdem sie der Annalista nicht anführt, an der Wahl beteiligt gewesen. Aber man geht sicher nicht fehl, wenn man aus der Reihenfolge, die die Narratio für die Huldigung angiebt, auch die Reihenfolge bei der Kur entnimmt. Es huldigen Lothar erst die Geistlichen (universi Episcopi und die abbates quamplures), dann folgen die Weltlichen, die sie als „Regni principes“ zusammenfasst. Lässt sich auch etwas unbedingt Sicheres aus den vorliegenden Berichten nicht ableiten, so ist doch das Eine völlig zweifellos, dass der Erzbischof von Mainz die Wahl geleitet hat. Die Angabe, dass der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Regensburg nichts ohne ihren weltlichen Oberen, den Herzog von Baiern thun wollten, scheint darauf hinzuweisen, dass diese erst nach ihrem Herzog ihre Stimme abgegeben haben; und daraus liesse sich dann weiter folgern, dass nach dem Erzbischof von Mainz die übrigen Fürsten nach Stämmen ihre Stimme abgegeben haben; doch beweisen lässt sich das nicht. Dass aber die Ausschussmitglieder vor den übrigen Principes den König mit Namen nannten, ist nicht wahrscheinlich um so weniger, da sie ja nur die Candidaten für die engere Wahl vorzuschlagen hatten. Eine Spur eines Kurcollegiums, eines begrenzten Kreises von Fürsten, welche ihre Stimmen hinter einander an erster Stelle abgaben, zeigt sich hier noch nicht; sie würde auch nur in dem Falle anzunehmen sein, wenn sich beweisen liesse, dass jetzt bereits die Herzöge vor den Bischöfen, wenigstens vor den Bischöfen ihres Landes abgegeben hätten¹⁾.

1) M. G. SS. VI, pg. 762.

1) Vgl. Harnack S. 17/18.

Wenn nach Bernhardi¹⁾ Friedrich I. an Papst Hadrian IV. in Beziehung auf die Wahl Lothars schreiben lässt: dass nach dem Erzbischof von Mainz die übrigen Fürsten nach dem Range, der Rangordnung ihre Stimmen abgegeben hätten²⁾, so ist das kein Beweis: denn wir kennen einen solchen ordo nicht. Die darauf gestützte Vermutung von Bernhardi, „dass nach Rang und Alter“ die Einzelnen gestimmt hätten, ist so allgemein, dass sich damit nichts anfangen lässt. Soll es heissen: „nach Ständen und innerhalb der Stände nach dem Alter“, so entspräche das gewiss dem alten Modus; aber über die Cardinalfrage, ob hier noch alle Geistlichen dem Range und Alter nach, vor allen Weltlichen, die ebenfalls dem Range und Alter nach stimmten, ihre Stimmen abgegeben haben, ist damit nicht entschieden³⁾.

4 Die Wahlen Conrads III. und seines Sohnes, 1138 und 1147.

Ein Wahlausschuss war nötig, wo es sich darum handelte, erst die Candidaten für die Neuwahl zu nominieren, zwischen denen man sich bei der Kur zu entscheiden hatte. So lange ein Mitglied des regierenden Fürstenhauses in Frage kommen konnte, fiel diese Notwendigkeit weg. Als König Lothar 1137 kinderlos gestorben war, wäre wieder eine völlige Neuwahl, die Erwählung des Mitgliedes eines anderen Fürstenhauses zu vollziehen gewesen, und es hätte wieder ein Vorwahl-Ausschuss in Thätigkeit treten können. Die staufisch-salische Partei aber, mit dem Erbischofe von Trier an der Spitze, hielt vor dem Zusammentreten der angesagten allgemeinen Wahlversammlung eine vorberatende Zusammenkunft in Koblenz⁴⁾ und, da sie auf dem allgemeinen Wahltage die

1) „Lothar“ S. 43.

2) „quod super est *secundum ordinem*“.

3) vgl. Harnack S. 18.

4) vgl. Harnack S. 11.

Uebermacht Heinrichs d. Stolzen, des Herzogs von Baiern und Erben des sehr umfangreichen Allodialbesitzes Lothars in Sachsen fürchtete, so erwählte sie ihren Candidaten Conrad, den Bruder des Herzogs Friedrich von Schwaben, des Candidaten von 1125, ohne Weiteres zum Könige. Er fand dann auch die Anerkennung der übrigen Fürsten und Stämme, die ebenfalls die Macht Heinrichs fürchteten.

Diese Wahl war wieder, wie die früherer Jahrhunderte, seitens eines Teiles des Volkes vollzogen worden, statt dem neueren Brauche gemäss auf einem allgemeineren Wahltage. Dieser Form der Wahl war allerdings günstig gewesen, dass zur Zeit der Stuhl von Mainz unbesetzt war, der Erzbischof von Köln das Pallium noch nicht hatte; und der baldigen Anerkennung Conrads kamen diese Umstände sowie die Thatsache zu statten, dass somit im Reiche nur ein wirklicher mächtiger Gegner vorhanden war, nämlich nur Heinrich selbst mit seinen Baiern und einigen Anhängern in Sachsen.

Bevor Conrad seinen Kreuzzug antrat, wurde 1147 auf seinen Wunsch sein Sohn „*unanimi principum consentientium acclamatione*“ gewählt. Etwas Näheres aber über die Wahl ist nicht berichtet. Ein vorberatender Ausschuss war überflüssig.

Da dieser noch vor seinem Vater starb, so war bei dessen Tode wieder eine Wahl quasi de integro zu vollziehen.

5. Wahl Friedrichs des Ersten 1152.

Es fanden, entgegen der Ansicht von Quidde¹⁾, nach Otto von Freising²⁾ und Wibald³⁾ Unterhandlungen

1) S. 63. 66.

2) „de gest. Fridr. III, 1, p. 101 (M. G. SS. XX): „cum de eligendo principe primates consultarent (nam id juris imperii apex, scilicet non per sanguinis propaginem descendere, sed per principum electionem reges creari, . . .) tamen ab omnibus Fridericus petitur cunctorumve favore in regem sublimatur“.

3) Ep. 344 ad Eugen. II. Jaffé bibl. I, (S. 495 und 493). „Cooperunt deinde summi principum se per nuntios et literas de habendo inter se colloquio pro regni ordinatione sollicitare“. vergl. Harnack S. 11 u. Anm. 2.

über die Wahl des Nachfolgers statt¹⁾. Deren Ergebnis war die Erzielung der einstimmigen Wahl des Neffen Conrads, des Herzogs Friedrich von Schwaben, durch die „*ipsi principes*“²⁾ oder „*summi principum*“³⁾ und die „*caeteri*“ „*proceres secundum ordinem*“⁴⁾ unter lebhaftem Beifall des Volkes⁵⁾. Nun berichtet Gislebert von Hennegau bei der Wahl von einem Compromiss der Wahlversammlungen auf 4 (weltliche) Fürsten⁶⁾. Quidde nimmt an⁷⁾, dass ein historischer Kern in der Nachricht enthalten sei, erblickt aber in den 4 Fürsten vier Thronkandidaten⁸⁾. Weiland hatte den wahren Kern angezweifelt, aber für den Fall

1) Wenn Quidde S. 66 sagt, dass damit nur der Schein habe gewahrt werden sollen, als sei die Bestimmung der Persönlichkeit noch Gegenstand ernster Erwägungen gewesen, so legt er die Worte Wibalds ganz falsch aus.

2) Vgl. Philipps S. 62. Friedrich schreibt an den Papst, dass ihn gewählt hätten „*ipsi principes et caeteri proceres*“.

3) Vgl. Harnack S. 11/12. Die Worte sind aus Wibald.

4) Den Ausdruck gebraucht Ragewin „*de gest. Fridr. I. imp. cap. 16: „electionis primam vocem Mogunt. archiepiscopo, deinde quod superest caeteris secundum ordinem Principibus recognoscimus*“.

5) Vgl. Phill. S. 59ff. Godefr. Colon. Chron. reg. (Böhmer Fontes II, 427: „*summo favore cunctorum principum Fridericus dux Sueviae in regem eligitur*.“ Otto Fris. Chron. VII, p. 352 „*unanimi principum totiusque regni consensu*“.

6) M. G. SS. XXI, S. 516: „*Defuncto Conrado Rom. rege principes Teutoniae . . . convenerunt ad eligendum sibi imperatorem. Cum autem super electione, communi consensu et consilio in quatuor principes prepotentes super hac electione compromiserunt, quorum unus erat. Fridericus Suevorum dux etc. Illorum autem quatuor, quorum dispositioni imperialis electio commissa erat, quisque ad ipsius majestatis culmen anhelabat*“. Friedrich habe nun die übrigen 3 einzeln, indem er ihnen versprochen, jeden von ihnen zu wählen, bewogen „*ut in eum ipsum fide et juramento datis totam electionem ponerent*.“ Dieser beruft nun „*alios principes omnes, qui in ipsos quatuor compromiserant et inde fidem fecerant*“, zusammen, und vor diesen erklären jene drei, dass sie ihm allein die ganze Wahl übertragen haben. Keiner widerspricht gegen diese Abmachung; und so wählt er sich selbst „*ad tante majestatis apicem*.“

7) Quidde S. 65, 66.

8) Quidde S. 65.

der Richtigkeit der Nachricht, die Vermutung ausgesprochen, dass die vier Fürsten die Herzoge von Baiern und Schwaben, der Pfalzgraf und möglicherweise der Markgraf von Brandenburg gewesen sein würden¹⁾.

Ich will nun noch, ehe ich in die Beurteilung der Berichte und Ansichten der Forscher über diese Wahl eintrete, noch angeben, was uns über

6. die Wahlen von 1169 und 1196,

die noch in diese Entwicklungsperiode gehören, berichtet wird.

Die wenigen dürftigen Nachrichten, die darüber vorliegen²⁾, besagen nur, dass die „Principes“ die Wahlen vollzogen haben. Vorberatungen über die Persönlichkeit des Nachfolgers waren überflüssig, da diese vom Kaiser selbst ihnen vorgeschrieben wurde. In welcher Weise die Wahl vollzogen wurde, darüber geben die Nachrichten nichts an.

Philipps, Ficker, Weiland, Quidde untersuchen nun, ob sich für das 12. Jahrhundert

II. Spuren eines Kreises bevorrechtigter Wähler

finden? Sie gehen aus von der Ansicht, dass sich Vorrechte gewisser Fürsten gebildet haben müssten, da aus Anlass der Wahl von 1198 auf solche hingedeutet würde.

1) Weiland S. 322.

2) Otto von Freis. berichtet am Schluss des „Chronicon“ über die Wahl von 1169: „Fridericus filium suum regni dignitate sublimavit; — die gleichzeitigen Annales Cameracenses SS. XVI, 550 berichten: „Fridericus imperator reginiae consilio atque archiepiscoporum seu episcoporum, ducum ac comitum sive procerum Teutonici regni filium suum Aquisgranis in regem sublimavit“; die Magni presb. Annal. Reichersp. (Böhm. FF. III, 538) „(apud Babenbere) ex consensu et collaudatione omnium principum qui aderant imperator filium suum regem electum et coronatum post se regnare firmavit“. Über die Wahl v. 1196 berichten die Annal. Argent. ad a. 1195 (Böhmer FF. pg. 394. „Interim imperator laborabat, quod principes filium suum eligerent in regem et hoc juramento firmarent“. Quod fere omnes praeter ep. Colon. sigillatim se facturos promiserunt.

Phillips hebt hervor¹⁾, dass die Nachrichten über die Wahl Friedrichs I. eine Vorberatung über die Neuwahl durch „primates“ und „summi principum“ angeben, und dass Friedrich selbst über seine Wahl durch die „ipsi principes et caeteri proceres“ spricht; er zieht aus diesen Andeutungen den Schluss, dass diese „Primates“ schon in dieser Zeit die „Ersten an der Kur“ gewesen seien. Und zu ihnen hätten gehört die 4 Stammesherzöge, die von Schwaben, Baiern, Sachsen, für den von Franken der Rheinische Pfalzgraf, besonders seit 1155, wo er durch Erwerb des salischen Erbgutes wirklicher Repräsentant der Franken geworden sei, und die drei Rheinischen Erzbischöfe. Die letzteren hätten um ihrer Stifter willen, der Mainzer als Nachfolger des Bonifacius, der Kölner wegen der Lage der Krönungsstätte in seinem Gebiet, der von Trier wegen des Alters seines Stifts ein besonderes Ansehen genossen; die Herzöge seien als Stimmführer ihrer Stämme und durch ihre Macht den übrigen Fürsten überlegen gewesen. Infolge der Zertrümmerung der Herzogtümer Sachsen und Baiern seien dann aber auch andere Fürsten neben den Herzogen in diesen Stämmen aufkommen, und hätten diese nicht mehr als Stimmführer der Stämme gelten können; daher sei seitdem eine Änderung in den Stimmenverhältnissen eingetreten.

Der Ansicht von Philipps gegenüber hat Harnack²⁾ schon darauf hingewiesen, dass man nicht an eine Vorwahl seitens einiger weniger „primates“ zu denken habe, sondern dass nur Vorbesprechungen vor den Neuwahlen unter der grossen Zahl der „primates“ stattgefunden haben, Vorbesprechungen ganz inofficiellen Charakters, an denen auch andre principes (Äbte und Grafen) als die von Phillips in's Auge gefassten Anteil nahmen. Dass natürlich die Stimmen der angesehensten und mächtigsten Fürsten des Reiches

1) Phill. XXVI S. 68 ff.

2) Harnack, S. 11/12.

gegenüber den übrigen von Einfluss auf die Entscheidung waren, ist unbestreitbar. Das giebt auch Ficker¹⁾ zu für diese Zeit; er nimmt daneben auch an, dass ein gewisses Herkommen für die Reihenfolge der Abstimmung in Geltung gewesen sei. Darauf deute das „secundum ordinem“ hin.

Weiland untersucht die Personalverhältnisse der Königswahlen, um die Grundlagen des Kurcollegiums zu finden²⁾. Er stellt zunächst auch als sicher hin, dass den Herzogen als Vertreter der Stämme naturgemäss eine besondere Bedeutung bei den Wahlen zugefallen sei und dass sie neben den Erzbischöfen bei den Vorverhandlungen, die jeder Wahl vorausgegangen seien, sicher den hervorragendsten Anteil gehabt hätten²⁾. Aus der Erklärung der bairischen Bischöfe bei der Wahl Lothars schliesst Weiland, dass der Herzog seines Stammes unter den Ersten seine Stimme abzugeben berufen gewesen sei. Diese Möglichkeit habe ich bereits oben beurteilt³⁾.

Weiland nimmt einen solchen Vorrang der Herzoge vor den Bischöfen als sicher an und geht dann weiter zu der Frage über, ob dieser Vorrang allen Herzogen zugestanden habe; er glaubt sie verneinen zu müssen; denn nicht alle Herzoge hätten als Vertreter von Stämmen gelten können, so z.B. auch die von Lothringen nicht seit der Teilung; einen fränkischen Herzog habe es nicht mehr gegeben, der Herzog von Kärnten sei kein Stammesherzog gewesen u. s. w. Immerhin hätten die Herzoge, an deren Titel die Namen der alten Stämme hafteten, auch nach der Zertrümmerung der Herzogtümer noch „am Ersten“ ein solches Übergewicht behaupten können, nämlich die von Baiern, Schwaben, Sachsen und als vornehmster Fürst Frankens der Rheinische Pfalzgraf.

Nachdem er dies als ziemlich sicher hingestellt hat, betrachtet er die Personalverhältnisse der Wahlen

1) Entstehzt. des Ssp. S. 101 ff.

2) Weiland S. 315 ff.

3) s. oben S. 20.

seit 1125 und sucht zu ermitteln, ob ein Vorwahlrecht sich nachweisen lässt. Am meisten klammert er sich an die Wahl von 1169. Er vermag ein solches nicht als sicher hinzustellen, trotzdem wagt er die Vermutung, dass die Siebenzahl der Vorwähler schon 1169, 1152 oder 1147 hervorgetreten sein könne. Da 1169 infolge der Vereinigung von Baiern und Sachsen, sowie infolge der Minderjährigkeit des Herzogs von Schwaben zwei Stimmen geruht hätten, so hätten zwei neue Stimmen hinzutreten können. Der Markgraf von Brandenburg und der König von Böhmen seien in diese Lücken eingerückt. Ehe diese Verhältnisse noch Sicherheit erlangt hätten, seien sie infolge des Wiederauftauchens selbstständiger Herzoge von Schwaben und Baiern wieder erschüttert worden.

Quidde schliesst sich Weilands Ansichten an und fügt einige Erläuterungen hinzu und sucht für die Hypothesen von jenem noch neue Beweisgründe beizubringen. Die Nachricht Gisleberts von dem Ausschuss der vier Laienfürsten zweifelt Quidde, wie Weiland, zwar auch an¹⁾, aber meint doch, sie enthalte einen wahren Kern. Und so erscheint es ihm „ziemlich warscheinlich“, dass 1152 ein Wahlausschuss von sieben Fürsten, zu dem ausser den vier Laienfürsten die geistlichen Fürsten von Mainz, Köln und Trier gehört hätten, gebildet worden sei. Dieser Siebenerausschuss habe Gislebert vorgeschwebt, als er die Notiz niederschrieb²⁾. Bei der Wahl von 1169 sei ein

1) Quidde S. 66.

2) Anm. Der so ausserordentlich detaillierte Bericht des Gislebert verdient nicht die Beachtung, die ihm Quidde geschenkt hat. Denn die mehr Glauben verdienenden gleichzeitigen Quellen, Otto von Freis. und Abt Wibald, von denen namentlich der letztere bei den Vorverhandlungen wie bei der Wahl selbst sehr stark beteiligt war, berichten nichts von einem solchen Wahlausschusse, sondern sprechen nur ganz allgemein von Vorberatungen durch primates oder summi principum. Es scheint, als ob Gislebert den Ausschuss und die vier Candidaten von 1125 vor Augen gehabt, diese Verhältnisse auf die Wahl von 1152 übertragen und mit seiner Phantasie weiter ausgeschmückt hätte.

solcher Ausschuss nicht mehr nötig gewesen, da der Thronfolger von vorn herein festgestanden habe. Die aus der Übertragung faktischer Wahlbefugnisse 1125 entsprungene bevorzugte Stellung gewisser Fürsten habe sich aber 1169 und später in dem Ehrenrechte der ersten Stimmabgabe geäußert. Und auf Grundlage dieses Ehrenrechts sei dann ein vorwaltender Einfluss auf die Wahlentscheidung beansprucht worden, wie er dem Ausschusse von 1152 für den betreffenden einzelnen Fall zugestanden worden sei. Brandenburg und Böhmen hätten 1169 an Stelle von Baiern und Schwaben unter den Ersten mitgestimmt. Die widerstreitenden Ansprüche beider Parteien seien, als Baiern und Schwaben wieder selbstständige Herzoge hatten, nicht in Konflikt gekommen, da bis 1257 nie gleichzeitig alle vier Fürsten neben den beiden sicher bevorrechtigten Fürsten, dem Pfalzgrafen und dem Herzoge von Sachsen, auf den Wahltagen anwesend gewesen seien.

Wir brauchen den Hypothesen und Theorien von Weiland und Quidde gegenüber nur auf die Dürftigkeit und Lückenhaftigkeit der Quellen hinzublicken, um zu erkennen, wie wenig begründet und wie wenig beweisbar die Hypothesen sind, auf denen sie dann noch weitere Theorien aufgebaut haben.

2. Beurteilung dieser Ansichten.

Quidde hat sich durch die Meinung, Spuren und erste Anfänge eines Kreises bevorrechtigter Wähler, da er einen solchen für 1198 als vorhanden annimmt, finden zu müssen, und zugleich durch Weilands Untersuchung verleiten lassen, einen solchen Kreis von sieben Fürsten bereits für 1152 anzunehmen, von Fürsten, die mindestens das Ehrenvorrecht der ersten Stimmabgabe beansprucht, ja es geübt hätten, und infolgedessen lässt er sich, da ihm bereits eine Entwicklung voran zu liegen scheint, weiter treiben zu der Annahme eines Zehnerausschusses, bei der

Wahl Lothars und zu dem Versuche der Bestimmung von dessen Zusammensetzung aus 6 Erzbischöfen und 4 Herzogen (oder 5 und 5). Seine Versuche, diese Hypothesen zu stützen, sind nicht gelungen, da er nur neue, erst zu beweisende Annahmen geltend machen kann. Aber auch die Stützen, die ihm Weiland bietet, sind sehr gebrechlich. — Dass den Stimmen der Herzoge infolge ihrer Machtstellung als Stammesherzoge und denen der Erzbischöfe bei den Wahlen wie bei den Wahlverhandlungen ein bedeutendes Gewicht zufiel, ist freilich über jedem Zweifel erhaben. Bei den Herzogen lag das aber weniger in ihrer Eigenschaft als Stammesherzoge, als Vertreter ihrer Stämme, dass sie eine solche Bedeutung bei den Königswahlen hatten, als in der Machtstellung, die sie durch ihre Lehen, ihren Eigenbesitz und hauptsächlich als Gebieter der Stämme und ihrer Dependenz im Reiche den ihnen untergebenen Fürsten und Bischöfen gegenüber besaßen, wie die Erklärungen des Bischofs von Regensburg, ja sogar des Erzbischofs von Salzburg bei der Wahl Lothars zeigen¹⁾. Weiland geht aber zu weit, wenn er aus dieser Thatsache ableitet, dass schon damals den Herzogen die Stimmenabgabe vor den ihnen untergebenen Bischöfen zugestanden habe. Allerdings würde, wenn diese Annahme beweisbar wäre, damit ein Kreis erster Wähler bereits für den Anfang des 12. Jahrhunderts gewonnen sein. Es liegt keinerlei Zwang zu diesem Schlusse vor. Es würden, falls jene Annahme richtig wäre, sicherlich auch andere Herzoge, wie z. B. die beiden lothringischen, die dieselben Rechte in ihren Gebieten hatten, wie die Herzoge der deutschen Hauptstämme, wenn sie auch nicht so mächtig waren „wie diese, unter den „Ersten“ an der „Kur“ gestimmt haben. Der Rheinische Pfalzgraf hatte keinesfalls so viele Machtmittel wie die lothringischen Herzoge; trotzdem rechnete Weiland ihn dazu. Was hätte der Grund sein können,

1) Vgl. Maurenbrecher S. 199.

etwa andere Herzoge, wie den Herzog von Kärnten und andere Fürsten, nicht dazu zu zählen?

Nahmen auch die in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnisse zu einem Herzoge stehenden Fürsten Rücksicht auf dessen Wünsche bei der Wahl, so waren ihre Stimmen doch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts sicher nicht, in der zweiten Hälfte wahrscheinlich nicht minderwertig. Ist es demnach auch nicht möglich schon für diese Zeit ein auf sieben Fürsten (drei Erzbischöfe und vier Herzoge) beschränktes Collegium bevorrechtigter Wähler anzunehmen, so „vermutet“ Weiland dennoch, weil er ein solches glaubte als vorhanden annehmen zu müssen, dass die Siebenzahl der Wähler „vielleicht schon 1169, 1152 oder 1147 hervorgetreten sei.“ Es wurden nun seit 1125 noch mehr Fürsten selbständig. Böhmen war bereits ein selbständiges Herzogtum, Brandenburg wurde 1142 reichsunmittelbar; Oesterreich wurde 1156 von Baiern gelöst und selbständiges Herzogtum¹⁾; der Markgraf von Meissen und der Landgraf von Thüringen waren gegenüber dem Herzoge von Sachsen ziemlich unabhängig. Wenn diese Fürsten an den Wahlen teilnahmen, hatten ihre Stimmen ohne Zweifel ein denen der Stammesherzoge wenig nachstehendes Gewicht. Wie sollten diese sich nun der Reihenfolge nach ordnen bei der Abstimmung? Es bieten sich Weiland nun allerdings einige Anhaltspunkte dafür, dass Brandenburg und Böhmen der Vortritt vor Österreich, Meissen und Thüringen zukam; der Markgraf von Brandenburg war von 1138 bis 1142 Herzog von Sachsen gewesen, der Herzog von Böhmen erhielt 1158 den Königstitel und wurde dadurch im Range über die deutschen Herzoge erhoben. Beide seien auch 1169 auf dem Hoftage zu Bamberg anwesend gewesen und hätten ihr Wahlrecht ausgeübt und zwar, da zwei Stimmen der Herzoge ruhten, unter den weltlichen Fürsten an dritter und vierter Stelle.

1) Privilegium minus in „Arch. f. österr. Gesch. Bd. VIII, 111 u. 112

Gegenüber der letzten Annahme Weilands und Quidde¹⁾ in Beziehung auf den König von Böhmen zeigt Tannert²⁾, dass dessen Teilnahme an dieser Wahl sehr unwahrscheinlich ist. Damit fällt der Anspruch desselben auf ein aus dieser Teilnahme an der Wahl abgeleitetes Wahlrecht hin. Das von Baiern und Schwaben, welches jetzt ruhte, wäre damit noch nicht hinfällig geworden, musste im Gegenteil bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder zur Geltung kommen. So war auch das Wahlrecht Brandenburgs an einer der ersten Stellen trotz mehrmaliger Ausübung noch kein gesichertes. Darauf weist Tannert ebenfalls hin³⁾.

Immerhin glaubt Tannert aber aus den Zeugenreihen der Urkunden des 12. Jahrhunderts, insbesondere aus der Zeugenreihe des Würzburger Eides vom Jahre 1165⁴⁾, den er mit einer Kur ziemlich gleichstellt, es höchst wahrscheinlich gemacht zu haben, dass höchstens Sachsen, Baiern, Brandenburg, Pfalz, die in den Zeugenreihen der Urkunden in der Regel an der Spitze aller Fürsten erscheinen, ein Vorstimmrecht besessen haben können.

Weiland und Quidde fühlen auch selbst die Unsicherheit der Stützen, auf die sie die Existenz eines abgegrenzten Kreises bevorrechtigter Wähler gründen, da sie kein sicheres Zeugnis der Quellen für ihre Annahmen beibringen können, und suchen nach neuen Beweisgründen. Sie glauben ein solches zu finden in der Verwaltung oder in dem Besitze der Erzämter.

3. Die Erzämter.

Ficker hatte 1859 dargelegt⁵⁾, dass im 12. Jahrhundert infolge der politischen Verhältnisse (wiederholte

1) Quidde spricht S. 48 sogar von einer verklausulierten Anerkennung des Vorwahlrechts Brandenburgs und Böhmeus 1169.

2) S. 20ff und Anmerkungen.

3) Tannert S. 17—19.

4) Das. S. 14.

5) Ficker, Entstehungszeit der Ssp. S. 128/9.

Vereinigung und Trennung der Herzogtümer Sachsen und Baiern, feindliche Stellung einzelner Fürsten gegenüber dem Kaiser, u. a. m.) und anderer Verhältnisse (z. B. des Umstandes, dass Schwaben den Kaiser selbst oder ein minderjähriges Glied des Kaiserhauses zum Herzoge hatte) eine grosse Unsicherheit in der Übung der Erzämter bestand. Trotzdem würden sie wie andere Ämter in bestimmten Fürstenhäusern erblich geworden sein, da sie mit erblich gewordenen Benefizien verbunden gewesen seien.

In seiner Besprechung der Arbeit Fickers hatte Waitz (ebenfalls bereits 1859) auf Gervasius sich stützend, zumal da er auch keine andere Möglichkeit fand, das später hervortretende Vorwahlrecht des Markgrafen von Brandenburg zu erklären, die Ansicht ausgesprochen¹⁾, dass jedesfalls schon im 12. Jahrhundert die weltlichen Fürsten, welche die Reichsämter besassen, das Recht hatten, zuerst zu stimmen. Sei auch das Herzogtum die erste Grundlage des Vorstimmrechts gewesen, so sei doch, als die Machtverhältnisse sich verschoben hätten, dieses Vorrecht an den Reichsämtern, die ebenfalls den Inhabern der Herzogtümer verliehen worden seien, hängen geblieben und hätte dann die Begründung für dieses Recht abgegeben.

Weiland stellt die Behauptung auf, die Übung der Erzämter habe ursprünglich den Herzogen zugestanden und sei ihnen von dem Könige für den einzelnen Fall übertragen worden; nun seien aber seit dem Ende des 11. Jahrhunderts, wo die Fürstentümer erblich geworden seien, die Erzämter in dauernde Verbindung mit diesen gekommen und in den Händen der Herzoge erblich geworden²⁾.

Der Herzog von Böhmen habe das Schenkenamt durch Heinrich IV. oder Heinrich V. erhalten an Stelle des mit dem salischen Königshause nahe verwandten Herzogs

1) Waitz „Gött. Gel. Anz. III, S. 663.

2) Weiland Forsch. XX, S. 315. 316.

von Schwaben, es sicher seit 1114 besessen. Brandenburg habe das Kämmereramt am wahrscheinlichsten 1156 erhalten, da Heinrich der Löwe, der bereits das mit Sachsen verbundene Marschallamt gehabt habe, nicht auch das an Baiern geknüpfte Kämmereramt habe verwalten können. Der Pfalzgraf bei Rhein sei Truchsess gewesen. Am Anfange des 12. Jahrhunderts hätten diese Erzämter das Vorwahlrecht jedesfalls noch nicht begründet; sie seien erst für dieses Vorrecht wichtig geworden, als sie erblich waren. Dass sie diese Bedeutung noch im 12. Jahrhundert erlangten, darauf weise der Ausdruck bei Gervasius von der „*pristina palatinorum electio*“ hin.

Harnack geht in der andern Richtung zu weit, wenn er bestreitet, dass gewisse Herzoge durch öftere Übung eines Erzamtes ein gewisses Anrecht auf das eine oder das andere erhalten hätten¹⁾.

Quidde eignet sich die Ansichten Weilands an und fasst sie etwas bestimmter, als es Weiland gethan hatte, ja er meint sogar, dass aus der 1169 bestehenden Identität der vorstimmenden weltlichen Wähler mit den Erzbeamten der Anstoss zur Bildung der Erzämtertheorie, die Gründung des Vorstimmrechts auf die Erzämter geflossen sei²⁾ Die Notiz Arnolds von Lübeck zum Jahre 1184³⁾ fassen fast alle Forscher so auf, als ob jene bekannten vier Fürsten die Ämter damals erblich besessen hätten, während sie streng genommen nur andeutet, wie Ficker hervorgehoben hat, dass Fürsten dieses Ranges sie zu verwalten pflegten und auch 1184 thatsächlich ausübten, ohne Hindeutung auf die Erblichkeit.

Was ergiebt sich nun in Beziehung auf Spuren eines Kurcollegiums als sicher für das 12. Jahrhundert?

1) Harnack S. 43 u. 44.

2) Quidde S. 46.

3) Chron. Slav. III, 9 pg. 87 (SS. XXI). *Officium dapiferi sive pincernae, camerarii vel marescalci nonnisi reges vel duces vel marchiones administrabant.* 19

4. Ergebnisse für das 12. Jahrhundert.

a. Allgemeines.

Der Wahlausschuss, welcher 1125 zur Vorbereitung und Vorberatung der Wahl gebildet worden ist, hat die Bedeutung nicht gehabt für die Entstehung eines Kurcollegiums, die Wichert, Weiland und Quidde ihm beilegen. Dass 1152 ebenfalls ein Wahlausschuss gebildet worden ist, bezweifle ich trotz der Erwähnung eines Compromisses auf vier Laienfürsten seitens des Gislebert von Hennegau, indem ich dem Schweigen der Zeitgenossen, Ottos von Freising und Wibalds, mehr Bedeutung beilege¹⁾. Es war ein solcher Ausschuss ja auch gar nicht nötig, da nach den vor dem Wahltage gepflogenen Verhandlungen die Person des in Frage kommenden Candidaten gewiss festgestellt war. Auch die Nachricht, dass die „summi principum“ oder „primates“ sich vorher über die Wahl verständigt haben, giebt uns keinen Anhalt für einen solchen Kreis vorangehender Wähler²⁾; denn wir wissen nicht, welche Fürsten oder Fürstenklassen da verstanden werden sollen.

Es sind ja sicher auch Personen aus dem untersten Range der wahlberechtigten Fürsten, der Äbte und Grafen, *proceres*, als an diesen wichtigen Vorverhandlungen beteiligt glaubwürdig bezeugt. Einen sehr wichtigen Anknüpfungspunkt bietet aber die Erklärung des Erzbischofs von Salzburg und des Bischofs von Regensburg auf dem Wahltag 1125, ohne den Herzog von Baiern ihre Stimmen nicht abgeben zu können³⁾. Ist daraus auch nicht, wie Weiland es thut, zu schliessen, dass damals bereits die Herzoge vor den Bischöfen ihres Landes stimmten⁴⁾, dass also die

1) S. ob. S. 22f, Anm. 2.

2) Harnack S. 11/12.

3) Narr. de el. Loth. c. 8. „sine duce Bavarico qui aberat nichil de rege diffinire dicebant. vgl. ob. S. 20f.

4) Vgl. Maurenbrecher S. 197.

frühere Art der Stimmenabgabe, die noch 1077 im Brauche gewesen war, wonach erst alle geistlichen Fürsten dem Range nach, danach die weltlichen Fürsten stimmten, bereits die so bedeutsame Änderung erfahren habe, so ist aus dieser Angabe doch sicher zu entnehmen, dass die geistlichen Fürsten Rücksicht nahmen auf die Entscheidung ihrer Landesherren; und daraus folgt dann weiter, dass die Stimme des Herzogs eine grössere Bedeutung für die Entscheidung der Wahl hatte als die Stimmen der geistlichen Herren, und eine noch weit grössere als die der von ihm noch mehr abhängigen, ihm als Herzog untergebenen weltlichen grossen Herren, der innerhalb seines Herzogtumes ansässigen von ihm belehnten Grafen. Es ergibt sich weiter daraus, dass die Herzoge in folge ihrer Machtstellung und ihrer Territorialrechte auf die Entscheidung der Wahl einen grösseren Einfluss hatten als die übrigen Fürsten ihrer Länder. Verfassungsrechtlich hatten aber diese Fürsten bis herab zu den Grafen und Äbten bei der Wahl ebenso gut wie die Herzoge noch ein Stimmrecht. Das geht hervor ganz deutlich aus dem Einladungsschreiben zur Wahl von 1125¹⁾.

b. Die Fürsten mit hervorragendem Einflusse auf die Wahlentscheidung.

Welches sind aber denn nun die Principes gewesen, die eine solche Machtstellung im Reiche besassen, und eine solche Beachtung, wie eben angegeben ist, fanden, deren Stimmen von gewichtigerer Bedeutung für die Wahlentscheidung waren?

Es waren das zunächst alle Herzoge des deutschen Reiches: Die Herzoge von Baiern, Schwaben und Sachsen; die beiden Herzoge von Lothringen, die nicht ganz dieselbe Macht besassen, immerhin aber eine bedeutende Machtstellung in ihren Herzogtümern hatten. (Der jüngere

1) Vgl. oben S. 15.

Conrad besprach sich mit den Lothringern vor seiner Stimmabgabe); ähnlich verhält es sich mit dem Rheinischen Pfalzgrafen, dem mächtigsten Fürsten in Franken, namentlich seit er den Hausbesitz der Salier, der fränkischen Herzogsfamilie, erlangt hatte¹⁾. Der Herzog von Böhmen stand ihnen gewiss nicht gleich, da er nicht in dem Sinne deutscher Fürst war wie die deutschen Herzoge, eine Ansicht, der der Sachsenspiegel noch ein Jahrhundert später Ausdruck verleiht²⁾. Er beteiligte sich ja auch an den Wahlen des 12. Jahrhunderts nicht. —

Von den geistlichen Fürsten war ohne Zweifel die Stimme des Erzbischofs von Mainz von ganz besonderem Gewicht³⁾. Er stand in keinem Abhängigkeitsverhältnisse zu irgend einem Herzoge, auch nicht zu dem von Franken, noch weniger zu dem später an seine Stelle getretenen Pfalzgrafen bei Rhein, da dieser herzogliche Rechte in Franken überhaupt nicht besass. Der Erzbischof war Kanzler des deutschen Reichs, der geborene Reichsverweser bei Reichsvacanz, Leiter der Wahlen und hatte unbedingt die erste Stimme bei denselben. Eine in ähnlicher Weise unabhängige und angesehene Stellung hatte der Erzbischof von Köln, dem das Kanzleramt für Italien übertragen war. Später erhielt er noch das Recht den König in Aachen zu krönen. Beide Erzbischöfe hatten im Reiche eine den Herzogen mindestens ebenbürtige

1) Vergl. dazu Harnack S. 13/14; Ficker „Entsthtzt. S. 101 ff. und Waitz „Reichstage“ S. 218. Was Harnack S. 20 über den Herzog von Brabant für die spätere Zeit sagt, ist durch Quidde S. 90 ff. widerlegt. In früherer Zeit hat die Sache aber anders, d. h. für die Herzoge von Lothringen günstig gelegen. Das folgt auch aus Weilands Bemerkung S. 320.

2) Vergl. Tannert S. 54 ff.

3) Vergl. Vita Chuonradi cap. 2, „Archiep. Mog., cujus sententia ante alios accipienda fuit“; Bertholds Bericht über die Wahl von 1077 u. v. a. N. Grund: „die Wahl Rudolfs von Rheinfelden“ (1870). Ragewin III, 16: „ad (tuam personam) quam specialiter inter reliquos principes electio regis spectat“.

Stellung. Aus diesem Grunde und aus dem weiteren, diese Erzbischöfe auf ihrer Seite zu haben, deren Unterstützung zu geniessen, suchten die Könige Verwandte auf diese Stühle zu bringen. — Schon etwas anders stand es mit Trier¹⁾. Dieser Erzbischof behauptet zwar infolge des Alters seines Stifts, ein gewisses Ansehen, hatte aber nicht die gleiche Bedeutung für das Reich wie jene, höchstens für Lothringen²⁾. Der hervorragenden Stellung dieser drei Erzbischöfe bei der Wahl kam ausserdem zu statten, dass ihre Sitze im alten Frankenlande, dem spezifischen Königslande, lagen. Die übrigen Erzbischöfe, wie die von Salzburg, Magdeburg und Bremen waren jüngeren Alters und standen jenen dreien an Ansehen weit nach, nahmen etwa eine Mittelstellung zwischen jenen und den Bischöfen ein; sie waren weniger unabhängig von den Herzogen, in deren Gebiete ihre Stühle lagen. Darauf weist hin, dass der Erzbischof von Salzburg (nicht anders als der Bischof von Regensburg) 1125 nicht wagte, ohne den Herzog von Baiern sich für einen Wahlkandidaten zu entscheiden³⁾.

So haben wir also, ohne den Quellen Gewalt angethan zu haben, mindestens 5 Fürsten, die einen von den übrigen Fürsten unbestrittenen Vorrang aus politischen Gründen behaupteten, nämlich die Erzbischöfe von Mainz und Köln, und die Herzoge von Schwaben, Baiern und Sachsen; in zweiter Linie, aber immer noch aus der Reihe der übrigen Fürsten hervorragend, standen vier, nämlich der Erzbischof von Trier, die beiden lothringischen Herzoge und der Rheinische Pfalzgraf; in dritter Linie kommen erst die Erzbischöfe von Salzburg, Magdeburg und Bremen.

Der angedeutete Vorrang der genannten Fürsten äusserte sich bei den Wahlen noch nicht in der Weise,

1) Harnack S. 15/16. vgl. Maurenbrecher S. 197 u. Anm. u. S. 234.

2) Darauf deutet auch der Zusatz bei Albert von Stade ad. 1240: „Trevirensis enim licet de Allemannia non sit, ratione antiquitatis eligit“.

3) vgl. ob. S. 34, Anm. 3.

dass sie etwa in dieser Reihenfolge ihre Stimmen abgegeben hätten. Beweis dafür ist, dass Arnold von Lübeck noch 1208 dem Erzbischofe von Magdeburg bei der Wahl Ottos IV. in Sachsen die erste Stimme vor dem Herzoge von Sachsen beimisst. Es stimmten immer noch sämtliche wahlberechtigten geistlichen Fürsten, auch die Bischöfe und Äbte eingeschlossen, vor allen weltlichen Fürsten, wie es für die Wahl von 1077 noch ausdrücklich bezeugt ist; und aus der Reihenfolge, die die „Narratio de elect. Loth.“, für die Leistung des Treueides an Lothar anführt, sich ergibt. Nichts desto weniger musste das Gewicht der Stimmen der genannten Fürsten bei der Vollziehung der Wahlen im 12. Jahrhundert zu nehmen. Dazu kamen nun im Laufe des Jahrhunderts noch andere Umstände, die das Übergewicht einzelner Fürsten noch verstärken mussten: Die Fürstentümer wurden erblich; der Rheinische Pfalzgraf erhielt 1155 noch den Hausbesitz der früheren Herzoge von Franken und vermehrte damit seine materiellen Machtmittel. Zwar wurden im letzten Viertel des 12. Jahrhunderts die Herzogtümer Baiern und Sachsen zertrümmert und eine Anzahl bisher ihnen untergebener Fürsten selbständig; die Markgrafen von Brandenburg und Österreich wie auch der Markgraf von Meissen und der Landgraf von Thüringen wurden selbständige Fürsten, die Herzoge von Böhmen und Kärnten gewannen an Macht; aber der Vorrang der erstgenannten Fürsten, der sich im Laufe der Zeit bereits festgesetzt hatte, blieb ihnen doch erhalten, wenn sie mit diesen neueren Fürsten bei der Wahl zusammen auftraten.

Es scheint, als ob sich eine gewisse „Reihenfolge“ (Otto von Freis. sagt gelegentlich der Wahl Friedrichs I. „*secundum ordinem*“¹⁾) bei der Abstimmung eingebürgert habe. Wenn wir auch nicht wissen, welcher Art diese war, so ist es doch wahrscheinlich, dass, wie die geistlichen

1) Vgl. Harnack S. 18.

Fürsten des ganzen Reichs nach dem Range nach einander abstimmten, so auch die weltlichen Fürsten des ganzen Reiches allmählich von der Abstimmung nach Provinzen¹⁾ abgingen und dem Range nach ihre Stimmen abzugeben anfangen. Dass auch bei ihnen eine Rangordnung für das ganze Reich sich gebildet hatte, deuten auch die Zeugenreihen der Urkunden an, die sonst aus so vielerlei Gründen manchen Wechseln unterworfen waren, wenn das auch sonst nicht gerade beweisend ist. Viel weniger wahrscheinlich ist, dass schon im 12. Jahrhundert die „bevorrechtigten“ weltlichen Wähler gleich nach den Rheinischen Erzbischöfen bei der Wahl ihre Stimme abgegeben hätten, etwa 1169 zum ersten Male²⁾; eine Vermutung, die Harnack aufzustellen sich veranlasst gesehen hat, da ihm dieser neue Wahlmodus bereits im Anfange des 13. Jahrhunderts festzustehen schien³⁾. Es liegt keinerlei Anhalt für eine solche Annahme vor.

c. Vorstimmrecht und Erzämter.

Im 13. Jahrhundert erscheint ein Vorstimmrecht einzelner Fürsten, das Recht „Erster an der Kur“ zu sein, in Verbindung mit den

α. Erzämtern,

ja gerade durch deren Besitz begründet. Diese Anschauung muss eine Stütze in früheren Ereignissen oder Verhältnissen haben. Wie steht es nun mit den Erzämtern im 12. Jahrhundert?

1) Vgl. Maurenbrecher S. 197.

2) Vgl. Maurenbrecher S. 197. Anm. 3.

3) Das. S. 21. Mit der Frage, ob im Anfange des 13. Jahrhunderts der neue Wahlmodus bereits feststand, werden wir uns später zu behandeln haben.

Die Notiz des Arnold von Lübeck ad ann. 1184¹⁾ hat für unsere Untersuchung einige Bedeutung. Sie besagt, dass die Ämter eines Truchsessen, Schenken, Kämmerers oder Marschalls verwaltet wurden durch: „*nonnisi reges vel duces sive marchiones*“ d. h. nur von Fürsten in dem Range eines Königs, Herzogs oder Markgrafen. — Das Schwertragen gehört nicht zu diesen Erzämtern, wie Ficker und Waitz²⁾ nachgewiesen haben. Damit fallen die von Haedicke³⁾ und Tannert⁴⁾ darauf gegründeten und daran geknüpften Folgerungen in Nichts zusammen. —

Diese Erzämter, die früher zum Zeichen der Unterwerfung unter den gewählten König von den Herzogen verwaltet wurden, waren allmählich zu Ehrendiensten geworden⁵⁾. Sie waren früher, nur von zwei Fällen wird uns berichtet, den (zu den Wahlen) anwesenden Herzogen bei der Krönung übertragen worden zur Ausübung; und auch, als sie zu persönlichen Ehrendiensten, die bei grossen Hoffesten, Hochzeiten und dgl. geleistet wurden, abgeschwächt waren, blieb es dabei, dass sie den mächtigsten und angesehensten weltlichen Fürsten, in erster Linie eben den Herzogen, übertragen wurden, zunächst nur für den einzelnen Fall⁶⁾. Aber es konnte doch nicht ausbleiben,

1) vgl. oben S. 33 und Anm. 3.

2) Waitz „Reichstage“, Forsch. XVII, S. 216 u. „Verf. Gesch.“ VI, S. 268, vgl. Quidde S. 94/96.

3) S. 63. ff.

4) Tannert S. 62 ff.

5) Haed. S. 67. 68.

6) Vgl. Haed. S. 85: Scheid sagt in Praef. zu Orig. Gueff. S. 17 darüber „*Archiofficia illa imperii ante interregni tempora nunquam in alicujus principis hereditaria possessione fuerunt, sed qui in curia Caesaris potiores erant Germaniae magnates, prouti vel aetate conspicui erant vel sapientia et rerum gestarum gloria eminebant vel etiam gratia Caesaris prae reliquis multum valebant, ad haec munia (i. e. munera) pro arbitrio Imperatoris admittebantur usque hoc modo et ratione fungebantur, ut jus nullum exinde in eorum provinciis translatum est*“. Das gilt insbesondere für die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts. Später wird es anders, vgl. Maurenbrecher S. 230 und. Anm. 2.

dass, wenn ein und derselbe Fürst öfter zu Hoffesten anwesend war, dieser dasselbe Amt wiederholt übte. So bildete sich gewiss eine gewohnheitsrechtliche relative Stetigkeit¹⁾ aus für diese Ämter, die zunächst an die Personen²⁾ sich anschlossen, und im Laufe des 12. Jahrhunderts, durch das der Zug des Erblichwerdens aller Lehen, Benefizien und Ämter hindurchging, in deren Geschlechtern erblich wurden³⁾, eben in den Händen von Fürsten jenes Ranges.

Wer war nun in den Besitz dieser Ämter im Laufe des Jahrhunderts gelangt?

1114 bereits war nach Eckehard der Herzog von Böhmen Erzschenk⁴⁾. Er ist nachweisbar (durch Urkundenunterschriften) zwar nur auf dem Reichstage zu Bamberg 1169 zugegen und in der Lage gewesen, das Amt zu versehen. Heinrich von Veldeke⁵⁾ nennt früher einen König als Schenken des Kaisers⁶⁾. Auch nur auf ihn allein bezieht sich das von Arnold v. Lübeck, der 1209 schrieb, wo jener Königsrang hatte, gebrauchte, „reges“. Der Sachsenspiegel nennt ihn den Schenken des Reiches. Es muss also in seiner Hand das Amt erblich geworden sein. —

Das Truchsessenamnt des Pfalzgrafen bei Rhein ist in den Quellen nicht genannt. Er besitzt es aber nach dem Sachsenspiegel fest. Seine Anwesenheit ist für die Wahltag von 1147 und 1169 urkundlich bezeugt und für den Hoftag von 1184 durch den Chronisten Arnold von Lübeck berichtet, der sich über das Hoffest gut unterrichtet zeigt. Sehr wahrscheinlich ist seine Gegenwart bei der Wahl von 1152. Bei diesen Gelegenheiten kann er das Amt verwaltet haben. Durch diese mehrfache Übung muss

1) Tannert S. 62/64.

2) nicht an die Fürstenämter, wie Weiland S. 315/6 annimmt.

3) Ficker, Entstzt. S. 128/9.

4) Dux Boemiae summus pincerna erat.

5) Gedicht „Graf Rudolf.“

6) Der Herzog hatte von 1158 bis 1173 Königsrang.

es sich dauernd an die Person des Pfalzgrafen geheftet haben. Jedenfalls hat er es zur Zeit der Abfassung des sächsischen Landrechts in erblichem Besitze gehabt. Er muss unter den „duces“ des Arnold mit einbegriffen sein.

Der Herzog von Sachsen war auf den Tagen von 1147, 1152, 1169 und 1184 zugegen. Es muss das Erzmarschallamt, welches er nach dem Sachsenspiegel hat, im 12. Jahrhundert in den dauernden Besitz des Herzogs gelangt und entweder schon 1180 zugleich mit dem Herzogtum Sachsen oder besonders 1184 an den neuen Herzog Bernhard verliehen worden sein.

Von andern weltlichen Fürsten war der Markgraf Albrecht von Brandenburg, der des Kaisers Gunst genoss, auf den ersten drei Tagen sicher anwesend. 1147 fehlte der Herzog von Baiern. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ihm da die Verwaltung des Erzkämmereramts, das sonst der Herzog von Baiern geübt haben würde, übertragen worden ist, und dass er es später, als Baiern mit in der Hand des Herzogs von Sachsen war und es keinen Herzog von Baiern neben diesem gab, behalten hat, da der Doppelherzog nur ein Amt, das welches er bereits als Herzog von Sachsen inne hatte, persönlich versehen konnte. Und so wird das Kämmereramt in der Hand des Markgrafen erblich geworden und bei Brandenburg geblieben sein. Der Markgraf Otto ist für 1184 von Gislebert nicht genannt, aber auf seine Anwesenheit bei dem Hoffeste deutet doch bestimmt das „*marchiones*“ des Arnold zu „*administrabant*.“ Und nach dem Sachsenspiegel war der Markgraf sicher Kämmerer¹⁾.

3. Verbindung von Vorstimmrecht und Erzamt?

Wir sahen, dass ein abgegrenztes Collegium von Fürsten, welche an der Spitze aller wahlberechtigten

1) vgl. dazu Weiland S. 323. Quidde S. 42ff.

Fürsten bei den Wahlen ihre Stimme abzugeben berechtigt gewesen wären, sich aus den Quellen nicht nachweisen, nicht einmal wahrscheinlich machen lässt. Der Sachsen-spiegel nennt im 13. Jahrhundert die Erzbeamten ausser Böhmen als „Erste an der Kur“, Gervasius (am Anfange des 13. Jahrh.) spricht davon, dass Heinrich VI. die „*pristina palatinorum electio*“ habe abschaffen wollen. Bestand eine „electio“ durch die „palatini?“ Sind palatini die Erzbeamten? Und hatten diese allein das Wahlrecht? Deutet diese Stelle auf ein Wahlcollegium der palatini?

In den Quellen findet sich sonst keine Spur von einem solchen Wahlcollegium der „Palatini“. Gislebert mit seinem Ausschusse von vier Laienfürsten, Roger von Hoveden mit seinem Collegium von zwei geistlichen und zwei weltlichen Fürsten können nicht in Betracht kommen, da beide Quellen eine solche Glaubwürdigkeit nicht verdienen, wie ihnen Waitz, Schirrmacher, Quidde beimessen, um ihre Hypothesen darauf zu begründen oder doch damit zu stützen.

Nun ist ja gewiss, dass die bedeutendsten und angesehensten Fürsten, die bei den Wahl- und Hoftagen zugegen waren, zur Verwaltung der Erzämter berufen wurden. Diese stimmten als solche Fürsten nach der sich bildenden und einbürgerndern Rangordnung auch zuerst unter den weltlichen Fürsten. Auf sie folgten unmittelbar, ohne von diesem abgeschieden zu sein, die übrigen weltlichen Fürsten. Ein nach unten abgegrenztes Collegium „erster Wähler“ gab es noch nicht, ebensowenig wie es überhaupt bevorrechtigte Wähler gab¹⁾. Es ist unrichtig, wenn Quidde annimmt²⁾ dass, da bei der rein formellen Wahl von 1147 sich volle Gelegenheit zur Entfaltung des äusseren Ceremoniells geboten habe, damals gewiss das Collegium erster Wähler sich festgestellt haben

121
755

1) vgl. oben S. 23.

2) Quidde S. 64.

möge, dass dann Brandenburg und Böhmen den Anspruch erhoben hätten, in dasselbe aufgenommen zu werden¹⁾ und auch 1169 aufgenommen worden seien. Das Erzamt kam dabei überhaupt gar nicht in Betracht, da die grossen Fürsten als solche in den ersten Stellen das Wahlrecht ausübten. Quidde meint aber, dass die Identität der ersten Wähler mit dem Erzbeamten im Jahre 1169 Anlass gegeben habe zur Bildung der Erzämtertheorie. Mit dieser Auffassung würde ja die Stelle des Gervasius übereinstimmen, falls nämlich in den „*palatini*“ die Erzbeamten zu sehen wären. Was man sich unter den Begriffe der „*palatini*“ vorzustellen hat, lässt sich nicht bestimmen. Gemeiner fasst die „*palatini*“ allgemein als die wahlberechtigten Fürsten, als die „*principes*“ (denn *principes* meint Gervasius), die „*palatina lege*“ oder „*in palatio*“ Fürstenrang haben, auf.

Aber sind denn die erblich gewordenen Erzämter ohne allen Einfluss gewesen auf die Herausbildung eines Collegiums bevorrechtigter Wähler? Die Erzämter waren eine Auszeichnung, welche die Fürsten, welche sie versehen durften, vor den übrigen ehrte, sie aus der Reihe dieser hervorhob, besonders in den Augen des zuschauenden Volkes. Wie weit aber diese Bedeutung der Erzämter für die Auffassung der Erzbeamten als berechtigter Wähler, die mit den drei Rheinischen Erzbischöfen zusammen das spätere Kurcollegium bildeten, fortgeschritten ist, ob die Begründung des bevorzugten Wahlrechts auf die Erzämter bereits im 12. Jahrhundert sich bildete, ist nicht zu ermitteln; im Gegenteil scheint es, wie wir im folgenden Abschnitte sehen werden, als ob da auch andere Momente und zwar diese mehr als jene Ämter wirksam gewesen seien.

1) das. S. 46ff.

Zweiter Abschnitt.

Der Zeitraum von 1198 bis etwa 1230.

1. Die Doppelwahl von 1198 und ihre Folgen.

Die Doppelwahl des Jahres 1198 und die infolge dessen herbeigeführte Einmischung des Papstes, in die deutschen Wahlverhältnisse¹⁾ liefert uns einiges Material über die uns beschäftigende Frage.

Eine Anzahl Fürsten, namentlich die sächsischen, schwäbischen und bairischen, wählten Philipp von Schwaben, der Erzbischof von Köln, zugleich im Namen anderer Fürsten (Trier et quorundam Principum) den Welfen Otto; eine Anzahl Fürsten waren noch nicht vom Kreuzzuge heimgekehrt. Für beide Wahlen wurden Vorberatungen abgehalten. Von bevorrechtigten Wählern oder einem Wählercollegium berichten die Quellen nichts. Nur das „Chron. Montis Sereni“ nennt den Erzbischof Ludolf von Magdeburg als ersten Wähler neben den „ceteri Principes Saxoniae Sueviae et Bavariae“.

a. Stellung der Curie zur Wahl.

Otto, besonders aber seine Wähler bitten den Papst um Anerkennung ihrer Wahl²⁾. Die staufische Partei thut es nicht, lehnt vielmehr einen zwischen beiden Parteien vermittelnden Vorschlag des Erzbischofs Konrad von Mainz auf Bildung eines aus je 8 deutschen Fürsten jeder der beiden Parteien unter seinem Vorsitz zu bildenden

1) Phillips XXVI; 75 ff. bes. 89 ff. Harnack S. 23 ff; Quidde S. 70 ff. Maurenbrecher S. 184 ff.

2) vgl. Maurenbrecher S. 188 ff.

Schiedsgerichts ab, welches einen Ausgleich anbahnen sollte. Erst im Mai 1200 lässt sie sich herbei, eine Darlegung ihrer Auffassung durch die Speyerer Erklärung an den Papst zu richten; diese war von 26 Fürsten persönlich unterzeichnet, zugleich im Namen von 24 in Speyer nicht anwesenden Fürsten. Sie erklärten, die Wahl Philipps sei in herkömmlicher Weise durch eine grosse Fürstenversammlung vor sich gegangen¹⁾. Dabei fallen denn eine ganze Reihe staatsrechtlich wichtiger Ausdrücke in Beziehung auf die Wähler. Phillips und Quidde die sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigen, geben die Stellen an²⁾. Harnack glaubt aus der Zeugenreihe in dem gemeinsamen Schreiben der Wähler Ottos an den Papst auf eine Reihenfolge der Abstimmenden schliessen zu müssen, wie auch auf die Ausschliessung der Grafen vom Wahlrechte³⁾. Die Unrichtigkeit des ersten Schlusses hat Quidde nachgewiesen. Der zweiten Behauptung widerspricht schon die Thatsache, dass die Grafen von Flandern und Dachsburg als Wähler („elegi“) an den Papst einzeln schreiben. Auch den Haller Protestbrief der Wähler Philipps (1202) gegen die päpstlichen Anmassungen unterschrieben eine Anzahl Grafen mit⁴⁾. Der Erzbischof von Köln und der Graf von Flandern sprechen von sich, von den Wählern Ottos als solchen „*qui de jure eligere debent — nos una cum principibus, ad quos de jure spectat electio, de eligendo rege tractavimus Post in Ottonem vota nostra concurrerunt*“; Otto selbst sagt, er sei zur Regierung berufen „*ab optimatibus et principibus regni, ad quos de jure spectat electio*“. Ähnlich sprechen sich andere der Anhänger Ottos aus. Das heisst doch, wie Phillips richtig hervorhebt, dass „ihnen von Rechts wegen, durch Gewohnheitsrecht, die Wahl des Königs zustand“, höchstens,

1) vgl. Maurenbrecher S. 189 u. Winkelmann I. 176 u. 514 bis 522.

2) Quidde S. 86 ff.

3) Harnack S. 19 f.

4) Tannert S. 2 Anm. 2.

5) vgl. Phillips XXVI., 89 ff.

etwas mehr auf das deutsche Wahlrecht bezogen, „dass sie sich für die rechtmässigen Wähler hielten“, da sie die Wahl Philipps für ungiltig ansahen, weil er excommuniciert und nicht auf fränkischen Boden erwählt war. Der Papst hatte diesen Ausdruck der Wähler Ottos ganz richtig verstanden: denn er schreibt in dem Dekretale: „Venerabilem“ (Frühjahr 1202) an den Herzog von Kärnten: er treffe seine Entscheidung „*non tam propter studium elegantium quam propter merita electorum, quamvis plures ex illis, qui eligendi regem, in imperatorem promovendum, de jure ac consuetudine obtinent potestatem, consensisse perhibentur in ipsum regem Ottonem.*“ Im Dezember 1203 schreibt er an die Lombarden: „*intelleximus quod licet major pars principum in electione ipsius (i. e. Philippi) ab initio convenisset, plures tamen ex iis, ad quos imperatoris spectat electio convenerunt postmodum in Ottonem.*“ Aus diesen Stellen ist auch sehr deutlich ersichtlich, dass der Papst etwas mit in seinen Ausdruck hineingelegt hat, was nicht in den von ihm übernommenen Worten der Wähler Ottos liegt, nämlich die Nennung von Wählern in besonderem Sinne. Einen Unterschied von Wählern und bevorzugten Wählern hatte der Papst ganz unverblümt ausgesprochen im Schreiben an den Erzbischof von Köln, „*ad quem specialiter spectat electio*“ und in der „*Deliberatio*“¹⁾ (Ende 1200): „*cum tot vel plures ex his, ad quos principaliter spectat imperatoris electio, in eum consensisse noscuntur, quod in alterum consenserunt.*“ Ein vorzugsweises Wahlrecht einzelner Fürsten, deren Stimmen für die Entscheidung der Wahl allein in's Gewicht fielen, war etwas Neues, was bisher in Deutschland, wenigstens in dem Sinne, noch nicht bekannt war. Ebenso war der in den Worten *tot vel plures* ausgesprochene Grundsatz der Entscheidung durch Stimmenmehrheit der bevorrechtigten Wähler, bei der Königswahl etwas ganz

1) „*Deliberatio super facto imperii de tribus electis*“ Reg. 29, vgl. Winkelmann I, 198 bis 204.

Neues, Unerhörtes. An den Erzbischof von Köln hatte der Papst 1201 geschrieben von Otto: „*electo ab eorum parte majore, qui vocem habere in imperatoris electione noscuntur.*“ Wenn man das „noscuntur“ nicht weiter beachten will, so hatte der Papst mit den Worten „*vocem habere*“ das Stimmrecht als solches mehr hervorgehoben.

Quidde¹⁾ weist in Beziehung auf das vorzugsweise Wahlrecht einzelner Fürsten zunächst darauf hin, dass diese Auffassung in Deutschland eine sehr bestrittene gewesen wäre, da der Papst sie zunächst nur in Privatschreiben in krasser Form, in öffentlichen zunächst nur in der milderen Form (*principaliter*), in der schärferen Form erst dann, als die Majorität sicher für Otto war, aber noch an einer weniger auffallenden Stelle ausgesprochen habe. Quidde meint nämlich, dass die Form des Ausdrucks mit „*principaliter*“ milder, ohne dies Wort schärfer sei. Wir werden sehen, dass diese Auffassung falsch ist oder wenigstens sehr der Einschränkung bedarf. — Quidde hat nicht recht, wenn er meint, dass die von ihm aus den Worten des Papstes herausgelesene Auffassung diesem von den Wählern Ottos überliefert worden sei: Denn der Papst hat zunächst die Worte der Wähler ganz richtig verstanden. Quidde scheint aus den Äusserungen des Papstes „zweifellos hervorzugehen“, dass eine „Klasse“ bevorzogter Wähler oder „ein Fürstencollegium privilegierter Wähler“ 1200 bereits bestanden habe, eine Annahme, die meinen obigen Ausführungen nach nicht richtig ist²⁾; und so kommt er dazu zu behaupten, dass die Wähler Ottos dem Papste diesen Zustand zu erkennen gegeben hätten. Das ist ein *circulus vitiosus*. Hinsichtlich der „Wägung und Zählung der Stimmen“ zeigt Quidde³⁾, dass in Deutschland dieser Modus bereits gang und gäbe gewesen sei, nicht aber bei der Königswahl, die im Princip eine ein-

1) Quidde S. 84/5.

2) vgl. Maurenbrecher S. 191, Anm. 2, 202 Anm. und 209 Anm.

3) Quidde S. 79 ff., S. 3 ff.

mütige sein musste. Für diese sei also der Grundsatz der Mehrheitsentscheidung neu gewesen, wenn er auch in dem Wahlverfahren bereits implicite liegend und im 12. Jahrhundert vorbereitet gewesen sei. —

Der Papst hat allerdings, um die Wahl Ottos gegenüber der grösseren Zahl von Fürsten, die auf Philipps Seite standen, die nach dem Protestschreiben vom Jahre 1202 neben dem *numerus* auch die *dignitas* und *auctoritas* für sich in Anspruch nahmen¹⁾, auch materiell mindestens durch eine Mehrheit zu sichern, einer Anzahl von Fürsten ein besseres Wahlrecht zugeschrieben, von denen mindestens die Hälfte für Otto sich erklärt hatten; da ihm die ideellen Gründe gegen Philipp in den Augen des Deutschen Volkes nicht durchschlagend zu sein schienen. Welche Fürsten das aber waren, konnte der Papst nicht wissen, da das in Deutschland selbst nicht feststand²⁾. Und darum nennt er gewiss auch keinen Namen der Wähler Otto's, denen er ein besseres Wahlrecht beimass, ausser dem Erzbischofe von Köln³⁾. Dass aber der Papst wie Quidde weiter hervorhebt, wenn er zuerst den Ausdruck gebraucht „*ad quos principaliter spectat imperatoris electio*“, später aber sagt „*ad quos spectat electio*“ oder „*qui habent vocem in electione imperatoris*“, mit vollem Bewusstsein und mit voller Absichtlichkeit die Worte gewählt und gewechselt habe, um auszudrücken, dass er den erst als „vorzugsweise berechtigten Wählern“ bezeichneten Fürsten ein ganz ausschliessliches Wahlrecht zuerkennen wolle, so ist diese Auffassung zwar möglich, aber sicher nicht richtig⁴⁾. Der Papst lässt einfach das zuerst eingeschobene „*principaliter*“ wieder fallen und schliesst sich enger an an die Worte der Wähler Ottos „*ad*

1) Quidde S. 81.

2) vgl. Harnack S. 50.

3) Anm.: Wenn der Papst dabei auch, wie Maurenbrecher S. 203 Anm. 1 meint, an Mainz und Pfalz gedacht hat, trotzdem er sie nicht nennt, so konnte ihm das auch erst von dem Wählern Ottos übermittelt sein.

4) vgl. Maurenbrecher S. 203 Anm. 1.

quos de jure spectat electio“ in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Dekretale, vielleicht inzwischen auch belehrt über die Bedeutung von „de jure“. Er hat allerdings, wie Quidde weiter hinzufügt, indem er den Stimmen einiger Fürsten eine grössere, entscheidende Bedeutung bei der Wahl beilegte, den Wahlbefugnissen derselben einen andern rechtlichen Inhalt untergelegt, aber nicht „in jenem Sinne“; er hat es, wie bereits angegeben ist, nur gethan, um den von ihm begünstigten Gegencandidaten als durch eine Majorität gewählt hinstellen zu können. Es ist möglich, dass der Papst den Modus der Papstwahl, bei der nur sieben bzw. sechs Kardinäle eigentliche Wähler waren, aus Unkenntnis des Verfahrens bei der deutschen Königswahl hier auf diese angewendet hat¹⁾; man kann sogar noch zugeben, dass er es gethan hat in der Überzeugung, dass er einen kleinen Kreis von (sieben) Wählern, von denen allein schon die drei geistlichen Würdenträger in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnisse zu ihm standen, im Interesse der Kirche und der Curie leichter dafür gewinnen könne, einen ihm genehmen deutschen König zu wählen; aber dass er dabei die Absicht verfolgt habe, einen dem Cardinalcollegium ähnlichen oder sogar völlig entsprechenden Wählerausschuss für die deutsche Königswahl einzuführen oder auch nur anzubahnen, eine Behauptung, die auch Maurenbrecher wieder ausspricht²⁾, das ist eine unbegründete und unbeweisbare Vermutung. Ja es spricht sogar das Verhalten der Curie seit 1227³⁾, indem sie sich an alle bedeutenderen Fürsten, nicht bloss an ein Collegium vorzugsweise oder ausschliesslich berechtigter Wähler wandte, um die Wahl von Gegenkönigen gegen Kaiser Friedrich durchzusetzen, geradezu gegen ein solches Bestreben der Curie. — Dass die Auffassung von einer bestimmten Zahl

1) vgl. Maurenbrecher S. 205/6.

2) das. S. 206.

3) vgl. Schirrmacher S. 59 f.

bevorzugter Wähler, von einem Collegium von sieben bestimmten Fürsten eine unrichtige ist, geht auch daraus hervor, dass die Forscher, namentlich auch Quidde behufs Erklärung des „tot vel plures“ in dem Schreiben des Papstes, sich über die Frage abzuquälen gezwungen sind, welche Fürsten man für den einen und welche für den andern König rechnen müsse¹⁾. Die vielen Möglichkeiten, die herangezogen werden, beweisen zur Genüge, dass ein bestimmt abgegrenztes Collegium bevorrechtigter Wähler am Anfange des Jahrhunderts noch nicht bestand. Sonst würde nur eine Gruppierung in jedem Augenblicke der Stellungnahme der Fürsten zu beiden Königen möglich sein. Daher sind auch die Gruppierungsversuche sehr müssige²⁾.

Waren aber die Verhältnisse in Beziehung auf die angesehensten und mächtigsten Fürsten, denn um diese handelt es sich dabei, in Deutschland selbst noch flüssige, in die der Papst nicht eingreifen konnte, so hatten doch die Äusserungen des Papstes den Erfolg für die deutschen Verhältnisse, dass man in Deutschland jetzt anfang, auf die ersten Stimmen bei der Wahl mehr Gewicht zu legen, ja auch den, dass die mächtigeren Fürsten jetzt eine grössere Bedeutung für ihre Stimmen beanspruchten.

Im Jahre 1208 scheinen aber hier die Verhältnisse noch ganz so gelegen haben, wie früher. Arnold von Lübeck giebt zur Wahl Otto's seitens der Sachsen in Halberstadt an³⁾, dass neben dem Herzoge von Sachsen

1) vgl. Maurenbrecher S. 191 u. Anm. 2. Das „tot vel plures“ biete keinen Beweisgrund für die Annahme einer Klasse bevorrechtigter Wähler oder Vorwähler unter den Fürsten.

2) vgl. Ficker S. 104 f. u. Quidde S. 72 f.

3) Ann. v. Lüb. lib. VII. c. 16. (SS. XXI : „Omnes igitur Principes, qui convenerant, pari voto et unanimi consensu Ottonem in Rom. Principem et semper augustum derogant . . . Archip. Magdeb. qui primam vocem habere videbatur inchoante, prosequente vero Bernhardo Duce cum marchione Misnensi et landgravio Thuringiae cum aliis ad quos electio Regis pertinere videbatur“.

noch der Erzbischof von Magdeburg, und zwar dieser berechtigter Weise mit der *prima vox*, und der Markgraf von Meissen wie der Landgraf von Thüringen sowie neben diesen auch noch „*alii, ad quos regis electio pertinere videbatur*“, das Wahlrecht ausgeübt haben. Da erfolgt aber bald darauf von Seiten der Curie, wenn auch, ohne das es beabsichtigt wäre, ein neuer Anstoss. Als Otto nach seiner erneuten oder vervollständigten Wahl durch zwei Hofbeamte, einen Notar und einen Kaplan, den Pabst um die Kaiserkrone bitten liess, rügte dies der Pabst mit den Worten: „*consueverint secundum morem antiquum pro petitione imperialis coronae magni principes ad apostolicam sedem ordinari*“¹⁾. Das was der Papst hier forderte, war an sich kein unbilliges Verlangen: denn bisher hatten Andere, z. B. Äbte und Bischöfe die Wahlanzeige erstattet; und weiter nichts, als dass Fürsten dieses Ranges die Wahlanzeige erstatten sollten, womit in der Regel die Bitte um die päpstliche Anerkennung und die Gewährung der Kaiserkrone verbunden war, verlangte der Papst, indem er sich auf den *mos antiquus* berief²⁾. Die päpstliche Forderung konnte unter den veränderten Verhältnissen aber für die Folgezeit sehr bedeutsam werden. Da der Papst die Kaiserkrone zu vergeben hatte, beanspruchte die Curie eine Prüfung des gewählten deutschen Königs, ob er würdig und geeignet sei zum Schirmvogt der Kirche, d. h. ob er gegen die Curie wohlgesinnt, ihr willfährig sei; und ausserdem scheint dem Papste die Doppelwahl von 1198 Anlass geworden zu sein, dass er auch den Anspruch erhob zu prüfen, ob der um die Kaiserkrone nachsuchende König rechtmässig gewählt sei. Dafür bedurfte er Zeugen, die an der Wahl teilgenommen hatten.

Die eben angeführte Forderung des Papstes findet bald Ausdruck in den kurz nach dieser Zeit entstehenden deutschen Rechtsbüchern.

2) Raynald ad a 1209. 55. vgl. Schirrmacher S. 29 ff.

1) Haedicke S. 22. Anm. 3 fast die Sache falsch auf.

b. Die Rechtsbücher.

Zuerst ist zu nennen das in den ersten Regierungsjahren Kaiser Friedrichs der zweiten erschienene, unter dem Namen „Auctor vetus de beneficiis“ umgehende Lehnrechtsbuch. Die unsere Frage berührende Stelle lautet: l § 12: „*Rex quem eligunt Teutonici, cum Romam vadit ordinari, secum ibunt de jure sex principes, qui primi sunt in ejus electione, ut pateat apostolico justa electio*“. Nun hatte zwar der Papst eine bestimmte Zahl nicht genannt. Der „Auctor vetus“ giebt die Zahl „sechs“ für die Fürsten, welche mit dem Könige nach Rom gehen sollen „de jure“, um dem Papste die Rechtmässigkeit der Wahl zu bezeugen. Wie der Verfasser des Rechtsbuches dazu kommt, werden wir später betrachten.

Das auf den „auct. vet. de benef.“ zurückgehende „Sächsische Lehnrecht“ nennt diese „sex primi in electione“. Die Stelle lautet: Art. IV, 2: „*Svenne aver die Düdeschenenen koning kiesen, and he to Rome vert to der wienge, so sint plichtig ses vorsten mit ihme to varene, die di ersten in des rikes kore sin: die bischope von Megenze unde von Triere unde von Kolne und die palenzgreve von 'me Rine, die hertoge von Sassen unde die marcgreve von Brandenburch, durch das dem paveze wetenlic si des koninges redelike kore*“.

Das sächsische Landrecht geht auf das Wahlverfahren selbst mit ein und giebt die Reichsämtler der weltlichen Fürsten mit an; das vierte Amt, das des Schenken, veranlasst den Verfasser Eike von Repgow, den Besitzer desselben, den König von Böhmen mit zu nennen; er spricht diesem aber das Recht ab, „erster an des keiseres kore“ zu sein. Die Stelle lautet (III, 57, 2): „*In des keiseres kore sal die erste sin die bishop von Megenze, die andere die von Triere, die dridde die von Kolne. Unter den leien ist die erste an 'me kore die palenzgreve von 'me Rine, des rikes druzte, die andere die herthoge von Sassen die marschalk, die dridde die markgreve von Brandenburch die kemerere. Die schenke des rikes die koning von Behemen*

die ne hevet nenen kore umne dat he nicht düdesch n'is. Sint kiesen des rikes vorsten alle, papen unde leien. Die to 'me ersten an 'me kore genannt sin die ne solen nicht kiesen na iren mutwillen, wenn swen die vorsten alle to koninge irwelt, den solen si allerest bi namen kiesen.“

Ficker hat nachgewiesen, in welchem Zusammenhange diese drei Stellen zu einander stehen, dass die erste Notiz Grundlage für die zweite und dritte geworden ist. Die zweite Stelle ist einfach eine Übertragung der ersten, lateinisch abgefassten, ins Deutsche; sie nennt die sechs Primi mit Namen. Das sächsische Landrecht giebt bedeutsame Zusätze¹⁾.

c. Ansichten der Gelehrten über die durch die Entstehung der Rechtsbücher bezeichnete Entwicklungsperiode und Beurteilung derselben.

Über die Entwicklungsperiode seit dem Dekretale „Venerabilem“ bis zur Abfassung des sächsischen Landrechts (zw. 1227 und 1235) ist der Streit der Forscher heftig entbrannt.

Das sächsische Landrecht zeigt das Kurcollegium bereits in seiner späteren Zusammensetzung.

Die Forscher suchen nun zur Erklärung dieser Satzung des Sachsenspiegels nach Anhaltspunkten in der Verfassungsgeschichte und in den Begebenheiten der vorgegangenen Zeit und stellen, da die Quellen nicht ersehen lassen, auf welche Rechtsthatsachen sich das Rechtsbuch stützen mag, die verschiedensten Hypothesen auf, je nachdem sie hier oder da Anhaltspunkte zu finden glauben. Ja, einige Gelehrten gehen sogar so weit, die Stelle in der Weise auszulegen, wie es ihnen am besten zu den ersichtlichen Verhältnissen zu passen scheint. Andere verlegen ihre Abfassungszeit erst in die zweite Hälfte

1) Das sächsische Lehn- und Landrecht bilden zusammen den Sachsenspiegel, den ich der Kürze wegen mit „Ssp.“ zitieren werde.

des 13. Jahrhunderts. Diese sehen in dem Sachsenspiegel bereits das spätere Kurcollegium vollendet vor sich. So meint Gemeiner, da das Kurcollegium vor 1257 gar nicht möglich gewesen sei, so müsse der Ssp. erst später abgefasst sein. So weit hinauf rückt O. Lorenz ebenfalls die Abfassung der Stelle, da er bis 1237 noch keine Spur von bevorrechtigten Wählern zu finden vermag.

Beider Auffassungen sind als unrichtig erkannt, seit Homeyer und Ficker nachgewiesen haben, dass der Ssp. nicht bloss als Entwurf, wie Lorenz angenommen hat, in den Jahren 1228 – 1232 angefertigt und der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Ficker hat ausserdem den Nachweis geliefert, dass die Anschauungen, welchen der Ssp. Ausdruck giebt, auch in Beziehung auf das Verfahren bei der deutschen Königswahl, sehr wohl in diese Zeit sich einfügt.

Auffällig erscheint den Forschern zunächst die Nennung von sechs ersten Wählern und dann der Umstand, dass unter den weltlichen Fürsten der Markgraf von Brandenburg mit genannt ist, weiterhin die Thatsache, dass die Erzämter der weltlichen Fürsten mit angeführt werden und dass trotz seines Erzamts dem Könige von Böhmen das „Wahlrecht“ oder wenigstens das „Kurrecht an erster Stelle“ auf Grund seiner undeutschen Nationalität abgesprochen wird.

Es entsteht nun zunächst die Frage: Giebt der Verfasser des Sachsenspiegels Eike von Repgow, in Beziehung auf die Wahlfrage geltendes Recht?

Über diese Frage sind die Forscher verschiedener Ansicht, je nachdem sie Anhaltspunkte in den verfassungsrechtlichen Verhältnissen der vorangegangenen Zeit finden oder nicht oder an der Hand der Quellen zu reconstruiren vermögen¹⁾.

Eike selbst sagt von sich, dass er nur geltendes

1, vgl. Harnack S 39 ff

Recht geben wolle. Ist aber das, war er niedergeschrieben hat, solches?

Meyer fasst die Sache am richtigsten auf, wenn er sagt¹⁾, dass der Verfasser eine allgemeine Rechtsregel habe aufstellen wollen dafür, wie die Wahlen zu geschehen hätten, namentlich, wenn alle berechtigten Wähler anwesend wären, eine Rechtsregel, die nach allgemeiner Anschauung der Wahlen wirklich zu Grunde gelegen habe und aus der Gesamtheit aller Wahlvorgänge habe abstrahiert werden können. Meyer weist damit zugleich die Auffassung Haedickes zurück, dass Eike sich auf einen bestimmten einzelnen Fall bezogen habe, die Wahl zu Frankfurt 1208, und das Verfahren bei derselben als be-
lehrende Norm für künftige Fälle aufgestellt habe.

Unter den Forschern, die obige Frage verneinen, ist in erster Linie Tannert²⁾ zu nennen. Dieser sieht im Vorstimmrechte von Pfalz, Sachsen und Brandenburg und dessen Verbindung mit dem Erzamt durch die Darstellung des Ssp. als bezeugt an. Diese bezeugten Thatsachen scheinen ihm aber mit den Verhältnissen, die er für das erste Drittel des 13. Jahrhundert annehmen zu müssen glaubt, nicht übereinzustimmen. Und so erklärt er die Satzung des Ssp. für veraltetes Recht, das den Verhältnissen bei den Wahlen in der Mitte des 12. Jahrhunderts entnommen zu sein schiene. Denn in der That passe die im Ssp. gegebene Wahlpraxis recht gut zu den Verhältnissen zur Zeit Friedrichs des Ersten namentlich zu den Verhältnissen bei der Wahl von 1169, ja könne nur diesen entnommen sein. Seine Behauptung stützt er auf folgende wahre oder angenommene Thatsachen: Brandenburg habe seit 1198 nicht mehr mit gewählt, Böhmen im 12. Jahrhundert ein Vorstimmrecht nicht ausgeübt, wohl aber im 13. Jahrhundert. Selbst Sachsen könne im 13. Jahrhundert ein Vorstimmrecht nicht mehr besessen

1) Meyer S. 167 ff.

2) Tannert S. 46 ff.

haben so wenig wie Brandenburg, da es in dieser Zeit ebenfalls nicht mehr hervorgetreten und seit 1208 den Königswahlen überhaupt fern geblieben sei. Dagegen habe Böhmen im 12. Jahrhundert ein Vorstimmrecht nicht besessen, wohl aber seit Anfang des 13. Jahrhunderts, da es im Range an erster, bzw. neben Pfalz an zweiter Stelle erscheine¹⁾. Dagegen hätten thatsächlich Pfalz, Sachsen und Brandenburg das Vorstimmrecht geübt, ja es besessen bei den Wahlen des 12. Jahrhunderts²⁾. Auch die Angaben der Ssp. über die Erzämter könnten nur den Verhältnissen um die Mitte des 12. Jahrhunderts entnommen sein: denn diese seien seitdem ausser Übung gekommen, seien bereits 1184 nicht mehr verwaltet worden. Diese Behauptung sucht er damit zu begründen, dass weder Heinrich von Veldecke, der Augenzeuge des Mainzer Festes (1184) gewesen sei, noch Gislebert von Hennegau, der sich sonst gut über das Fest unterrichtet zeige und sich überdies durch aussergewöhnliche Schärfe in Beobachtung staatsrechtlicher Verhältnisse auszeichne, von einer Ausübung der Erzämter in Mainz etwas wisse³⁾. Weitere Beweisgründe für die letzte Behauptung bringt Tannert nicht bei: die beigebrachten sind aber nicht unbedingt beweisend.

Aus dem Schweigen der genannten beiden Augenzeugen über die Verwaltung der Erzämter folgt jedoch nicht, dass sie nichts davon wissen (in dem Sinne wie Tannert es meint), sondern höchstens, dass sie es als unnötig ansahen, darüber zu berichten, weil sie die Übung als etwas Selbstverständliches ansahen. Ich finde für diese Annahme eine Stütze in der Notiz des Arnold von Lübeck zu dem Feste: „*officia dapiferi . . . administrabant*“⁴⁾. Die ersten Behauptungen über das Vorstimmrecht erscheinen, so weit sie sich auf das 12. Jahrhundert beziehen (und die Personen der ersten Wähler betreffen), als in den Ver-

1) Tannert S. 38 ff.

2) das. S. 18 u. 23.

3) das. S. 61.

4) vgl. ob. S. 33, Anm. 3.

hältnissen begründet; dagegen sind sie, soweit sie sich auf den Anfang des 13. Jahrhunderts beziehen, durchaus gewagt. Aus einer Nichtübung eines Rechts folgt doch nicht der Nichtbesitz desselben, so wenig wie aus dem Erscheinen zu den Wahlen, wie es bei dem König von Böhmen im Anfange des 13. Jahrhunderts der Fall war, ohne Weiteres ein Besitz des Vorstimmrechts, nicht einmal die Übung desselben folgt; auch aus der nachgewiesenen Teilnahme desselben an Rechtshandlungen und Unterzeichnung derselben unter den Ersten ergibt sich nichts für den Besitz oder auch nur Erwerb des Vorstimmrechts in jener Zeit. Ein Recht konnte nach gewohnheitsrechtlicher Entwicklung einerseits durch öftere Nichtübung erst nach und nach verloren gehen, andererseits nur infolge wiederholter Übung erworben werden.

Phillips, Weiland, Quidde sehen in der Darstellung des Ssp. ein sicheres Zeugnis des Verfassers für das Bestehen eines Collegiums von Fürsten, die voran vor allen übrigen wahlberechtigten Fürsten ihre Stimmen bei der Wahl abzugeben berechtigt waren, und verlegen, namentlich mit infolge dieser Meinung, die Bildung desselben in das 12. Jahrhundert zurück.

Das zu erweisen, ist ihnen aber nicht gelungen. — Bezeugt denn hier der Verfasser des Ssp. das Bestehen eines solchen Collegiums wirklich? Rechtfertigt seine Darstellung die Annahme des Bestehens eines abgegrenzten Collegiums erster Wähler? Nach unten abgeschlossen müsste es doch sein, sonst wäre es kein Collegium. Nach dem Ssp. hatten noch alle Fürsten gleiches Wahlrecht, nicht nur bei der Vorwahl, sondern auch bei der Kur: die dort genannten sechs Fürsten hatten nur das Recht vor den übrigen Fürsten voraus, denjenigen, den alle zusammen bei der Vorwahl zum König erwählt hatten, bei der rein formellen Kur zuerst mit Namen zu nennen; ihr Vorrecht war also ein Ehrenrecht des Vortritts, des Vorranges bei der Kur.

Diese Einschränkung giebt auch Quidde zu, hält aber trotzdem daran fest, dass diese „Sechs“ oder „Sieben“ bereits ein Collegium gebildet hätten, freilich verleitet durch seine falsche Annahme der Bildung desselben in früheren Zeit¹⁾. Der Ssp. hätte ihn eines Besseren belehren können. Eike von Repgow hebt diese sechs Wähler aus der Zahl der übrigen Fürsten heraus und erkennt ihnen nur das Ehrenrecht des Vortritts bei der Kur zu. Er thut das, gestützt auf seine Vorlagen. Nach diesen wohnte ihnen als ersten Wählern noch die Eigenschaft der Zeugnisfähigkeit vor der Curie bei. Diese Eigenschaft war wichtiger für die Bildung eines Collegiums, wie ich an anderer Stelle zeigen werde. Aber die Forscher, auch der sonst so scharfsinnige Quidde, übersahen das. Das Ehrenrecht und die Erzämter, die Eike mit angiebt, zeichneten die Fürsten zwar in den Augen des Volkes aus, enthielten aber nichts, was zum Zusammenschluss der Erzbeamten zu einem Collegium, das das Wahlrecht in besonderer Weise für sich in Anspruch nahm und sich von den übrigen Wahlfürsten abschloss, führen konnte. —

Meyer trifft aber das Richtige auch nicht; er geht in entgegengesetzter Richtung zu weit, wenn er behauptet²⁾, dass Eike ebenso gut weniger oder mehr Fürsten hätte aufzählen können, ohne die Sache damit zu ändern. Denn es war bereits in der Vorlage, die Eike benutzte, dem „auctor vetus“, die Zahl „sechs“ angegeben; und daher hatte Eike Anlass, nur diese „sechs“ zu nennen als erste Wähler.

Während Tannert namentlich infolge seiner strengen Untersuchungen über die Rangordnung der Kurfürsten in den Zeugenreihen der Urkunden zu seiner Behauptung in Beziehung auf den Ssp. gelangt war, erklärt Lorenz die Stelle des Ssp. für eine völlig frei erfundene Wahltheorie. Diese Behauptung hat bereits Meyer zurückgewiesen³⁾.

1) vgl. oben S. 49.

2) Meyer S. 140.

3) das. S. 134.

Eine ähnliche Stellung nimmt Harnack zu der Frage ein¹⁾. Aus der grossen Unsicherheit des Wahlverfahrens, den Veränderungen, die es im Laufe der Zeit erfuhr (durch die Veränderungen im Fürstenstande), infolge der Modificationen, die es bei jeder Wahl durch den vollständigeren oder dürftigeren Besuch der Wahltagc erlitt, und wegen der phantastischen Berichte über einzelne Vorgänge, ergibt sich ihm die Notwendigkeit zur Annahme von Wahltheorien. Und so erklärt er denn die Stelle des sächsischen Landrechts für eine eben solche Wahltheorie, wie die des Gislebert von Hennegau, Roger von Hoveden und Gervasius, und zwar für eine dem sächsischen Partikularinteresse ungemein günstige. Eicke habe trotz des Wunsches, gültiges Reichsrecht zu überliefern, es nicht gekonnt, da ein solches über den Wahlmodus nicht vorhanden gewesen sei. Und daher hätte er nach der in Sachsen im „Schwange“ befindlichen „Theorie, welche die seit dem Würzburger Reichstage von 1209 „gewiss allgemein bekannt gewordene“ Sechszahl bevorzugter Wähler in der für Sachsen günstigsten Weise deutete,“ gegriffen²⁾ und sie seinem Rechtsbuche einverleibt. Und dafür scheint ihm auch zu sprechen, dass er zwei sächsische Fürsten, ausser dem Herzoge von Sachsen noch den Markgrafen von Brandenburg, hinzugenommen, aber den König von Böhmen ausgeschlossen habe.

Gegenüber der von dem Würzburger Reichstage entnommen „Sechszahl“ ist zu bemerken, dass es sich da gar nicht um eine Wahl³⁾, sondern nur um ein Hoffest handelte, wo also nicht die ersten Wähler, sondern nur die Erzbeamten in Funktion treten konnten.

Gegenüber von Meyers Behauptung⁴⁾, dass der Ssp. nicht eine willkürlich ersonnene Theorie, sondern eine all-

1) Harnack S. 35ff.

2) Harnack S. 40.

3) vgl. Maurenbiecher S. 212.

4) Meyer S. 167.

gemeine, aus der Gesamtheit der Wahlvorgänge „abstrahierte“ Regel gebe, wie die Wahlen zu geschehen hätten, wenn alle Wähler erschienen, macht Harnack geltend¹⁾, dass es speciell für die unter abnormen Verhältnissen vollzogenen Wahlen von 1198, 1208, 1211, 1212, 1220 gar nicht möglich gewesen sei, eine solche Regel abzuleiten. — Damit hat Harnack ja Recht; aber konnte denn nicht eine aus den Wahlen, auch denen des 12. Jahrhunderts mit, sich eine solche allgemeine Anschauung über die Art der Wahlhandlung gebildet haben, wie es Meyer behauptet?

Daher konnte Maurenbrecher die von Harnack modifizierte Ansicht von Phillips und Tannert wiederaufnehmen, indem er dabei zugleich den betreffenden Einwendungen und Vermutungen Meyers Beachtung schenkt. Eike habe die von unbekannten Theoretikern behufs Erklärung oder Begründung von damals erlebten Vorgängen ersonnene Theorien in den von ihm verfassten Rechtsbüchern wiedergeben²⁾ und habe damit den Tendenzen seiner Zeitgenossen in einer ebensowohl den Gelüsten deutscher Fürsten als den Absichten des römischen Papsttums weit entgegenkommender und trefflich entsprechender Weise Rechnung getragen³⁾. In soweit seine Theorie die Bevorzugung von Sachsen und Brandenburg ausspricht, erklärt sie Maurenbrecher für einen „Gewaltstreich theoretischer Erfindung“, ersonnen, um den Fürsten seines Stammes vor den übrigen zu begünstigen, „eine politische Tendenzerdichtung der verwegensten Art“, die weder in der Geschichte noch in den Verhältnissen des damaligen Augenblicks begründet sei⁴⁾.

Quidde zeigt die Unwahrscheinlichkeit, die gegen Harnacks Annahme spricht, nach der der Verfasser des

1) Harnack S. 39 ff.

2) Maurenbrecher S. 229.

3) das. S. 232.

4) vgl. Maurenbr. S. 229. Diese Frage findet später S. 71 ff. ihre Beurteilung und Erledigung.

Ssp. nur aus sächsischen Particularinteresse den Markgrafen von Brandenburg hinzugenommen habe, indem er geltend macht, dass das Kur- (Vorstimm-) recht des Markgrafen sicher in Süddeutschland Angriffe erfahren haben und nicht so rasch zur Anerkennung gelangt sein würde, wenn es nicht durch frühere Vorgänge gestützt worden wäre¹⁾; damit ist auch bereits die von Maurenbrecher wiederholte Hypothese Harnacks als unhaltbar zurückgewiesen. Die hier von Quidde nicht berührten Punkte der Annahmen Maurenbrechers werden später beurteilt und auf ihre Wahrheit geprüft werden.

Quidde folgert aus der Thatsache, dass die dem Markgrafen zugesprochene Kurstimme so bald Anerkennung auch in Süddeutschland erfuhr, weiter, dass ein Collegium bevorrechtigter Fürsten bereits vor der Abfassung des Ssp. bestanden haben müsse.

Maurenbrecher sucht die von Quidde zur Begründung dieser Hypothese herangezogene Thatsache dadurch zu erklären, dass er annimmt, Eike sei mit seiner Theorie den Tendenzen seiner Zeitgenossen, den aristokratischen Strömungen seiner Zeit entgegengekommen, und dass er die Schöpfung des bevorrechtigten Standes der Königswähler in die Aufzeichnungen des damals geltenden deutschen Rechts hineingeschoben habe²⁾. Ob Quiddes Hypothese richtig ist und wie weit Maurenbrechers Annahme dem Sachverhalte entspricht, werden wir später untersuchen.

Wie Quidde, Weiland, Phillips hatte Waitz Spuren eines solchen Collegiums im 12. Jahrhundert zu finden geglaubt.

Ficker zeigt in sehr ruhiger, objectiver, aber scharfsinniger Untersuchung³⁾, dass 1198 ein fest abgeschlossenes Collegium noch nicht bestand, dass nicht einmal ein rechtlich

1) Quidde S. 28 ff.

2) vgl. Maurenbrecher S. 232.

3) Entstzt. des Ssp. S. 102 ff.

begründeter Vorzug einzelner Fürsten ausser dem des Erzbischofs von Mainz und des Pfalzgrafen als Vertreter des Königs in der Rechtspflege bestand, da nur die Wähler Otto's einen solchen geltend gemacht hätten, (ist übrigens wie bereits dargelegt ist, nicht der Fall), nicht die Philipps. Ihm stimmt in diesem Punkte Maurenbrecher zu, indem er hervorhebt, dass nur der Erzbischof von Mainz unter den geistlichen Fürsten, der Pfalzgraf bei Rhein unter den weltlichen, des Vorzugs der ersten Stimmabgabe sich erfreut hätten¹⁾; aber es sei weder im 12. noch im Anfange des 13. Jahrhunderts eine Spur von der Existenz von besonders bevorrechtigten Vorwählern und Kurfürsten zu finden²⁾, und, füge ich hinzu, noch weniger von der Existenz eines abgeschlossenen Kreises von ersten Wählern, eines Kurcollegiums. Erst allmählich, seit 1237, schienen nach Fickers Darlegungen die Stimmen einzelner Wähler mehr beachtet worden zu sein. Der Ssp. selbst lege den ersten Wählern noch keinen entscheidenden Einfluss auf die Wahl bei, indem er hinzufüge, dass diese sich nach dem in der Vorversammlung, der Vorwahl, festgestellten Votum aller Fürsten zu richten und nach ihnen noch alle geistlichen und weltlichen Fürsten ihre Stimme abzugeben hätten³⁾. — Das ist im Wesentlichen richtig. Doch beachtet Ficker das Moment zu wenig, welches so sehr bedeutsam für die Herausbildung des Kurcollegiums werden sollte, nämlich das vom Papst verlangte Zeugnis durch „magni principes“ und seine Betonung eines schwerer wiegenden Stimmrechts einzelner Fürsten.

Der Umstand, dass von einem Collegium bevorrechtigter oder privilegierter Wähler, oder wie die angewendeten Ausdrücke sonst lauten mögen, für das 12. Jahrhundert kein sicheres, völlig glaubwürdiges Zeugnis vorliegt (Gislebert, Roger, Gervasius sind nicht unbedingt glaub-

1) Ficker Entstzt. S. 120.

2) vgl. Maurenbrecher S. 198 Anm. 1 u. S. 226..

3) vgl. das. S. 198 Anm. u. S. 203 Anm. 1 u. S. 209 Anm.

würdig in den hierauf sich beziehenden Punkten nicht mehr als in ihrer sonstigen Darstellung von Wahlvorgängen oder Wahlgebräuchen), führte Haedicke, Schirrmacher und Wilmanns zu andern Annahmen als die bereits beurteilten. Sie sahen zunächst in der Darstellung des sächsischen Landrechts, abweichend von Ficker, aber darin mit andern Forschern ziemlich übereinstimmend, ein unzweifelhaftes Zeugnis für das damalige Bestehen eines fertigen, nach unten begrenzten Kurcollegiums. Und so unternahmen sie den Versuch, in der Zeit zwischen 1198 und der Abfassungszeit des Sachsenspiegels ein Faktum zu bestimmen, durch welches das Kurcollegium (in seiner späteren Gestalt) ins Leben gerufen wurde.

Haedicke meint, was der Sachsenspiegel gebe, müsse einmal „faktische“ Geltung gehabt haben, sonst hätte er das Wahlverfahren nicht so fixieren, nicht Pfalz, Sachsen und Brandenburg über alle übrigen Reichsfürsten stellen können¹⁾. Da ihm, dem Verfasser, nun keine Rechtsgewohnheiten vorgelegen hätten, so habe er ein einzelnes Faktum beschrieben, um die Kenntnis desselben für künftige analoge Fälle festzuhalten; und als solches habe sich ihm allein die Wahl Ottos des Vierten in Frankfurt (als eine während einer Reichsvacanz vollzogene Wahl) geboten. Haedicke muss nun zwar zu allerlei Annahmen seine Zuflucht nehmen, er muss die Wahl der sächsischen Fürsten 1208 zu Halberstadt für eine Vorwahl erklären, den Reichstag zu Frankfurt, sechs Wochen später, als einen allgemeinen Wahltag hinstellen²⁾ und weiter annehmen, dass auch die sächsischen Fürsten, der Herzog von Sachsen wie der Markgraf von Brandenburg, dort anwesend gewesen seien. Dass er das Letztere nicht zu beweisen vermag, dass im Gegenteil die Nachricht Arnolds von Lübeck

1) Haedicke S. 4 ff. S. 14. 20. 22. 23. Haedicke stützt sich dabei auf Ficker „Reichsfürstenstand“ § 134 ff. § 187 a. a. O. und dessen Feststellung der Rangordnung der höheren Reichsfürsten.

2) Haedicke S. 27 ff.

die nur Franken, Baiern und Schwaben als in Frankfurt anwesend nennt¹⁾, sowie schon die bereits erfolgte nachträgliche Wahl der sächsischen Fürsten dagegen spricht, hält ihn nicht zurück von seiner Behauptung.

Dort sollen nun die anwesenden Fürsten sich über die Reihenfolge bei der Abstimmung geeinigt haben, nur für diesen einzelnen Fall. Der Markgraf von Brandenburg habe so seine Stelle als dritter weltlicher Wähler erhalten, da er thatsächlich 1208, namentlich noch zu Friedrichs des Zweiten Zeit keinem der Fürsten, die dort anwesend gewesen seien (die Herzoge von Baiern und Österreich sowie der König von Böhmen hätten gefehlt), auch Meissen und Thüringen nicht, nachgestanden habe. Dieses freie, nur für diesen Fall getroffene, Abkommen habe dann durch den Ssp. seine Fixierung und mit diesem seine Verbreitung und allmähliche Anerkennung als Wahlordnung gefunden. Der Wunsch der Curie, dass angesehene Fürsten dem Papste die Wahlanzeige erstatten sollten, habe dann mit dazu beigetragen, dass die Stellung der dazu geeignetsten Fürsten, eben der ersten Wähler, bei der Wahl eine bedeutendere geworden sei als die der übrigen Fürsten.

Diese Behauptungen Haedikes hat Meyer bis auf die letztere als blosse Vermutungen nachgewiesen²⁾ und gezeigt, dass dessen versuchte Indizienbeweise als misslungen zu betrachten sind; auch die Stütze, die er durch eine der sogenannten *Constitutio Goldasti*³⁾ zu Grunde

1) SS. XXI. Nachdem Arnold von der „Curia satis famosa“ in Halberstadt gesprochen, fährt er fort: „Exinde alia curia magis famosa indicta est in Frankenvorde in festo Martini. Ubi cum magna sollemnitate et ingenti numerositate occurrerunt Domino Regi Principes Franconiae, Bavariae, Sueviae.“ Von der Anwesenheit der Sachsen sagt er nichts.

2) Meyer S. 139 ff.

3) Diese lautet: *Constit. Imper. Tom. III. pag. 371*: „Ottonis IV. imperatoris augusti constitutio de electione imperatoris ad a. 1209. „Imperatorum nullus hereditariam dignitatem vindicato. Principes sex, sacri ordinis tres, Moguntinus, Treverensis et Coloniensis, profani totidem, Comes Palatinus Rheni, dux Saxoniae et marchio Brandenburgensis eum eligunto.

liegende Tradition zu finden hoffte, sei völlig hinfällig. Überhaupt habe, wie Waitz zeige¹⁾, 1208 in Frankfurt gar keine allgemeinere Wahl stattgefunden, sondern nur eine Anerkennung in der Form einer Wahl seitens der ihm bisher noch feindlichen Fürsten; die sächsischen Fürsten hätten ihn bereits in Halberstadt anerkannt²⁾, also keinen Anlass zu einer zweiten Anerkennung gehabt. So liegt die Sache in Wirklichkeit. Damit fällt aber auch die von Maurenbrecher wieder aufgestellte Behauptung hin³⁾, dass der Reichstag zu Frankfurt zur Vornahme der Wahl vom Erzbischofe von Mainz einberufen und auf diesem thatsächlich der formelle Akt der Kur vollzogen worden sei³⁾. Eine solche müsse es gewesen sein: denn für eine allgemeine Huldigungsfeier hätten gewiss andere Formen gegolten als für eine Wahl, und wenn er auch den Bericht der Kölner Königschronik und den zahlreichen Besuch des Reichstages anführt⁴⁾, so hat er damit noch keinen schlagenden Beweis für seine Behauptung erbracht, noch die Ansicht von Meyer und Waitz widerlegt.

Da es also mit der Annahme der Verallgemeinerung eines solchen Faktums der freien Vereinbarung der Reihenfolge der Fürsten bei der Kur, wie Waitz gezeigt hat, nichts war, überhaupt eine allgemeine Wahl 1208 nicht stattgefunden hat, so dachten Schirrmacher und Wilmanns an ein Gesetz über die Wahlordnung, das von

Hi si discordes fuerint Boemiae Regem cooptanto. Factum decretum in Frankfurt cum consensu Principum, in praesentia Legatorum summi Pontificis Hugolini et Leonis“.

1) Reichstage 1208 und 1209. Forsch. XIII, 204 ff.

2) Diese Bedeutung allein hat der Tag von Halberstadt, nicht die der Verpflichtung der sächsischen Fürsten, der bevorstehenden Wahl Ottos zuzustimmen, wie Maurenbrecher S. 209 meint. Die Anerkennung Ottos seitens der Sachsen in Halberstadt geschah nach Arnold von Lübeck in Form einer Wahl. So wird es auch in Frankfurt geschehen sein.

3) vgl. Maurenbrecher S. 212.

4) „curia adeo celebris habita est, ut quinquaginta principes illic convenisse probarentur, a quibus omnibus Otto rex votiva concordia et unanimi inspiratione in regem est declaratus.“

Otto unter Zustimmung die Reichsfürsten auf einem allgemeinen Reichstage 1208 oder 1209 (in der Zeit bis zu seiner Romfahrt) erlassen worden sei.

Schirmacher lässt das Kurfürsten-Collegium 1209 zu Frankfurt als Neuschöpfung, Wilmanns zu Würzburg als Reorganisation eines unter Otto III. geschaffenen Wahlkörpers entstehen. Sie ziehen beide alle möglichen Momente, die den einen oder den andern zu der Annahme zu nötigen scheinen oder diese beweisen sollen, heran. Die *Constitutio Goldasti*¹⁾ leistet Schirmacher, der sie, trotz des Nachweises ihrer Unechtheit durch Waitz, für echt hält, sogar die Widersprüche in ihr selbst zu erklären oder zu beseitigen sucht, grosse Dienste. Wilmanns, dem die Unechtheit dieser Urkunde mehr einleuchtet, stützt sich auf die tendenziöse Darstellung des Ptolemaeus von Lucca²⁾. Dieser nimmt an, dass der Sachsenspiegel das nur 1230 wirklich bestehende Recht gebe, und zwar ein Kurfürsten-collegium als einen Ausschuss, der die Aufgabe habe, sich mit den übrigen Fürsten vor der Wahl über die Person des zu wählenden Königs zu verständigen. Und da die Kurfürsten, um dies mit Erfolg bewerkstelligen zu können, sich erst unter einander einigen mussten, so seien sie eben dadurch zu einem Collegium enger verbunden worden. Zur Begründung und zum Beweise seiner Annahme der Neugestaltung dieses Collegiums 1209 zu Würzburg zieht Wilmanns namentlich die politischen Verhältnisse in Deutschland heran: Das Verhalten der Fürsten gegenüber dem

1) s. ob. S. 65, Anm. 3.

2) Die Stellen lauten: Thom. v. Aquino „de regimine principum III, 19: ex hunc (unter Otto III), ut historiae tradunt, per Gregorium V siniliter Theutonicorum provisum est electio, ut videlicet per septem principes Alemaniæ fiat, quæ usque ad ista tempora porseverat.“ — „Electores igitur,“ heisst es in „Historia ecclesiastica XVIII c. 2: videlicet per officiales qui sunt septem. Tres cancellarii etc.... Quidam dicunt, quod ad tollendam electionis, discordiam iste (rex Bohemiae) est additus, sed falsum est, quia rex Boh. ita est officialis imperii sicut alii et ex officiis sunt assumpti u. a. O.

Könige Otto vor und nach 1209 ist ihm zugleich Beweis für eine solche Schöpfung durch diesen, wie er glaubt es dadurch erklären zu können.

Beider Hypothesen widerlegt Meyer so gründlich, dass jedes weitere Wort überflüssig ist¹⁾. Er hat namentlich gezeigt, dass die Stelle des Ptolemaeus von Lucca erst am Ende des 13. Jahrhunderts im Interesse der Kirche verfasst ist und dass sich bis gegen Mitte des 13. Jahrh. keine Spur von einer Abmachung zwischen Otto III. und Gregor V. wie von einer Constitutio Ottos IV. findet. Damit fallen die von beiden Gelehrten darauf aufgebauten Kartenhäuser von selbst über den Haufen. Daneben hat Meyer aber auch gezeigt, wie wenig beweiskräftig die von ihnen zur Stützung ihrer Hypothesen herangezogenen und dafür erst präparierten Beweisgründe sind.

Wie ist denn nun aber der Zustand eingetreten, welchen Eike im sächsischen Landrecht fixiert, und welche Momente waren es, die zur der Bildung eines Kurcollegium führten?

d. Erste Anfänge des Kurcollegiums.

Die Forderung des Papstes, die er in Form eines indirekten Wunsches gekleidet hatte, dass „magni principes“ ihm die Rechtmässigkeit der Wahl bezeugen sollten²⁾, gab den ersten Anstoss zur Herausbildung eines Vorrechts bei der Königswahl für die Fürsten, welche als vollgültige Wahlzeugen, zur Bezeugung der Rechtmässigkeit der vollzogenen Wahl als geeignet von der Kurie angesehen wurden. Denn zu solchem Zeugnis waren natürlich die Wähler am besten im Stande, die in hervorragender Weise und in

1) Meyer S. 144 ff. u. 150 ff.

2) Raynald ad a. 1209, 55: „consueverint secundum morem antiquum pro petitione imperialis coronae magni principes ad apostolicam sedem ordinari. vgl. ob. S. 97/8 und Schirmacher S. 26 ff.

erster Linie an der Wahl beteiligt gewesen waren. Ich befinde mich damit in Übereinstimmung mit Maurenbrecher¹⁾. Es pflegten sowohl geistliche als weltliche Fürsten teilzunehmen an der Fahrt nach Rom, die die deutschen Könige unternehmen mussten, um dort vom Papste sich die Kaiserkrone aufs Haupt setzen zu lassen. Das vom Papste geforderte Zeugnis über die Rechtmässigkeit und Gültigkeit der Wahl gab der Sache noch eine höhere Bedeutung. Sonst waren bisher ja meist geistliche Herren nach Rom gesandt worden, um die Wahl eines neuen Königs dem Papste anzuzeigen und für diesen um die Kaiserkrone zu bitten. Jetzt, wo die Anzeige etwas mehr als ein formeller Akt geworden war, wo der Papst die Person des Gewählten prüfen, ebenso über die Rechtmässigkeit der Wahl auf Grund der Beobachtung der dabei herkömmlichen Formen entscheiden wollte und dabei auch den grösseren oder geringeren Wert der einzelnen Stimmen, die grössere Berechtigung eines Wählers vor dem andern in Anschlag brachte, würden die weltlichen Fürsten-Wähler den geistlichen gegenüber zurückgedrängt worden sein, wenn sie nicht gemäss ihrer Bedeutung und Stellung im Reiche ihre Zeugnisfähigkeit gewahrt hätten. Daraus ergab sich denn, dass die weltlichen Wahl-Fürsten, die diese Eigenschaft besaßen oder erwarben, (die zu dieser Ehre berufen waren), auch den Anspruch erheben konnten, vor den übrigen geistlichen Fürsten bei der Kur stimmen zu dürfen, ja dass dieser Vorzug ihnen zukam und eingeräumt werden musste; d. h. also, dass die geistlichen Fürsten, die nicht den Vorzug der Zeugnisfähigkeit hatten, von ihren ersten Standesgenossen durch den Vortritt der bevorzugten weltlichen Fürsten abgeschnitten wurden. Damit ergab sich also die entscheidende Wendung in dem Wahlverfahren, die die Bildung eines von den übrigen Fürsten abgegrenzten Collegiums von Wahlfürsten ermöglichte, eines aus geistlichen

1) vgl. Maurenbrecher S. 228.

und weltlichen Fürsten gemischten Collegiums; eine Wendung für die die früheren Bearbeiter der Frage den Zeitpunkt noch nicht festzustellen vermocht haben. Jene Fürsten bildeten nun also von selbst einen besonderen Teil der Wählerschaft, der zusammenwachsen musste zu einem Collegium „erster Wähler“ oder „bevorzugter Wähler“. Die Eigenschaft der Zeugnisfähigkeit über die Königswahl vor dem Papste, dem angesehenen Haupte der Christenheit, erhöhte ihr Ansehen in den Augen des gläubigen Volkes wie in denen der übrigen Wählerschaft; diese trug dazu bei, dass sie allmählich als mit einem besseren Rechte ausgestattet angesehen wurden, dass ihren Stimmen ein grösseres Gewicht zufiel, ja dass diese allmählich als die entscheidenden, ja als die allein erforderlichen für die Vollziehung einer gültigen Wahl angesehen wurden. So wurde ihr besonderes Recht zu einem Vorrecht, und aus dem Wahlvorrechte wurde im Laufe der Zeit ein ausschliessliches Wahlrecht.

Es soll hier aber nicht die Bedeutung ausser Acht gelassen werden, welche die in dieser Entwicklungsperiode verfassten Rechtsbücher für die Herausbildung eines solchen Wahlvorrechts einzelner Fürsten gehabt haben. Maurenbrecher weist darauf hin¹⁾, dass die päpstliche Forderung bereits im Jahre 1220 eine gewisse Anerkennung seitens der deutschen Reichsversammlung, welche auf den Wunsch Kaiser Friedrichs die Wahl seines Sohnes Heinrich vorgenommen hatte, fand, da sie beschloss, einen deutschen Reichsfürsten, und zwar den kaiserlichen Kanzler, mit einem vollständigen aktenmässigen Berichte über den Hergang der Wahl und mit den Willebriefen, d. h. Zustimmungserklärungen der Fürsten, nach Rom zu senden und vom Papste Anerkennung der Wahl Heinrichs zu erbitten. An diesen Vorgang habe der Rechtsgelehrte, welcher den „Vetus auctor de beneficiis“ verfasst habe, angeknüpft und den in erster Linie an der Wahl beteiligten Fürsten einen derartigen Auftrag wie ein Gewohnheitsrecht beigelegt. Und da, abgesehen von jenem

1) vgl. Maurenbrecher S. 221 u. 228.

Vorgänge, der Papst zu wiederholten Malen geistliche Reichsfürsten vor sich beschiedenen habe, so habe jene neue Theorie sich mit dem Schein umkleiden können, geltendes Recht darzustellen, und sei, hätte er hinzufügen können, bald als solches von den Zeitgenossen angesehen worden. — Dem gegenüber möchte ich annehmen, dass dieser Rechtsgelehrte sich wahrscheinlich zu seiner Theorie mit hat bestimmen und täuschen lassen dadurch, dass sich der Papst für seine Forderung auf den „mos antiquus“ berief. Wie er aber dazu kam, von sechs Fürsten zu sprechen, wollen wir jetzt betrachten.

Der Papst hatte nur die Sendung hervorragender fürstlicher Persönlichkeiten gefordert, aber in seinem Wunsche eine Zahl nicht angegeben. Es kam nun zunächst darauf an, wie viele geistliche Fürsten einen anerkannten Vorrang bei der Königswahl besaßen. Die Erzbischöfe von Mainz und Köln standen schon lange über allen übrigen geistlichen Fürsten, wie oben gezeigt ist¹⁾. Der Erzbischof von Trier war bei einigen Wahlen, 1138. und 1198, besonders mit hervorgetreten und stand wegen des Alters seines Stifts, dem Range nach den Erzbischöfen von Mainz und Köln näher als den übrigen Bischöfen. Es konnte also bei den geistlichen Fürsten der Schnitt nur gemacht werden hinter Trier, so dass also drei geistliche Fürsten zu der besonderen Ehre kamen. So erklärt sich leicht, wie der Erzbischof von Magdeburg, der bei der Wahl Philipps wie bei der Wahl Otto's 1208 in Halberstadt die erste Stimme abgegeben hatte, nicht mit in das engere Wahlcollegium kam und, wie auch die übrigen Erzbischöfe von Salzburg und Bremen, zurücktreten musste.

Wurden drei geistliche Fürsten der besonderen Ehre teilhaftig, so mussten auch der Gleichheit wegen drei weltliche Wahlzeugen hinzugenommen werden²⁾. Die ersten beiden waren sicher dem Range und Ansehen nach

1) s. ob. S. 36f.

2) vgl. Haedicke S. 40 ff. u. S. 22 ff.

der Pfalzgraf¹⁾ und der Herzog von Sachsen²⁾. Welcher kam aber an die dritte Stelle? Der Herzog von Baiern wäre der erste dazu gewesen von den übrigen Fürsten. Er war auch an den vorhergehenden Wahlen mit, (1208 aber nicht,) betheiligt gewesen. Er hat aber gewiss als Pfalzgraf an Stelle seines Sohnes, der 1214 durch Heirat in den Besitz der Pfalz gelangt war, bereits dazu gehört. Ein Herzog von Schwaben konnte nicht in Frage kommen, da in dieser Zeit es keinen solchen neben dem Kaiser und König gab oder nur ein minderjähriger Sohn desselben dieses Herzogtum inne hatte. Und so trat denn der Fürst hinzu, der im 12. Jahrhundert unter Friedrich dem Ersten eine bedeutende Rolle gespielt hatte, der nach dem Herzog von Baiern jetzt der nächste zu dieser Ehre war, der Markgraf von Brandenburg.

Auf dieser Zweckmässigkeitsfrage, nicht auf des Papstes direktes Erfordern einer bestimmten Zahl von Wählern oder von ersten Wählern als Zeugen für die Rechtmässigkeit der vollzogenen Wahl, beruht jedesfalls die „Sechszahl“ im „auctor vetus de beneficiis“ und im sächsischen Landrecht. Damit fällt aber auch die Nötigung weg zur Erklärung des Fehlens der übrigen Erzbischöfe und anderer als dreier weltlicher Fürsten, die den Forschern so ausserordentliche Schwierigkeiten bereitet hat. Den nicht erwähnten Fürsten wird dadurch, dass sie nicht namentlich genannt werden, das Wahlrecht nicht abgesprochen. Der Verfasser des sächsischen Lehnrechts konnte nur die bekannten sechs Fürsten als die „Ersten an der Kur“ nennen aus den oben angegebenen Gründen. Darum

1) Von ihm sagt der Fürstenkatalog aus dem 1. Jahrzehnt des 13. Jahrh. („chron. pontif. et imp. Rom.“ im Archiv VII. S. 626) „iste est summus in electione imperatoris“. Ausserdem wendet der Erzbisch. von Köln 1198 gegen die Wahl Philipps ein, dass der „Comes Palatinus“ nicht daran teilgenommen habe.

2) Roger von Hoveden nennt in seinen Vorschriften für die Wahl des Kaisers unter den 4 Fürsten, welche die Wahl zu treffen haben, neben denen von Mainz, Köln und dem Pfalzgrafen auch den Herzog von Sachsen.

regalin
paula
Hof
regal

darf man die Nennung des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen nicht so beurteilen, wie es Maurenbrecher S. 229 und Andere vor ihm gethan haben, indem sie die oben angegebenen Verhältnisse überhaupt nicht oder nicht genügend würdigten.

Da die alten Grundlagen des Wahlrechts an bevorzugten Stellen erschüttert waren, so fühlte man das Bedürfniss dieses jetzt auch noch zu begründen; namentlich schien das des Brandenburgers einer solchen Stütze zu bedürfen, da er sich seit 1198 nicht mehr an den Wahlen beteiligt hatte und ausserdem jetzt ein schwacher Fürst geworden war. Und diese neue Stütze glaubte man jetzt in den Erzämtern zu finden, die gerade jene Fürsten als die mächtigsten und angesehensten Fürsten des Reiches erworben und jetzt in erblichem Besitze hatten.

Wir kommen damit zur Erzämterfrage.

e. Die Erzämter im Anfange des 13. Jahrhunderts und deren Erwähnung im Sachsenspiegel.

Das sächsische Landrecht erwähnt die Erzämter als Eigenschaften der Fürsten, die es als erste Wähler nennt.

Es erhebt sich nun die Frage, in welcher Beziehung stehen die Erzämter zu dem Wahlrecht an erster Stelle?

Die Forscher sind in der Auffassung dieser Beziehung in zwei Parteien gespalten. Die einen sehen in der Erwähnung der Ämter nur die Nennung einer Eigenschaft der ersten weltlichen Wähler; die andern erblicken darin eine Gründung des Kurrechts auf das Erzamt, wie auch Albert von Stade die Stelle interpretiert¹⁾. Fast alle diese letzteren, von Phillipps bis Harnack sehen in den Erzämtern einen theoretischen Notbehelf zur Begründung des Kurrechts der „ersten Wähler“, für die Zeit, wo die

1) Alb. v. Stade ad ann. 1240 (SS. XVI): „Palatinus eligit, quia dapifer est, dux Saxoniae quia marescalcus et margravius de Brandenburg quia camerarius. Rex Boemiae, qui princerna est, non eligit, quia Teutonicus non est.“

früheren Stützen (Vertretung der Stämme, materielle Macht und geistliches Ansehen), ihnen den Halt dafür nicht mehr bieten konnten, weil sie (in Folge der Veränderung der politischen Verhältnisse) morsch geworden oder gebrochen waren.

Der namhafteste Vertreter der ersten Richtung ist Haedicke¹⁾. Er bestreitet jede Beziehung zwischen Kurrecht und Erzamt; ja er geht sogar so weit zu behaupten, dass die Erzämter sich an das Kurrecht geheftet hätten, den Kurfürsten erst zur grösseren Auszeichnung verliehen worden seien. Er sucht zu zeigen, dass das Kurrecht nur „ratione ducatus“, d. h. auf Grund des Besitzes der Herzogtümer geübt worden sei. Es können hier nicht alle zum Beweise herangezogenen Momente angeführt und beurteilt werden; nur das sei hervorgehoben, wie er zu beweisen sucht, dass diese Ämter noch im 13. Jahrhundert als Dienstleistungen nur für den einzelnen Fall und auch an andere Fürsten als die Herzoge übertragen worden seien und darum erst gegen Ende des Jahrhunderts in den Händen der bestimmten (allein wahlberechtigten) Kurfürsten hätten fast werden können²⁾. Diese Behauptung gründet er auf die Nachrichten über das Tragen des Reichsschwertes und sucht sie damit zu begründen, dass dieses Amt, bis in das 13. Jahrhundert hinein nach den vorliegenden Nachrichten bald diesem, bald jenem Fürsten, selbst ausländischen Fürsten übertragen, aber auch selbst von Fürsten, die sonst auch andere Erzämter versehen hätten, beansprucht worden sei. Für seine Behauptung glaubt er auch die oben wiedergegebenen Äusserungen Scheids³⁾ anführen zu können. — Diese Äusserungen Scheids können aber nur für eine eben solche Ansicht gelten, wie die Haedickes, die abgeleitet ist aus den ihm zu Gesicht gekommenen und mehr oder weniger subjektiv beurteilten Nachrichten der Jahrhunderte früher liegenden

1) Haed. S. 19 ff.

2) das. S. 87.

3) s. oben S. 40 Anm. 6.

Zeit. Das Tragen des Schwertes kann aber nach Waitz überhaupt nicht als ein Erzamt im Sinne der übrigen Ämter gelten¹⁾. Damit fällt der grösste Teil der für seine Hypothese herangezogenen Momente hin. —

Haedicke giebt bei Betrachtung der Frage der Erbllichkeit der Erzämter die Möglichkeit zu, dass eine gewisse Gewohnheit in der Zuweisung gewisser Ämter an bestimmte Fürsten sich gebildet haben könne; aber da er keinen Beweis für den festen Besitz derselben vor dem Sachsenspiegel findet, so bestreitet er die Vererblichkeit der Erzämter. Der Reichstag von Würzburg bei Gelegenheit der Verlobungsfeier Ottos IV. mit Philipps Tochter sei der geeignetste Zeitpunkt, wo die Ämter an diejenigen Fürsten, die Otto als „Erste an der Kur“ gewählt hatten, gegeben worden seien, wenn auch nicht zu erblichem Besitze. Diese Verhältnisse bildeten die Grundlage für die Darstellung Eikes. Wirklich fest zu werden im Besitze der Kurfürsten schienen sie erst seit dem Reichstage von 1289 zu Nürnberg. — Wichtiger als die gegen die Erbllichkeit angeführten Momente ist hier das Zugeständnis, dass es möglich sei, dass sich eine gewisse Gewohnheit in der Verteilung der Erzämter gebildet habe. Ich füge hinzu: „eine Gewohnheit, die den betreffenden Fürsten ein gewisses Anrecht auf dieses oder jenes Amt gab und so dem Festwerden der Ämter in diesem oder jenem Fürstenhause schon ziemlich nahe kam“, so dass die Auffassung, der der Sachsenspiegel Ausdruck giebt, dass die betreffenden Fürsten diese Ämter wirklich besassen, nicht aus der Luft gegriffen oder von dem einzelnen Falle, wie Haedicke meint, entnommen zu sein braucht, sondern vielmehr ziemlich berechtigt, sogar begründet zu sein scheint.

Tannert's Ansicht²⁾ über die Übung der Erzämter im 12. Jahrhundert ist bereits oben³⁾ angeführt worden.

1) vgl. Waitz „Reichstage von 1208 und 1209“. Forsch. XIII S. 216.

2) Tannert S. 62 ff.

3) vgl. ob. S. 57.

Seit dem Anfange des 13. Jahrhunderts seien sie ausser Übung gewesen; da sich keine Gelegenheit zu ihrer Verwaltung geboten habe, auch 1209, wie Haedicke meine¹⁾ nicht. — Es ist aber doch geradezu unmöglich anzunehmen, dass der Verfasser des Sachsenspiegels den ersten Wählern die Erzämter hätte zuschreiben können, wenn er in der staatsrechtlichen Entwicklung des 13. Jahrhunderts keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden hätte, wenn die um die Mitte des 12. Jahrhunderts von den genannten Fürsten einmal geübten Ämter für diese gar keine Bedeutung gehabt, diese nicht als die Erzbeamten gegolten hätten; andererseits hätte die Vereinigung von Kurrecht und Erzamt in den Händen derselben Fürsten allein durch die Verbreitung des Sachsenspiegels nicht so rasch Anerkennung und Verbreitung finden und zur Bildung der Anschauung von der Begründung des Kurrechts durch den Besitz der Erzämter beitragen können.

Tannert bestreitet, ebenso wie für 1184, auch für den grossen Reichstag von 1209, dass da die Erzämter verwaltet worden seien, sich stützend auf die Thatsache, dass kein Geschichtsschreiber der Zeit, keine Urkunde der Übung der Erzämter gedenke²⁾. — Und doch ist es sehr wahrscheinlich, dass die Verlobungsfeier Ottos mit der Tochter Philipps auf dem ausserordentlich zahlreich, auch von den Fürsten, die bisher auf der Seite der Staufer gestanden hatten, besuchten Reichstage 1209 zu Würzburg so günstige Gelegenheit dazu bot, wie es seit 1184 der Fall nicht mehr gewesen war, eine Gelegenheit, wie sie nicht günstiger für die Vernehmung der Ehrendienste sein konnte, da alle Fürsten, in deren Besitz die Erzämter seit dem vorigen Jahrhunderte durch Gewohnheitsrecht gekommen waren, bei der Feier anwesend waren. Unzweifelhaft hat Eike von der Leistung der Ehrendienste auf diesem feierlichen Reichstage Kenntnis gehabt und in Erinnerung daran diese, jene Fürsten, die er als erste

1) Haedicke S. 85

2) s. oben S. 57.

Wähler betrachtete, besonders in den Augen des Volkes ehrenden, Eigenschaften mit erwähnt. Dem gegenüber darf man das Schweigen der Quellen nicht so sehr betonen, wie es Tannert thut, da die Quellen überhaupt weniger ausführlich über diesen Reichstag berichten, und auch kein Anlass vorlag, diese Ämter in Urkunden nebenbei zu erwähnen oder bestätigen zu lassen.

Waitz geht davon aus, dass sich das Kurrecht des Markgrafen von Brandenburg, da er mindermächtig als der Herzog von Österreich, auch kein Stammeshaupt gewesen sei, nur durch den Besitz des Reichsamts stützen lasse¹⁾. Er habe es jedenfalls, da er es nach Arnold von Lübeck bereits 1184 sicher besessen habe, vorher erhalten. Daraus folgert er dann weiter, unter Heranziehung der „*pristina palatinorum electio*“ (bei Gervasius), dass auch das Kurrecht der übrigen weltlichen Fürsten auf dem Erzamte, das sie besaßen, beruhe²⁾, und bemüht sich das noch zu begründen durch den versuchten Nachweis, dass schon seit dem 10. Jahrhundert die Erzämter wie das Kurrecht mit den Herzogtümern verbunden gewesen seien, und sich so eine Beziehung auch zwischen Erzamt und Kurrecht herausgebildet habe. Für die Begründung des Kurrechts durch das Erzamt sieht er auch noch einen Beweis darin, dass der Sachsenspiegel so wie die übrigen von ihm angeführten Quellen, besonders auch der vom Ssp. unabhängige Reimar von Zweter eine solche Verbindung bezeugten³⁾.

Diese Ansicht ist unrichtig; der Begründungsversuch ist nicht gelungen: denn Waitz hat die beweisenden Momente, die er braucht, in die Quellen erst hineingelegt. Der Markgraf von Brandenburg hat seinen Rang unter den Fürsten im 12. Jahrhundert auf Grund seiner angesehenen reichsfürstlichen Stellung erhalten; (er war 1142 reichsunmittelbarer Fürst geworden; gemäss dieser Stellung

1) Gött. Gel. Anz. III, S. 661 ff., 666 ff.

2) Forsch. XIII, S. 206.

3) Forsch. XIII, 213.

hatte er mehrfach, 1147, 1152 und 1169 an dritter und vierter hervorragender Stelle, also nicht mehr wie bis dahin unter den sächsischen Fürsten, seine Stimme abgeben; dadurch hatte er sich einen gewissen Rang als Wähler erworben. Im 13. Jahrhundert ist er, wie wir unten sehen werden, unter die Zahl der von den übrigen Fürsten abgehobenen ersten Wähler gelangt. Aber selbst wenn die Ansicht von Waitz über den Markgrafen von Brandenburg richtig wäre, so wäre es doch nicht gestattet, einen Fall so zu verallgemeinern. Der Sachsenspiegel giebt streng genommen, diese Anschauung nicht; sie ist aber wahrscheinlich bereits zur Zeit der Abfassung desselben in Bildung begriffen gewesen und hat dann, gewiss mit unter dem Einflusse der Sätze des als Reichsrecht Anerkennung findenden Sachsenspiegels sich allgemeiner verbreitet und ebenfalls Anerkennung erlangt, so dass bereits Albert von Stade ihr sehr bestimmt Ausdruck verleihen konnte ¹⁾.

Weiland und Quidde haben das *erblich* werden der Erzämter in den Händen der späteren Inhaber, die der Sachsenspiegel nennt, für das 12. Jahrhundert angenommen. Weiland hat aber trotzdem die Begründung des Vorstimmrechts durch das Erzamt, wie Phillips nur als einen theoretischen Notbehelf angesehen ²⁾. Quidde weicht etwas davon ab, indem er glaubt, dass die Erzämtertheorie, die das Kurrecht auf das Erzamt gründet, bereits infolge der Identität von vorstimmberechtigten Wählern und Erzbeamten 1169 entstanden sei und aus dieser Erinnerung übergegangen sei in den Ssp., der die Erzämter der ersten Wähler angebe, um ihr Vorrecht gegenüber den neu aufgetretenen Ansprüchen von Baiern und Schwaben völlig sicher zu stellen ³⁾.

Gegenüber der Ansicht Weilands behauptet Harnack ⁴⁾, dass die Reichs- (Erz-) Ämter in den ersten acht Jahr-

1) die Stelle s. ob. S. 37, Anm. 1.

2) Weil. in Forschg. XX, 328, 329.

3) Quidde S. 49, 68 ff. u. a. a. O.

4) Harnack, S. 44 ff.

zehnten des 12. Jahrhunderts noch gar nicht gefestigt gewesen seien, und dass demgemäss auch eine feste Verbindung zwischen diesen und dem den Stammesherzogen zustehenden Vorstimmrechte sich gar nicht habe bilden können. Eine solche habe auch im Anfange des 13. Jahrhunderts noch gar nicht bestanden, sondern trete zum ersten Male im Ssp. auf.

Damit fällt auch Quiddes auf Weiland zurückgehende Hypothese hin; denn die neuen Momente, durch die er sie zu stützen versucht, sind bloss Annahmen.

Den Behauptungen Harnacks gegenüber ist festzuhalten, dass allem Anscheine nach die Erzämter bereits um die Mitte des 12. Jahrhunderts in den Besitz der späteren Inhaber übergegangen und bei diesen erblich geworden sind, wie bereits oben gezeigt ist¹⁾. Es ist nun allerdings richtig, dass die im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts erste Wähler gewordenen Fürsten von Pfalz, Sachsen und Brandenburg im erblichen Besitze der Erzämter waren und dass die Identität der ersten Wähler mit den Erzbeamten (seit dem zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts) die Möglichkeit bot, beide Rechte, Kurrecht und Erzamt als verbunden, ja jenes als durch dieses begründet anzusehen.

Meyer²⁾ nimmt als sicher an, dass die Bildung einer solchen Ansicht noch befördert worden sei durch den Umstand, dass die Erzbeamten, die bei den Krönungsfeierlichkeiten ihren Ehrendienst vor den Augen des ganzen Volkes verrichteten, als die Repräsentanten der Fürsten und des Volkes erschienen seien und in der allgemeinen Anschauung eine allgemeinere Bedeutung gewonnen hätten; dass sie dann als Organe des Fürstencollegiums erschienen, die den in der vorberatenden Versammlung aufgestellten König feierlich erwählten; eine Anschauung, der Albert von Stade Ausdruck verleihe.

1) s. oben S. 40.

2) vgl. Meyer, S. 168, 169.

Ich glaube, so weit darf man nicht gehen. Denn die angeführten Momente sind Möglichkeiten, aber nicht wirkliche Thatsache; und demgemäss sind die Behauptungen Meyers nur denkbare Vermutungen. Als gewiss kann gelten, dass die Erzbeamten durch ihre Dienste in den Augen des Volkes über die übrigen Fürsten emporgehoben erschienen, dass dem Volke diese Ämter als der Grund ihres Stimmrechts an erster Stelle erscheinen konnten.

Eine weitere sehr bestrittene Frage knüpft an die Darstellung des Sachsenspiegels an, nämlich die nach der

f. α. Zahl der „Ersten an der Kur“.

Der Sachsenspiegel nennt als „Erste an der Kur“ sechs Fürsten, drei geistliche und drei weltliche. Die Nennung der Erzämter der weltlichen „ersten Wähler“ veranlasst ihn, den König von Böhmen als Inhaber des vierten Amtes zu nennen. Er spricht ihm aber mit den Worten „*ne hevet nenen kore umne dat he nicht düdesch n'is*“ das Wahlrecht ab.

Die Forscher, die ein Vorstimmrecht oder sogar ein Collegium bevorrechtigter Wähler für das 12. Jahrhundert gefunden zu haben glauben, sind sämtlich für die Siebenzahl, zumal da sie auch später die übliche und anerkannte ist. Sie nehmen für das 12. Jahrhundert als vorstimm-berechtigte Wähler ausser den drei rheinischen Erzbischöfen die Herzöge der vier deutschen Hauptstämme an und meinen, die Erinnerung an diese Zahl habe sich durch die Wirren von 1198 bis 1218 hindurch gerettet, so dass sie im Ssp. wieder erscheine. — Nun ist ja abgesehen davon, dass der Erzbischof von Mainz der unbestritten erste Wähler und Leiter der Wahlen war, durch die Quellen nur bezeugt, dass die Herzöge an der Spitze ihrer Stämme ihre Stimmen abgaben, und dass die übrigen Fürsten des Stammes auf deren Entscheidung und Stimmabgabe Rücksicht nehmen. Dass das nur die bekannten vier Herzöge

waren, ist, wie bereits oben dargelegt ist¹⁾, eine unbewiesene Annahme; im Gegenteil scheinen die späteren Ansprüche des Herzogs von Brabant darauf hinzudeuten, dass die Herzoge von Lothringen früher ebenfalls zu den Fürsten gehört haben, die an der Spitze der Fürsten ihres Gebiets ihre Stimmen abgaben; auch die Besprechung Conrads mit den für sich lagernden Oberlothringern und die Thatsache, dass sie wie jeder der andern vier deutschen Stämme für sich lagerten, weist darauf hin. Die Erzbischöfe von Köln und Trier spielten sicher auch eine bedeutende Rolle bei den Wahlen. Es sind also mindestens sieben Fürsten gewesen, die im 12. Jahrhundert bei den Wahlen als „Erste“ abstimmten, die drei Erzbischöfe als absolut erste Wähler, die Herzoge als „Erste“ den Fürsten ihres Stammes gegenüber.

Ferner scheint zwar nach dem Ausdrücke „*secundum ordinem*“ bei Ragewin und den Zeugenreihen der Urkunden auch bei den weltlichen Fürsten, von denen der Ausdruck gebraucht ist, eine gewisse Rangordnung bei der Abstimmung zur Geltung gekommen zu sein, während die Geistlichen immer die zuerst abstimmende Wählerklasse blieben. Wäre etwas dem Ähnliches eingetreten, so könnten nur die Herzoge alle, die bei einer Wahl anwesend waren, die ersten im obigen Sinne gewesen sein, die nach den geistlichen Fürsten der Reihe nach ihre Stimmen abgegeben hätten²⁾. Man kann ja die Möglichkeit zugeben, dass sich eine solche Rangordnung für die weltlichen Fürsten des ganzen Reiches gebildet haben mag im 12. Jahrhundert, sowie auch die Möglichkeit, dass seit der Wahl Friedrichs des Ersten die Herzoge unmittelbar nach einander ihre Stimmen abgegeben haben; aber man muss sich immer gegenwärtig halten, dass ausser den Worten „*secundum ordinem*“ und den Zeugenreihen in Urkunden, deren Beweiskraft auch Tannert nicht als über allen Zweifel

1) vgl. ob. S. 35 f.

2) vgl. oben S. 20 f. u. S. 34f.

erhoben hinzustellen vermocht hat¹⁾), keinerlei Zeugnis vorliegt für eine solche Rangordnung bei der Wahl. Aber wenn man die angedeuteten Möglichkeiten auch als in Geltung gewesen annimmt, so hat man doch da keine Spur von einem Kurcollegium gewonnen, dessen Mitglieder alle in der Weise, wie es der Sachsenspiegel angiebt, nach einander abstimmen mit Zurückdrängung der übrigen geistlichen Fürsten. Damit fällt auch die Annahme der „Siebenzahl“

bereits. Aus den vom Papste gebrauchten allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken „*a majori parte*“, „*a paucioribus*“, „*tot vel plures*“ ergibt sich nichts für die Annahme einer bestimmten Anzahl von vorzugsweise oder allein berechtigten Wählern oder für die „Siebenzahl“, wie schon aus den vielen Möglichkeiten der Berechnung der verschiedenen Forscher sich ergibt²⁾). Gegen die Siebenzahl spricht unbedingt die Angabe des „Auctor vetus de beneficiis“. Dass der Verfasser dieses Rechtsbuches den Böhmenkönig als parteiischer Sachse nicht mitrechne, ist eine erst aus dem sächsischen Landrecht herausgepresste, durch nichts bewiesene Annahme. Er war ja gar nicht zur Teilnahme an den Romfahrten, von einer solchen spricht der „auct. vetus,“ verpflichtet. Eben darum wird er nicht genannt und konnte er nicht genannt werden. Diese Angabe deutet ganz bestimmt auf eine „Sechszahl“, aber nicht „bevorzugter“ Wähler, sondern nur solcher Wähler, die es zu werden erst berufen waren; sie enthält den Entwicklungskeim eines Collegiums bevorrechtigter Wähler. Aus diesem Rechtsbuche entnimmt das sächsische Lehnrecht die „Sechszahl“ und das sächsische Landrecht schliesst sich eng daran an³⁾). Wenn der Verfasser den Böhmenkönig mit nennt,

1) vgl. Maurenbrecher S. 197 Anm. 3.

2) vgl. Ficker Entstzt. S. 104 ff. u. Maurenbrecher S. 191 Anm. 2.

3) vgl. Ficker S. 122 ff., Haedicke S. 19 ff., S. 55. Harnack S. 41 lässt die Frage offen. (Der Ssp. lasse theoretisch einen siebenten Wähler zu. Das besagen, streng genommen, die Worte der Stelle nicht).

so thut er es nur, um auch den Träger des vierten Erz-
amts mit anzuführen. Der Verfasser des Rechtsbuches
verwahrt sich nur gegen den Schluss, der daraus abgeleitet
werden konnte, dass dieser ebenfalls das Wahlrecht oder
gar das Kurrecht unter „den Ersten“ besitze. Der König
von Böhmen kam überhaupt als „Wähler“ nicht in Betracht,
nicht bloss nach sächsischer Anschauung nicht, sondern
auch nicht nach der ziemlich allgemein in Deutschland
verbreiteten Anschauung, dass nur die „Düdeschen“ den
König zu wählen hätten¹⁾. Er war weder deutscher Reich-
fürst in gleicher Weise wie die übrigen deutschen Fürsten,
noch deutscher Nationalität²⁾. Dass der Böhmenfürst als
ein undeutscher Fürst angesehen wurde, ergibt sich schon
aus seiner Erhebung zum Könige. In Deutschland selbst
konnte neben dem deutschen König-Kaiser kein anderer
Fürst König sein. Der Böhmenkönig hatte bis jetzt noch
bei keiner Königswahl mitgewählt, weder 1169, noch bei
einer der späteren Wahlen; er hatte immer nur, meist erst
nachträglich seine Zustimmung zu den bereits vollzogenen
Wahlen gegeben⁴⁾.

Wenn nun Waitz⁵⁾, um die Siebenzahl, die er wegen
der Annahme, dass die Erzbeamten bevorrechtigte Wähler
seien, braucht, für den Ssp. festzuhalten und seine Dar-
stellung mit der des „Auctor vetus“ und des „sächsischen
Lehnrechts“ in Einklang zu bringen, sich darauf zurück-
zieht zu behaupten, dass in diesen Rechtsbüchern die
Siebenzahl nicht gegeben sei, weil der König von
Böhmen nicht zur Romfahrt verpflichtet gewesen sei; so
ist das ja, wörtlich genommen, richtig, aber der Sinn, den
Waitz in diesem Zusammenhange in die Worte legt, ist

1) Lehnrecht (sächs.) IV, 2, Landr. Art. 52, 1.

2) Tannert S. 50 ff., Meyer, S. 167, 168, Haedicke, S. 55.

3) vgl. Haedicke, S. 24/25.

4) vgl. Haedicke, S. 24/25.

5) Forsch. XIII, 207.

unrichtig. Er meint, dass dieser aus dem angegebenen Grunde nicht genannt sei, obwohl er das „Wahlrecht unter den Ersten“ gehabt habe. Die Sache liegt aber anders, wie oben gezeigt ist: er wurde nicht genannt, weil er zur Romfahrt nicht verpflichtet war; und weil er nicht zu den zur Teilnahme an der Romfahrt verpflichteten Wahlzeugen gehörte, konnte er auch nicht zu den Fürsten gehören, denen es durch diese Eigenschaft beschieden war, das Kurcollegium zu bilden; darum wurde er auch im sächsischen Landrecht nicht genannt als Wähler. Der Verfasser sieht nur seine undeutsche Nationalität als ein neues Moment gegen sein Wahlrecht an, da das alte Moment nicht mehr passte, da die Wahlanzeigen auch schriftlich erstattet werden konnten und das Collegium zur Zeit des Niederschreibens des hierher gehörigen Satzes bereits in der Bildung begriffen war. Es liegt keinerlei Anlass vor, die Siebenzahl von ersten Wählern in das sächsische Landrecht hinein zu interpretieren; und damit ist die Annahme eines Siebenausschusses ganz überflüssig¹⁾).

Aber wie kommt denn nun trotz der zuerst durch die drei Rechtsbücher bezeugten Sechszahl der ersten Wähler, welche die Befähigung hatten, dem Papste die Rechtmässigkeit der Königswahl bezeugen zu können, doch noch ein Siebenercollegium zustande?

β. Siebenercollegium der Wahlfürsten.

βα. Hinzutreten des Königs von Böhmen.

Reminiscenzen an ein Siebenercollegium konnten, wegen des Nichtvorhandenseins eines Collegiums von sieben ersten Wählern im 12. Jahrhundert, im 13. Jahrhundert nicht mit wirksam sein.

Die Darstellung des sächsischen Landrechts trug durch Nennung des Böhmenkönigs trotz der Verwahrung gegen dessen Wahlrecht dazu bei, eine Sieben-

1) vgl. Harnack, S. 39.

zahl zur Geltung zu bringen. Dass derselbe zu den sechs Fürsten (von Mainz, Köln, Trier, Pfalz, Sachsen, Brandenburg) hinzukommt, darauf haben zunächst andere Verhältnisse hingewirkt. Das Erzamt, das er besass, wurde nur später, als die Anschauung allgemein wurde, dass das Erzamt eine wesentliche Eigenschaft der Kurfürsten sei, eine Stütze seiner Ansprüche. Es ist bei dem Könige von Böhmen, wie früher bei den deutschen Fürsten, seine Machtstellung gewesen¹⁾, die ihm einen Einfluss auf die deutschen Verhältnisse sicherte zur Zeit des Doppelkönigtums, wo ganz Deutschland in zwei Parteien, die sich bekämpften, gespalten war. Philipp verleiht ihm die Königswürde, um ihn auf seine Seite zu ziehen und sich seine Unterstützung zu erhalten; Otto IV. bestätigt ihm später aus denselben Gründen diese Würde. Der König unterschreibt 1202 den Protestbrief der Wähler Philipps gegen die Entscheidung des Papstes mit; er spielt eine bedeutende Rolle namentlich bei der Betreibung der Wahl Friedrichs II. gegen Otto neben andern deutschen Fürsten und erhält 1212 von Friedrich das Zeugnis, dass er „*a primo inter alios principes specialiter prae ceteris in imperatorem nos elegerit*.“ Einige Forscher haben nun aus dieser Äusserung Friedrichs herauslesen wollen, dass der König von Böhmen wie das „*elegerit*“ anzudeuten scheint, bei einer wirklichen Wahl das Vorstimmrecht ausgeübt habe; ja Quidde spricht es unbedenklich aus, dass Friedrich ihn als zur bevorzugten Wählerklasse gehörig anerkannt habe²⁾. Zunächst beweist dagegen schon der Ausdruck „*attendentes quod . . . elegerit*“, dass diese Worte keine Anerkennung eines Vorstimmrechts aussprechen, sondern im Gegenteil nur eine anerkennende Berufung auf die von Anfang an unter andern Fürsten in einer vor den übrigen sehr hervorragenden Weise bethätigten Wirksamkeit des Königs für seine Wahl

1) Schirrmacher, S. 35.

2) Quidde S. 44/5 u. 98.

enthalten. Quidde stellt die Worte „*specialiter prae ceteris elegerit*“ zusammen mit den vom Papste in dem Schreiben an den Erzbischof von Köln gebrauchten Ausdrücke: „*ad quem specialiter inter reliquos principes spectat electio regis.*“ Nun hat aber 1211 in Nürnberg keine wirkliche Wahl, sondern nur eine provisorische Wahl stattgefunden, da die feierliche Wahl erst im Dezember 1212, als Friedrich in Deutschland war, in Frankfurt vollzogen wurde¹⁾. Dem entsprechend ist auch die Stelle des Chron. Urspr. „*in imperatorem elegerunt coronandum*“ aufzufassen. Auf die letztere Wahl konnte sich Friedrich in jener Urkunde für den Böhmenkönig nicht beziehen, da die Urkunde bereits im September ausgestellt ist, sondern nur auf die vorläufige Declaration. Bei dieser aber sind die späteren „*primi electores*“ gar nicht in der vom Sachsenspiegel geschilderten Weise in Thätigkeit getreten. Der König von Böhmen kann also gar nicht in diesem Sinne 1211 in Nürnberg das Vorstimmrecht ausgeübt haben. An dem Akte der feierlichen Wahl, der ersten Gelegenheit, wo er sein Vorstimmrecht, wenn in jenen Worten eine Zuerkennung desselben läge, hätte ausüben können, hat er ausserdem gar nicht teilgenommen; eine Thatsache, die doch mindestens recht verwunderlich ist, ja geradezu jene angeführte Behauptung Quiddes als völlig irrig erscheinen lässt.

Die Anlehnung an den früher vom Papste angewendeten Ausdruck beweist nichts für ein Wahlvorrecht des

1) vgl. Assmann „Mittelalter“ I, S 141. Nitzsch, „Gesch. d. deutsch. Volkes“ III, 46. 51. Prutz, „Staatengesch. d. Abendlandes im Mittelalter“ I, S. 598. 599. 600. Maurenbrecher sagt S. 213: „der Nürnberger Akt habe nur eine Verkündigung des ihm (Friedrich) innewohnenden Anspruchs auf die Kaiserwürde bedeutet. Dafür zieht er die Stelle im Chron. Sampetr. über die Vorgänge in Nürnberg heran. Diese lauten: „*Friedericum antea ab universitate electum futurum imperatorem declarant*“ und an anderer Stelle: „*asserentes regem Friedericum, qui electione principum jam dudum vivente patre (1196) declaratus fuerit, jure praevalere.*“ S. 215 sagt Maurenbrecher, dass in Frankfurt im Dezember 1212 die staufische Partei in den herkömmlichen Formen noch einmal die förmliche Wahl wiederholt hat.

Böhmenkönigs. Das „*specialiter prae ceteris*“ bedeutet nur eine durch die Verleihung des Privilegiums veranlasste Heraushebung aus der Zahl der übrigen Fürsten, wie es auch sonst bei Verleihung von Privilegien an einzelne Personen vorkommt. Friedrich hat damit ein Vorrecht des Böhmen, ebensowenig wie sonst das anderer Fürsten, anerkannt; es bestand damals überhaupt ein solches Vorrecht einzelner Fürsten noch nicht; denn noch 1208 hatte in Halberstadt der Erzbischof von Magdeburg, der später nicht zu den Kurfürsten gehörte, vor dem Herzoge von Sachsen an erster Stelle, andere Fürsten nach ihm seine Stimme abgegeben, Fürsten, die später nicht in das Kurcollegium kamen, ohne dass dabei dem Herzoge, der später Kurfürst wurde, ein Vorrecht zugestanden hätte. Und weit ferner lag es Friedrich bei seiner ganzen, in späterer Zeit sehr entschieden zum Ausdruck gebrachten, Stellung der Gesamtheit der Fürsten gegenüber, irgend einem Fürsten ein solches Wahlrecht zuzusprechen. Und bei der Betreibung der Erhebung Friedrichs waren in derselben Weise wie der König von Böhmen ausser dem vorberechtigten Erzbischofe von Mainz auch der Erzbischof von Magdeburg, der Landgraf von Thüringen, der Markgraf von Meissen und auch der Herzog von Baiern thätig, also auch eine ganze Anzahl von Fürsten, die sich zu Kurfürsten nicht erhoben haben, der König von Böhmen aber immerhin „*a primo inter alios principes*“ d. h. „der Zeit nach zuerst unter den Fürsten“ wie ihm bezeugt wird, wenn es nicht eine ebensolche Heraushebung aus der Zahl der übrigen Fürsten ist, wie „*specialiter prae ceteris*“, und nur bedeutet, dass er zu den Fürsten gehörte, welche „von Anfang an“, seit Otto excommuniciert war, „für die Wahl Friedrichs thätig waren.“

Wichtig ist nur, dass das Zeugnis insofern, als es ausdrücklich die hervorragende Teilnahme des Königs an der Erhebung Friedrichs konstatiert, und, dass die

1) vgl. Phillips XXVI, S. 101 und Quidde S. 98.

Anerkennung dieser seiner Thätigkeit die Brücke schlägt für ihn, sich das Wahl- und Kurrecht erwerben zu können¹⁾. — An der Wahl von 1212 hat er, wie schon bemerkt ist, nicht teilgenommen, ebenso auch nicht an der Wahl von 1220, dagegen an der Wahl Conrads 1237 zu Wien. Und bei dieser Wahl erschien dem Marbacher Annalisten²⁾, der König bereits als „wählender“ Fürst neben Mainz, Trier und Baiern-Pfalz, während er die übrigen anwesenden Fürsten nur als „ceteri consentientes“ anführt. Aus dieser Nachricht könnte man vielleicht entnehmen, dass in Deutschland seit den Vorgängen von 1211 und 1212 sich die Anschauung verbreitet hatte, dass der König mit zu den Wahlfürsten im engeren Sinne gehörte. Aber der Umstand, dass der Annalist den König von Böhmen vor dem Pfalzgrafen nennt, der doch seit 1180 bereits unbestritten die erste Stelle unter den weltlichen Wählern behauptet, dessen Bedeutung für die Wahlhandlung bereits 1198 von dem Fortsetzer der Weingartener Chronik im Sinne des Erzbischofs von Köln der Bedeutung des Mainzer Erzbischofs an die Seite gestellt wird³⁾, und jetzt, da er zugleich Herzog von Baiern war, ein noch viel bedeutenderes Gewicht in die Wagschale legen konnte, eine Bedeutung, die der des früheren Doppelherzogs Heinrich des Löwen ziemlich gleich kam, und darum von dem erst neu einrückenden Wähler schwerlich aus der ersten Stelle verdrängt werden konnte⁴⁾; diese Umstände machen die Hervorhebung des Königs von Böhmen als „Wähler“ verdächtig und machen es, besonders, da er in dem Wahldekrete, welches über die Wahl von 1237 auf-

1) vgl. Harnack S. 31/32.

2) M. G. SS. XVII, 178: „quem elegerunt archiepiscopi Mogunt. et Trever. et rex Boemiae et dux Bavariae, qui et palatinus Rheni, consentientibus ceteris principibus, qui aderant, tamen paucis“.

3) SS. XXI ad a. 1198. „Col. archiep. malignabatur . . . electionem talem calumpnians, cui nec Mogunt. archiep. sen Palatinus regalis aule interfuerit“ vgl. Harnack S. 18.

4) vgl. Tannert 24. 26 ff. 32. 38. Ficker S. 106.

gestellt ist, nach dem Pfalzgrafen¹⁾ unterschrieben hat, wahrscheinlich, dass der Marbacher Annalist durch den Königsrang des böhmischen Fürsten sich hat verleiten lassen, ihn vor dem Pfalzgrafen zu stellen und zu den eigentlichen Wählern zu rechnen.

Dieses Wahldekret sieht Harnack für eine unbedingt glaubwürdige Urkunde über die Vorgänge bei der Wahl an und schenkt ihm allein Glauben gegenüber der Nachricht der Marbacher Annalen über die Wahl und zieht daraus seine Schlüsse²⁾. Er schliesst aus der Stellung des Böhmenkönigs nach dem Pfalzgrafen in dem Wahldekrete, dass dasselbe die Zeugen genau in der Reihenfolge der Abstimmung bei der Wahl gebe, und folgert daraus dann weiter, dass, da alle geistlichen Fürsten vor allen weltlichen genannt sind, ein gemischtes Vorwähler-, d. h. bevorrechtigtes Wähler-Collegium damals noch nicht bestanden habe, während er früher, indem er dieselbe Auffassung der Unterschriftenreihe in der Wahlanzeige der Wähler Ottos hatte, geglaubt hatte, bereits für 1198 ein gemischtes Collegium erster Wähler gefunden zu haben. Quidde hat Harnacks Auffassung der Unterschriftenreihe des Wahldekrets bereits berichtigt³⁾.

Für das Eintreten des Königs von Böhmen in die Reihe der bevorrechtigten, der eigentlichen Wähler war doch diese Zeit, wo das Kurcollegium bereits in der Bildung begriffen war, noch darum besonders günstig, weil Baiern ausfiel, da der Herzog von Baiern seit 1231 sicher vielleicht aber schon seit 1214 die pfalzgräflichen Rechte hatte und infolge dessen die Person des Herzogs von Baiern zurücktreten musste⁴⁾. Dieses Zurücktreten des Herzogs von Baiern wurde nicht dadurch aufgehalten, dass der damalige Herzog für die Erhebung Friedrichs

1) Ficker, Reichsfürststd. S. 117 118.

2) vgl. Harnack S. 33. Maurenbrecher hält S. 224 Anm. ebenfalls die Urkunde für glaubwürdiger als die Nachricht der Marbacher Annalen.

3) Quidde S. 39 ff.

4) Quidde S. 98/99.

ebenso thätig gewesen war, wie der König von Böhmen, ja auch an der feierlichen Wahl von 1212 teilgenommen hatte —

Quidde geht ohne Zweifel zu weit¹⁾, wenn er in dem Berichte der vom Sachsenspiegel unbeeinflussten Marbacher Annalen ein unbezweifelbares Zeugnis für das Vorstimmrecht des Königs von Böhmen sieht²⁾. Die Unsicherheit seiner Behauptung wird ersichtlich aus der Schwäche der Beweisgründe, die er anführt: ihm müsse das Recht bereits damals zugestanden haben, da es schliesslich doch zur Anerkennung gelangt und gegenüber den bairischen Ansprüchen behauptet worden sei. — Mehr beweisen könnte die Stellung des Böhmenkönigs in der Zeugenreihe vor den Fürsten von Thüringen und Kärnten. Diese Thatsache beweist, dass er unter den Reichsfürsten bei der Wahl bereits eine angesehene Stelle einnahm. Als Beweis für den Besitz des Vorstimmrechts genügt dieses Moment aber noch nicht. Dieses Recht errang er erst in der folgenden Zeit, wo die der Erwerbung eines Wahlvorrechts günstigen Momente fast allesamt (Vereinigung von Baiern und Pfalz, besondere Gunst des Papstes, Gegnerschaft gegen Friedrich, Aussterben mächtiger Fürstenhäuser, seine grosse Macht a. a. m.) zur Geltung kamen.

Harnack folgert im Anschluss an die gemeinsame Wahlanzeige der Wähler Ottos IV. ein

ββ. Vorstimmrecht des Herzogs von Lothringen-Brabant³⁾

Quidde hat dem gegenüber dargelegt⁴⁾, dass sich aus dieser Anzeige das nicht folgern lasse, da der Herzog,

1) Quidde S. 35, 37 und 41 unten.

2) Maurenbrecher vermag S. 224 Anm. diesem Berichte staatsrechtliche Bedeutung nicht beizulegen. Augenscheinlich stehe der Annalist unter dem Einflusse der späteren Kurfürstentheorie.

3) Harnack, S. 19 ff.

4) Quidde S. 86|96.

weil er vom Kreuzzuge noch nicht zurück war, gar nicht mitgewählt und erst nach seiner Rückkehr die Anzeige unterschrieben habe. Durch seine Annahme von sieben vorstimmberechtigten Fürsten wird er aber zu der irrigen Behauptung fortgerissen, dass die deutschen Fürsten gegen die Anerkennung eines der beiden oder beider lothringischen Herzoge als Wahlfürsten alsbald Widerspruch erhoben haben würden¹⁾. — Aber jene Annahme lässt sich nicht beweisen, folglich fällt auch die darauf gestützte weitere Behauptung hin. Die Lothringer und ihre Herzoge sind öfter auf den Wahltagen anwesend gewesen; und die Herzoge werden da ebenfalls an den Wahlen teilgenommen haben, so 1152; seit 1198 hat der Herzog von Brabant der die niederlothringischen Herzogsrechte für sich in Anspruch nahm, mit „*elegi*“ unterschrieben; er wählte 1205 mit, ebenso 1220 und 1257 wie auch 1247. Erst seitdem der Papst einzelnen Stimmen ein grösseres Gewicht beigemessen hatte und damit ein neues Moment in das Wahlverfahren gebracht hatte, und seitdem die Forderung der Bezeugung der Wahl des deutschen Königs durch angesehene Fürsten seitens des Papstes dem früher ausgesprochenen Grundsatz Bedeutung in der Praxis verschaffte, und die hervorragenden Fürsten als die am besten geeigneten Wahlzeugen aus der Zahl der übrigen Wähler herausgehoben und so die Bildung eines Collegiums erster Wähler in die Wege geleitet hatte; machten die Fürsten, die ein Recht zu haben glaubten, zu den ersten Wählern gerechnet zu werden, Anstrengungen gegen ihre Zurückdrängung bei der Wahl, so auch der Herzog von Brabant als Nachfolger des Herzogs von Niederlothringen. Er erreichte aber nichts.

Der Pfalzgraf machte jetzt als Herzog von Baiern Anspruch auf eine zweite Stimme auf Grund des Herzogtums Baiern, „*ratione ducatus*“, und suchte dieses vermeintliche Recht auch später noch festzuhalten oder durchzu-

1) Quidde S. 94.

setzen. Selbst der Markgraf von Brandenburg, der seit 1198 bei den Wahlen gefehlt hatte, nur 1209 auf dem Reichstage zu Würzburg gewesen war, erschien 1237 in Speier, um nachträglich die ihm zustehende bevorzugte Stimme für Conrad abzugeben¹⁾.

Die Herausbildung eines Collegiums bevorrechtigter Wähler begann, wie oben gezeigt ist²⁾, ohne Zweifel seit dem Regierungsantritte Friedrichs II. unter dem Einflusse des Verlangens der Curie in Beziehung auf die Wahlzeugen und vollzog sich ganz allmählich, den Zeitgenossen kaum bemerklich.

g. Stellung Kaiser Friedrichs zu den Wahlvorrechten einzelner Fürsten und die Wahl von 1237.

Kaiser Friedrich stand der Herausbildung von Wahlvorrechten einzelner Fürsten und noch mehr der in deren Gefolge sich vollziehenden Bildung einer Fürstenaristokratie völlig ablehnend gegenüber. Er hat seine Stütze in der gleichberechtigten Gesamtheit der Fürsten gesehen; und, wo er von dem Wahlrechte spricht, schreibt er es allen Fürsten ohne Unterschied in gleicher Weise zu. Das hat Harnack richtig hervorgehoben³⁾. Darin stimmen mit ihm auch die übrigen Forscher überein⁴⁾. Friedrichs Stellung zu dieser Frage ergibt sich am deutlichsten aus den Worten, die er 1245 nach seiner Absetzung durch den Papst in bewusstem Gegensatze gegen dessen Anschauung, der er in einem Schreiben an die lombardischen Städte Ausdruck verleiht, und gegen die wenigen auf dessen Seite stehenden Fürsten. Die Worte lauten: „*universorum imperii principum ad quos imperii de jure spectat electio*⁵⁾.“ Früher

1) vgl. Harnack, S. 33 und bei andern Forschern.

2) s. ob. S. 68ff.

3) Harnack S. 33.

4) vgl. Schirrm. S. 19, 20 ff, 26. Wilmanns S. 98 ff., Weiland 335/7, Quidde S. 35 ff., Maurenbrecher S. 226.

5) vgl. Harnack S. 49.

trat der Gegensatz seiner Auffassung noch nicht so bestimmt hervor; es war auch kein Anlass dazu gegeben: denn der Papst forderte, wie wir bereits gesehen haben, weder ein solches Collegium bevorrechtigter Wähler, selbst nicht mit dem Verlangen von „*magni principes*“ als Wahlzeugen, noch bestand ein solches; es begann sich erst in der Stille auf den oben gekennzeichneten Grundlagen zu entwickeln¹⁾. Der Papst hat seinen Wunsch ihm gegenüber, so viel wir wissen, auch gar nicht geltend gemacht; es fehlte auch jeder Anlass dazu, da der Papst ihm die Kaiserkrone einige Jahre nach seiner Wahl zum deutschen Könige, da er ihn erzogen hatte und ihm freundlich gesinnt war, ohne besondere Prüfung seiner Wahl und seiner Würdigkeit gewährte. Die Wahlen seiner Söhne 1220 und 1237 liess er dem Papste schriftlich anzeigen, allerdings liess er, so viel wir wissen, 1220 das Schreiben mit einem aktenmässigen Berichte über den Hergang der Wahl durch einen deutschen Reichsfürsten, einen Bischof, seinen Kanzler Konrad überbringen²⁾. Freilich kann ich aber nicht, wie Maurenbrecher es thut, in dieser Thatsache ein Zugeständnis gegenüber dem Wunsche des Papstes erkennen. Der Kanzler wurde gesandt, da er die geeignetste Persönlichkeit war, um die Sache des Kaisers zu vertreten und den Papst zur Anerkennung der Wahl zu bewegen. Er hatte nur um die Anerkennung Heinrichs als deutschen Königs zu bitten, nicht um die Kaiserkrone, die ja Friedrich selbst noch trug. Bei Erbittung der Kaiserkrone würde der Papst gewiss die frühere Haltung der Kurie wieder angenommen und ihre Forderungen wieder geltend gemacht haben.

Wie passen aber nun die Äusserungen Friedrichs in der Urkunde von 1212 für den König von Böhmen und die Worte seines Kanzlers an den Papst über die Wahl von 1220 zu seiner oben angegebenen Auffassung?

Die erste Frage ist bereits oben eingehend behandelt

1) vgl. oben S. 68ff.

2) vgl. Maurenbrecher S. 221 u. 228.

und beantwortet¹⁾. Es darf, namentlich in Rücksicht auf die spätere so bestimmte gegensätzliche Äusserung gegen Wahlvorrechte einzelner Fürsten, keine Anerkennung eines Vorrechts für den König von Böhmen daraus abgeleitet werden.

Die zweite Äusserung in dem Schreiben, in welchem sich der Kaiser deswegen, weil er seinen Sohn Heinrich, der bereits vom Papste als König von Sicilien anerkannt war, hatte gegen das Versprechen, das er dem Papste gegeben hatte, auch zum deutschen Könige wählen lassen, entschuldigen lässt, lautet: „*in filium domini mei vota tam electorum quam etiam omnium principum et nobilium Teutonie convenerunt*“²⁾. Es fällt in diesen Worten der Ausdruck „*electores*“ auf. Dieser ist nur angewendet als eine Anpassung an die Auffassung des Papstes in den ersten Jahren des Jahrhunderts, enthält aber durchaus keine Anerkennung einiger Fürsten als eigentlicher Wähler neben den übrigen Wahlberechtigten. Der Kaiser lässt damit nur aussprechen, dass auch solche Fürsten, denen der Papst früher ein bevorzugtes Wahlrecht beigemessen hatte, unter den Wählern waren. Er stellte aber die „*vota*“ der übrigen Wähler den übrigen völlig gleich²⁾, ja rechnet unter diesen sogar die „*Nobiles*“ mit.

Derselben Anschauung entspricht es, wenn in dem Wahldekret von 1237³⁾ die anwesenden Wähler in der bisher üblichen Reihenfolge der Abstimmung bei den Wahlen unterzeichnen, erst die geistlichen Fürsten die drei Erzbischöfe von Mainz, Trier, Salzburg, die vier Bischöfe von Bamberg, Regensburg, Freising, Passau; dann die vier weltlichen Fürsten: der Pfalzgraf, der zugleich Herzog von Baiern war, der König von Böhmen, der Landgraf von Thüringen und der Herzog von Kärnten;

1) s. oben S. 85 ff.

2) M. G. SS. II, 322/4.

3) vgl. Harnack S. 32, Weiland 336/7, Schirrmacher S. 20 ff. Quidde S. 35 ff., Tannert S. 5 Anm.

und wenn alle sich mit den Worten: „*qui circa hoc Romani senatus locum accepimus, qui patres et imperii lumina reputamur*“ als Ratgeber des Kaisers und des Reichs und unterschiedslos als Wähler bezeichnen und demgemäss unterschrieben „*elegi et subscripsi*“. Das Schreiben ist ganz im Sinne des Kaisers abgefasst. Die Fürsten gehen ganz auf die Wünsche des Kaisers ein und in ihnen auf, protestieren gegen die päpstliche Lehre von der Übertragung des Imperiums an die Deutschen durch den Papst. Man kann also auch in der Reihenfolge der Unterschriften, worin sich kein Wahlvorrecht einzelner bestimmter Fürsten ausspricht, die kaiserliche Auffassung des Wahlrechts wiedergespiegelt finden.

Hat es sich hier aber auch um eine wirkliche Wahl, nicht etwa bloss um eine Vorwahl, eine Designation gehandelt? Die annal. Colon. max.¹⁾ sagen, dass die Fürsten in Wien den neuen König nur „designiert“ hätten, dass die „*approbatio*“ eigentliche Wahl, erst in Speier stattgefunden habe. Demgemäss fasst von Ohlenschlager den Wiener Akt nur als eine Vorwahl auf²⁾. Das ist nicht richtig. Jene Stelle selbst enthält einen Widerspruch, indem sie sagt, dass nur wenig („*quidam*“) Fürsten in Speier anwesend gewesen sind. Und „*approbatio*“ ist ja auch, an sich genommen, nicht eine feierliche Wahl, sondern nur die „Bestätigung“ einer solchen. Man darf also weniger auf die in der Nachricht gewählten Ausdrücke sich stützen, sondern muss sich den erkennbaren Verhältnissen gemäss entscheiden. Und das Wahlinstrument von 1237 betont ja auch mehrfach ausdrücklich, dass die unterzeichneten Fürsten, „*vota contulerunt, elegerunt*“, dass sie dem Erwählten („*electo*“) den Treueid leisten u. s. w. Es ist also die

1) SS. XVII, 846: „Friedericus Imp. ascendit usque Ratisponam, Principibus apud Spiram convocatis. Ubi cum quidam Principes convenissent filium etiam suum Conradum adhuc puerum prius in Austria Regem Teutonie designatum, denuo ab ipsis obtinet approbari.“

2) vgl. von Ohlenschlager S. 123.

Handlung in Wien wirklich eine „Wahl“ („electio“) gewesen.

Die Forscher, welche näher auf die Sache eingehen, fassen je nach der Stellung, die sie der Entstehung des Kurcollegiums und dessen Zustande um 1209 und der Darstellung des Sachsenspiegels gegenüber einnehmen, die Stellung Friedrichs als eine mehr oder minder scharfe der Bildung einer Wahlfürsten-Aristokratie gegenüber auf. Sie knüpfen an das Schreiben des Kanzlers über die Wahl von 1220 und an die Nachrichten über die Wahl von 1237 Erwägungen allgemeinerer Art an in Beziehung auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren.

h. Der Forscher Erwägungen allgemeiner Art in Beziehung auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren, im Anschluss an das Schreiben des Kanzlers von 1220 und die Quellen über die Wahl von 1237.

α. Zum Schreiben vom 13. Juli 1220.

Tannert sucht zu beweisen, dass im Anfange des 13. Jahrhunderts die Grafen aus der Zahl der wählenden Fürsten ausgeschieden seien¹⁾. Im Jahre 1212 habe der Hofkanzler geschrieben, dass „*ceteri tam ecclesiastici quam seculares principes*“ Friedrich gewählt, aber „*ceteri principes imperii, nobiles quoque et magnates*“ ihm Huldigung geleistet hätten²⁾. Friedrich nenne 1220 nur die „*principes*“ als Wähler³⁾. Damit scheint ihm im Widerspruch zu stehen die bestrittene Stelle in dem Schreiben des Hofkanzlers von 1220 an den Papst: „*vota tam electorum quam etiam omnium principum et nobilium Teutonie convenerunt*“⁴⁾. Um diesen anscheinenden Widerspruch zu lösen, sucht er diese Stelle in folgender Weise zu erklären. Er sieht es als

1) vgl. Tannert, S. 4. Anm. 3.

2) ebendas. u. Huillard-Bréholles I, 230.

3) das. S. 5. H.-Br. I. 802.

4) vgl. oben S. 94.

unmöglich an, dass der Kanzler die „omnes principes et nobiles“ in derselben Weise als Wähler Heinrichs mit aufgefasst haben könne wie die „electores“. „Electores“ könnten hier nur diejenigen sein, die in dem vorliegenden Falle ihr Wahlrecht ausgeübt hätten; also habe es den Sinn von „qui elegerunt“, nicht von „Vorwählern“, wie Weiland den Ausdruck auffasse¹⁾; „omnes principes“ seien die abwesenden Wähler, die nachträglich ihre Zustimmung ausgesprochen, und „nobiles“ diejenigen, die ihm nur den Huldigungseid geleistet hätten. Das soll der Gegensatz ergeben. Da nun aber doch „vota“ sowohl der „electores“ als der „omnes principes“ wie „nobiles“ erwähnt sind, so fasst er „vota“ als „Wunsch“, den ganzen in den Schreiben erwähnten Vorwahl „so zusagen“ als „Vorwahl“, „designatio“, auf, wie v. Ohlenschläger den Vorgang in Wien 1237 betrachtet hatte. Er glaubt damit Weilands Auffassung der Stelle widerlegt zu haben. Aber Tannert interpretiert eben nach der von ihm vorher auf Grund der angeführten Zeugnisse aufgestellten Hypothesen. —

Zunächst, wie kommt Tannert dazu, die Ausschliessung der Grafen von der Wahl anzunehmen? 1198 hatten noch Grafen mitgewählt, wie bezeugt ist durch die Unterschriften der Protestbriefe der Wähler Philipps die Unterschriften der Wahlanzeige und wie durch die Briefe der Wähler Ottos an den Papst. Von einer Ausschliessung derselben liegt bis 1220 kein Zeugnis vor. Konnte denn aber auch Friedrich nicht, trotzdem er den Ausdruck „electores“ in Anlehnung an die päpstliche Anschauung von der grösseren Bedeutung der Stimmen einzelner Fürsten bei der Wahl gebraucht hatte, hier nun das Wahlrecht aller Fürsten geltend machen gerade im Gegensatz zu dieser Auffassung des Papstes auch von dem „Votum“ der „omnes principes et nobiles“ sprechen²⁾? Wenn Friedrich vorher selbst nur von

1) Weiland, Forsch. XX 336/7.

2) vgl. Quidde S. 37 am Ende. Harnack S. 32, Schirrm. S. 20 ff. u. Wilmanns S. 35 ff.

der Wahl durch „principes“ spricht, so ergibt sich daraus noch nicht unbedingt ein Widerspruch mit dieser Stelle, wo er die „vota“ der „omnes principes“ und der „nobiles“ hervorhebt, auch in dem Falle nicht, wenn man die Grafen als mit unter den „principes“ befasst denkt und die „nobiles“ als eine unter den Grafen stehende Klasse von Herren ansieht. Gegenüber dem Papste hielt sich Friedrich verpflichtet, das Wahlrecht aller Fürsten hervorzuheben, während an anderer Stelle es ihm genügte, nur auf die „principes“ als Wähler ganz allgemein hinzuweisen. In dem Schreiben an den Papst können sehr wohl die noch stimmberechtigten Grafen als „nobiles“ bezeichnet sein. Wäre eine niedere Klasse von Herren damit bezeichnet, so ist es auch in diesem Falle nicht so schwer, den scheinbaren Widerspruch beider Stellen zu heben. Denn „votum“ bedeutet nicht blos „Stimmabgabe bei der feierlichen Wahl“, sondern auch „Zustimmung zu derselben“, indem letztere bereits bei der Hauptwahl von den „nobiles“ ausgesprochen sein kann. „Votum“ als in der Bedeutung „Wunsch“ angewendet und den besprochenen Vorgang nur als „designatio“ zu denken, ist kein Grund vorhanden. Und „omnes principes et nobiles“ als „bei der Wahl nicht anwesend“ zu denken, heisst die Stelle ganz missverstehen.

Insofern kommt Weilands Auffassung dem Sachverhalte näher¹⁾. Aber Weiland irrt auch, freilich in Consequenz seiner falschen Annahme, dass „Vorwähler“ d. h. „Wähler mit einem Vorrecht“, damals bereits thatsächlich vorhanden gewesen seien, wenn er den Ausdruck „electores“ bereits für jene Zeit als „technisch für die bevorrechtigten Wähler“ ansieht, sogar aus der Stelle ein sicheres Zeugnis für die Existenz der Vorwähler, des Vorwählercollegiums, herausliest. Auch ist es gar nicht nötig, wie Weiland in derselben Consequenz gezwungen ist, anzunehmen, dass der Kanzler, indem er das „electores“ schrieb, an bestimmte

1) Weiland Forsch. XX S. 336/7.

Fürsten gedacht habe, ebenso wenig wie der Papst 1200—1203 bestimmte Fürsten im Auge haben konnte ausser den drei Rheinischen Erzbischöfen und etwa dem Pfalzgrafen. Ist diese Annahme aber auch noch möglich, so ist es aber sicher falsch, ausser den drei Erzbischöfen an die Fürsten, welche die Erzämter besassen, zu denken und daraus weiter zu folgern, dass die Ämtertheorie bei der Reichsregierung „durchgeschlagen habe“. Denn es war von den im Sachsenspiegel als Erzbeamte genannten ersten Wählern nur der Pfalzgraf anwesend bei der Wahl in Frankfurt, sonst zwar eine grössere Anzahl geistlicher Fürsten (Bischöfe), aber nur wenige weltliche Fürsten und zwar ausser dem Pfalzgrafen nur solche, die nicht Erzbeamte waren, so der Herzog von Brabant und der Landgraf von Thüringen, die ohne Zweifel auch zu den „magni principes“ gehörten. Ausserdem spricht gegen die letzte Annahme Weilands auch, dass, wie oben gezeigt worden ist¹⁾, die Ämtertheorie sich noch gar nicht gebildet hatte. Man könnte sich unter den „electores“, wenn man an bestimmte Fürsten dabei denken wollte, höchstens an diejenigen denken, die zur Bezeugung der rechtmässigen Königswahl befähigt waren, aber kaum bereits an die „sex principes“, die das sächsische Lehnrecht nennt. Aber auch zu einer solchen Annahme liegt kein zwingender Grund vor. Es ist, da Friedrich solche Vorrechte nicht anerkannte, vielleicht gar nicht kannte, jedenfalls das „electores“ so leichthin, ohne den speciellen Sinn, den es später bekam, hineinzulegen, gebraucht worden, wie der Papst früher von „magni principes“ und „ad quos principaliter electio spectat“ gesprochen hatte.

Harnack fasst die Sache im Wesentlichen richtig auf²⁾; er glaubt aber auch, dass Friedrich den Ausdruck „electores“ habe anwenden lassen, da zwei von den einst von Innocenz gemeinten Fürsten, ausser den geistlichen

1) vgl. ob. S. 43 f. u. S. 77 ff.

2) vgl. Kurfürstencollegium S. 32. 33.

Fürsten auch zwei weltliche, die von Pfalz und Brabant mit gewählt hätten. Das ist, wie gezeigt ist, nicht richtig, da nicht nachzuweisen ist, welche weltlichen Wähler der Papst damals im Auge gehabt hatte. Friedrich könnte das Wort auch schwerlich haben anwenden lassen, da von ihnen nur einer, der Pfalzgraf (der Herzog von Brabant war ja selbst Harnack zweifelhaft) sich an der Wahl beteiligt hatte. Es ist also unmöglich eine Beziehung auf die „bevorrechtigten“ Wähler herauszulesen. — Harnack sieht im Übrigen in der ganzen Stelle richtig eine Gleichstellung der „omnes principes et nobiles“ mit den „electores“¹⁾. Es kommt für die Beurteilung darauf an, was man unter principes et nobiles zu verstehen hat.

Quidde liest aus der Stelle einen von Friedrich gemachten Unterschied heraus zwischen „electores“, in denen er wie Weiland die mit „Wahlvorrechten“ ausgestatteten Fürsten sieht, und den übrigen Fürsten²⁾; aber er fasst doch die Stelle so auf, dass der kaiserliche Kanzler auch den übrigen Fürsten und Magnaten das Wahlrecht ausdrücklich zuerkannt habe und sich damit in bewussten und beabsichtigten Gegensatz gegen die 1200 von der Curie vertretene Auffassung gestellt habe. Wie weit das richtig ist, ergibt sich, wenn man es mit der oben³⁾ beurteilten Auffassung Quiddes von den päpstlichen Aussprüchen zusammenhält, und aus dem, was bei Beurteilung dieser Stelle hier bereits gesagt ist. Es sei hier nur noch besonders bemerkt, dass Quidde keinen Beweis dafür zu erbringen vermocht hat, dass es damals bereits „mit Wahlvorrechten ausgestattete Wahlfürsten“ gegeben habe, und dass darum ein solcher Unterschied, wie Quidde meint, nicht gemacht werden konnte, am wenigsten von Friedrich, der solche

1) s. unten S. 101.

2) vgl. Quidde S. 36, 37.

3) s. oben S. 48ff.

Wahlvorrechte nicht kannte oder doch nicht anerkannte¹⁾. Quidde berichtigt sich an einer späteren Stelle²⁾ auch selbst, indem er das „electores“ nur als Concession an die päpstliche Anschauung ansieht; eine Concession, die aber nicht als ein getreuer Ausdruck der in deutschen Regierungskreisen herrschenden Auffassung anzusehen sei. Meiner Meinung nach ist „Concession“ noch zu viel behauptet. Der kaiserliche Kanzler spricht in dieser Weise nur in Anpassung oder auch nur in Anlehnung an die päpstliche Anschauung, nur um dem Papste anzudeuten, dass unter den Wählern Heinrichs auch Fürsten gewesen seien, deren Stimmrechte der Papst selbst ein grösseres Gewicht beimessen könnte.

Maurenbrecher fasst die Stelle in dem Schreiben von 1220 in der Weise auf, dass er ebenfalls annimmt, dass ein Unterschied gemacht worden sei zwischen den wahlberechtigten Fürsten und den übrigen Fürsten, Grafen und Magnaten. Nur die erste Fürstenklasse, die mit electores bezeichnet sei, hätten gewählt, die übrigen nur durch Zuruf ihre Zustimmung zur Wahl gegeben. Als wahlberechtigte Fürsten sieht er an nur die Mitglieder des neueren Reichsfürstenstandes; die übrigen Fürsten, Grafen und Magnaten hätten, weil nicht zum Reichsfürstenstande gehörig, ein Wahlrecht nicht mehr besessen. Als electores seien anwesend gewesen 1220 in Frankfurt 4 Erzbischöfen 11 Bischöfe und 5 weltliche Reichsfürsten, die von Baiern-Pfalz, Brabant, Thüringen, Namur, Anhalt.

Wir müssen nun, um diese Ansicht Maurenbrechers zu verstehen, etwas näher darauf eingehen, wie er dazu kommt, nur die Reichsfürsten, welche als Mitglieder dem neueren Reichsfürstenstande angehörten, als wahlberechtigt zu betrachten.

Er ist mit Ficker der Ansicht, dass sich infolge der Massnahmen des Kaisers Friedrich I. ein kleiner Kreis von

1) Weil. Forsch. XX, S. 335 unten.

3) vgl. Quidde S. 106 f.

Fürsten aus der grösseren Zahl der Fürsten des älteren Reichsfürstenstandes, dessen Mitglieder alle berechtigt waren, an der Wahl des deutschen Königs als Wähler teilzunehmen, herausgelöst und sich allein die direkte Beziehung zum Reiche bewahrt habe. Eines der wichtigsten Rechte dieses neueren Reichsfürstenstandes, fährt Maurenbrecher über Ficker hinausgehend fort, sei die Wahl des deutschen Königs gewesen. Diese Prärogative habe jetzt das wichtigste Kennzeichen der Reichsfürsten gebildet¹⁾. Maurenbrecher folgert dann daraus weiter, dass durch diese Verringerung der wirklichen Reichsfürsten eine grosse Zahl von Grossen und Magnaten vom Wahlrechte ausgeschlossen worden sei²⁾.

So weit sind diese Aufstellungen Maurenbrechers ja fast unanfechtbar. Wenn er aber von einer „Beschränkung“ der Wählerzahl, ja sogar von einer „Verfassungsänderung“, die jene eingeschlossen habe, spricht, so irrt er von dem Wege ab, auf dem er hätte zur richtigen Auffassung dieser Verhältnisse gelangen können. Indem er so abgeirrt ist, spricht er von einer „Abgrenzung“ des neueren Reichsfürstenstandes. Er fühlt es aber selbst, dass er damit zu viel gesagt hat, über das Ziel hinausgegangen ist, wenn er bei Erörterung der aus Anlass des Streites über die Rechtmässigkeit der Wahl Philipps oder Ottos aufgebrachten Frage nach dem grösseren oder geringeren Gewichte der Stimme des einen oder anderen Reichsfürsten oder nach der Grenze der „zur Königswahl berufenen oder zuzulassenden Reichsfürsten“ ein Schwanken und eine rechtliche Unsicherheit wahrzunehmen glaubt. Diese wahrgenommene Unsicherheit glaubt er damit erklären zu können, dass er behauptet, „die Einschränkung der fürstlichen Wählerzahl infolge der Veränderung in der Zahl der Reichsfürsten sei noch etwas Neues, noch nicht Eingelebtes oder in wiederholter Praxis Erprobtes“ gewesen: denn der neu „abge-

1) vgl. Maurenbrecher S. 200ff., 203 Anm. 1 u. 226.

2) vgl. Maurenbrecher S. 201.

grenzte“ Fürstenstand sei nur einmal, 1196 bei der Wahl Friedrichs, aufgetreten; bei der Wahl 1198, wo die Reichsfürsten in zwei Parteien gespalten gewesen seien, sei diese Neuerung noch nicht gefestigt gewesen.

Auf die Zahl der zum neueren Reichsfürstenstande gehörenden Fürsten, auf die Maurenbrecher die Berechtigung zur aktiven Beteiligung an der Königswahl beschränkt sein lässt, kommt es nicht an; sicher war es immer noch eine grosse Zahl, die an 100 fast heranreichen mochte. Während früher alle Fürsten wahlberechtigt gewesen waren, beschränkte sich das Wahlrecht allmählig auf die reichsunmittelbaren Fürsten. Deren Zahl war durch die Massnahmen Friedrichs I. vergrössert worden. Ihre Stellung war eine unabhängigere, freiere, und sie besaßen mehr Recht als die von solchen Fürsten belehnten und von diesen abhängigen und nicht mit dem Reiche in unmittelbarer Beziehung stehenden Fürsten. Eben diese Mängel ihrer Stellung waren es, welche sie hinderten, ihr bisher innegehabtes und geübtes aktives Wahlrecht in der alten Weise auszuüben. Sie konnten mit Leichtigkeit von ihren Lehnsherren von der Wahl zurückgedrängt werden. Und so geschah es. Ein besonderer Akt der Beschränkung der Reichsfürstenzahl und der Zahl der Wähler liegt nicht vor, ist auch nicht von Friedrich I. vollzogen worden. Was dieser that, war nur, wie gesagt, eine Vermehrung der Zahl der reichsunmittelbaren Fürsten, da er eine Anzahl bis jetzt andern Fürsten untergebener Fürsten aus dem Verhältnis der Abhängigkeit von jenen befreite. Es vollzog sich die Abnahme der Königswähler ganz allmählich auf dem Wege der Gewohnheit, genau in derselben Weise, wie die ganze verfassungsrechtliche Entwicklung des Mittelalters vor sich ging. Für die Angelegenheiten des Reiches hatten nur die Fürsten, die reichsunmittelbar waren und darum mit Recht Reichsfürsten heissen, namentlich die geistlichen, ein Interesse. Die andern nahmen an den Reichsangelegenheiten nicht denselben Antheil. Sie wurden dem

Reiche gegenüber von ihren Lehnsherren vertreten. Und selbst jene beteiligten sich nur in geringem Masse und in geringer Zahl an den Angelegenheiten des Reiches. Selbst auf den feierlichen Reichstagen waren höchst selten mehr als die Hälfte, 1196 52, 1208 in Frankfurt 55, in der Regel aber viel weniger anwesend. Die nicht anwesenden Fürsten fügten sich in der Regel den Beschlüssen der anwesenden.

Ein Schwanken, eine Unsicherheit über die Wahlberechtigung einzelner Fürsten vermag ich nicht wahrzunehmen. Zweifellos hatte Philipp die erdrückende Mehrheit der damaligen Reichsfürsten bei der Wahl und auch später auf seiner Seite, Otto nur eine kleine Minderheit. Nur um bei diesem die Zahl durch die Güte der auf seiner Seite stehenden Reichsfürsten zu ersetzen, wie oben dargelegt worden ist¹⁾, hat Ottos Partei die Frage der grösseren Berechtigung einzelner Fürsten, die unbestritten einen Vorrang vor den übrigen Wahlfürsten besaßen, wie Köln, Mainz, der Pfalzgraf, aufgeworfen und geltend gemacht und neue Gesichtspunkte in den Streit hineingeworfen. Irgend eine thatsächliche Unterlage für diese erstrebte Neuerung hatte sie nicht. Der Streit in Maurenbrechers Sinne hätte sich ausserdem höchstens auf einige abhängige Grafen und Äbte beziehen können. Und deren Stimmen hatten, zumal da man die Stimmen ja nicht in der heutigen Weise alle als gleichwertig zählte, für die Entscheidung der Wahl so wenig Bedeutung, dass ein Streit darüber sehr müssig gewesen wäre. Es handelte sich bei dem Streite zwischen der Partei Philipps und der Ottos nur um die grossen Reichsfürsten; deren Wahlberechtigung und die gleiche rechtliche Geltung ihrer Stimmen bei der Wahl war über jedem Zweifel erhoben. Da brachte die Partei Ottos die Wägung der einzelnen Stimmen als neuen Grundsatz auf, während die staufische Partei an dem alten Grundsatz der gleichen rechtlichen

1) s. oben S. 46f. n. 49.

Geltung aller Stimmen und daran festhielt, dass die dissidentierende Minderheit sich der Mehrheit zu fügen habe. Das war die ganze Frage, um die sich der Streit drehte. Das hat Maurenbrecher zu wenig beachtet.

Die niederen, von andern abhängigen, nicht reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Magnaten waren durch keinerlei verfassungsrechtlichen Akt von der Teilnahme an der Wahl des Königs ausgeschlossen worden. Sie konnten wie früher an den Wahlen aktiv, d. h. als Wähler, teilnehmen. Nur hatten ihre Stimmen nicht mehr so viel Bedeutung wie früher, wo die Zahl der reichsunmittelbaren Fürsten eine sehr geringe war, und wurden jetzt neben deren Stimmen wenig beachtet. Darum darf man keinen Anstoss daran nehmen, dass in dem Schreiben des Kanzlers Konrad vom Jahre 1220 die „vota“ der „principes et nobiles“ neben denen der „electores“ hervorgehoben werden. Wenn sie auch jetzt nicht mehr als gleichwertig mit den Stimmen der in Anpassung an die Auffassung der Curie electores genannten Fürsten angesehen wurden, so folgt daraus doch nicht, wie Maurenbrecher und andere Forscher vor ihm annehmen, dass nur die „electores“ die Wahlberechtigung gehabt hätten, die übrigen Fürsten, Grafen und Markgrafen aber von der aktiven Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen gewesen seien. Harnack kommt dem wahren Sachverhalte am nächsten, wenn er unter Heranziehung und Berücksichtigung einer Stelle aus dem Schreiben des Kanzlers an Philipp August von Frankreich¹⁾ zu dem Schlusse kommt, dass in dem Schreiben, der Wahlanzeige an den Papst, allen Fürsten unterschiedslos ein Wahlrecht zugesprochen werde²⁾. Ich gehe noch weiter. Es ist in dem Schreiben auch keine Unterscheidung zwischen den „vota“ der „principes“ und den der „nobiles“ gemacht. Die

1) „nos cum ceteris Alemannie tam ecclesiasticis quam secularibus principibus uniformiter elegimus“ (s. Winkelmann, Jahrb. II S. 333 Anm. 3).

2) vgl. Harnack S. 32. 33.

„vota“ der „nobiles“, unter denen jedenfalls nicht die „edlen Herren“, sondern die in Fürstenrange stehenden Grafen und Äbte zu verstehen sind, sind den „vota“ der „principes“ parallel zur Seite gestellt und sind, wenn ihnen auch nicht als gleichwertig, so doch neben ihnen noch als nennenswert erschienen, haben also immerhin noch Beachtung gefunden.

β. Zur Wahl von 1237.

Ficker stellt bei der Betrachtung der Zeugenreihe des Wahldekrets Folgendes fest¹⁾. Von den anwesenden Fürsten sind der Patriarch von Aquileja, der Pfalzgraf von Baiern, der Markgraf von Baden, der Burggraf von Nürnberg und andere Grafen nicht als Wähler genannt; folglich hätten sie ein Wahlrecht nicht mehr gehabt. Die Rheinischen Erzbischöfe haben vor dem Erzbischofe von Salzburg unterzeichnet, trotzdem dieser Ortsmetropolit war; folglich hätten sie bei der Wahl einen Vorzug vor diesem genossen. Ebenso habe der Pfalzgraf bei Rhein einen Vorzug vor dem König von Böhmen gehabt, da er vor diesem unterschrieben hat, trotzdem er sonst in Urkunden dem Range nach hinten diesen zurücktreten muss. Er findet dann, indem er die Nachricht der Marbacher Annalen ansieht²⁾, noch eine Beschränkung der Wähler. Wähler allein seien gewesen die Erzbischöfe von Mainz und Trier, der Pfalzgraf-Herzog und der König von Böhmen; die übrigen Fürsten hätten deren Wahl nur zugestimmt. Ob mit diesen vier Fürsten die Zahl der Wähler abgeschlossen sei, sei nicht ersichtlich. Der König von Böhmen sei aber sicher bereits „Vorwähler“ gewesen. —

1) Entstzt. d. Ssp. S. 105 ff.

2) M. G. SS. XVII ad. 1237: „Ubi etiam eligi fecit Chunradum in regem. Quem elegerunt archiepiscopi Moguntinensis et Treverensis et rex Boemiae et dux Bavariae, qui et comes palatinus Rheni, consentientibus ceteris principibus qui aderant tamen paucis.“

In Beziehung auf das Vorwahlrecht Böhmens habe ich mich bereits¹⁾ oben ausgesprochen. Ich füge hier nur noch hinzu, dass man, wenn man das Vorwahlrecht Böhmens bereits für diese Zeit zugiebt, doch nicht unbedingt auf ein Vorwahlrecht Böhmens an zweiter Stelle schliessen darf, weil die Fürsten von Sachsen und Brandenburg, die in den sächsischen Rechtsbüchern genannt sind, in Wien nicht zugegen waren. — Den Widerspruch, der zwischen beiden Stellen besteht, übersieht Ficker. Dort unterschreiben alle anwesenden Fürsten „*elegi et subscripsi*“²⁾; hier steht, dass nur vier von den Elf „*elegerunt*“. Ficker scheint die Auffassung zu haben, dass dort das „*elegi*“ der sieben übrigen Fürsten ihren „consensus“ zur Wahl der ersten vier bezeichnet. Doch „wahlberechtigt“ sind sie jedenfalls noch gewesen; sonst wäre es nicht gut denkbar, wie, bei den sonstigen Abweichungen von der allgemeinen Rangordnung der Zeugen, in dieser Wahlurkunde doch alle geistlichen Fürsten, Erzbischöfe sowohl wie Bischöfe, vor dem Pfalzgrafen und dem König von Böhmen unterschreiben konnten.

Dieser Umstand fiel Harnack auf³⁾. Er schliesst daraus sowie auch aus den weiteren Umständen, dass in Wien nur drei „electores“ (Mainz, Köln, Baiern-Pfalz) anwesend gewesen sind und dann in der Wahlversammlung von Speier ausser Bischöfen auch nur der Markgraf von Brandenburg anwesend war, dass man die Anwesenheit von mehr Wahlfürsten nicht mehr für notwendig gehalten, aber doch die Stimmen der Bischöfe noch als „vollwiegend“ angesehen habe⁴⁾; dass also jede Spur eines vorstimmenden Collegiums verwischt sei. Harnack glaubt ausserdem aus der Stellung des Pfalzgrafen vor dem Böhmenkönige schliessen zu sollen, dass bei der Aufzählung „die Reihenfolge, die bei der Wahl beobachtet

1) s. oben S. 86 ff.

2) vgl. oben S. 95 f.

3) vgl. Harnack S. 33. 34.

4) vgl. Wilmanns S. 42 ff.

ward, wiedergegeben werden solle“, da andernfalls der König vor dem Pfalzgrafen hätte genannt werden müssen. — Das folgt aber nicht unbedingt daraus. Die Stellung des Böhmenkönigs in der Rangordnung unter den deutschen Fürsten hatte sich noch nicht so sehr befestigt, um einen solchen Schluss zu gestatten. Sonst hätte er ja auch noch vor den geistlichen Fürsten stehen müssen, wie es nach und nach auch üblich wird.

Harnack nimmt aber, ohne die Stelle in den Marbacher Annalen zu beachten, allerdings wirklich für jene Zeit „electores“ an, die nur durch die Stellung Friedrichs zu ihnen nicht als solche betrachtet und nicht als zur Wahl erforderlich angesehen worden seien. Die Anfänge zu einem Kurcollegium, glaubt er, hätten sich schon im 12. Jahrhundert gebildet; so sah er in der Wahlanzeige der Wähler Ottos, die bereits oben besprochen und beurteilt ist¹⁾, die ersten Spuren eines solchen.

Diese Ansicht ist bereits als unrichtig widerlegt; und somit fällt auch diese seine Stütze für die „electores“ weg und wird auch die Äusserung, dass jede Spur eines vorstimmenden Collegiums von Wahlfürsten 1237 verwischt erscheine, hinfällig. Der Grundsatz der Majorität sowie der der Notwendigkeit der Anwesenheit der „electores“ bei der Wahl, der auch als für diese Wahl bereits in Geltung befindlich von Harnack angesehen wird, bestand damals jedenfalls noch nicht. Auch die als „electores“ bezeichneten Fürsten legten selbst dieses Gewicht noch nicht auf ihr Vorrecht und die Ausübung desselben, da höchstens vier Wahlfürsten, wenn man Böhmen mitrechnet, in Wien anwesend waren. Der Tag von Speier kommt nicht in Betracht, da dort nur eine Nachwahl stattfand. Daraus ergibt sich weiter, dass sie ein solches Vorrecht noch nicht hatten; sonst würden sie es auch geschätzt und die Teilnahme an der Wahl für eine in ihrem eigenen Interesse liegende Pflicht gehalten haben.

1) vgl. oben S. 46 ff.

Harnack¹⁾ spricht, um eine Majorität der Wahlfürsten für die Wahl in Wien zu erhalten, da er den König von Böhmen als Wahlfürsten für diese Zeit noch nicht gelten lässt, hier bereits von zwei Stimmen Pfalz-Baierns. — Bis jetzt war es im deutschen Verfassungsleben noch nicht vorgekommen, dass ein Fürst sich bei der Wahl durch einen andern vertreten liess, dass also dann der Vertreter ausser seiner eigenen Stimme noch eine zweite abzugeben gehabt hätte. Noch mehr widersprach es dem deutschen Verfassungsrechte, dass ein Wahlfürst auf Grund des Besitzes zweier Wahlländer zwei Stimmen führen durfte. Es hatte eine Person immer nur eine Stimme, wie z. B. im vorigen Jahrhundert der Doppelherzog Heinrich der Löwe nur eine Stimme abgeben konnte.

Tannert sieht in der „Ausstellerliste des Wahlbriefes“ nur eine mit der Wahlordnung im Zusammenhange stehende Rangordnung, keine Darstellung der Kurfolge²⁾.

Maurenbrecher, der wie Harnack die Wahlurkunde für glaubwürdiger hält als die Nachricht des Marbacher Annalisten, findet in derselben nicht die geringste Spur von einer Scheidung der Fürsten in Vorwähler und Wähler und hebt hervor, dass die Reihenfolge noch die althergebrachte sei, indem er in der Reihenfolge der Unterschriften wie Harnack auch die Reihenfolge der Fürsten bei der Stimmabgabe bei der Wahl sieht; es hätten noch die geistlichen Fürsten in ihrer Gesamtheit vor den weltlichen gewählt. Wie unter den Geistlichen Mainz, so erscheine unter den Weltlichen der Pfalzgraf an der Spitze³⁾.

Während Harnack das Wahldekret allein beobachtet hatte, stützt sich Quidde fast ausschliesslich auf die „gleichzeitige, vom Sachsenspiegel unabhängige“, Nachricht der Marbacher Annalen über die Wahl von 1237⁴⁾. Er be-

1) Harnack S. 47/8.

2) Tannert S. 32.

3) vgl. Maurenbrecher S. 224 u. Anm.

4) Quidde S. 35 ff. vgl. oben S. 90 u. Anm. 2.

bestreitet Harnack die Beweiskraft seiner zur Begründung seiner Hypothesen herangezogenen Argumente, besonders die der Zeugenreihe des Wahlintruments, da nach der feststehenden Rangordnung die Regel, dass sämtliche geistliche Fürsten sämtlichen weltlichen Fürsten voranzugehen hatten, die sehr streng beobachtet wurde, auch hier zur Geltung gekommen sei. Nun, das Bestehen eines Collegiums bevorrechtigter Wähler („electores“) galt ihm ja als etwas Sicheres. Er ist daher nicht zu verwundern, dass er es in der Nachricht der Marbacher Annalen wiederfindet und diesen den Vorzug vor jener von den Wählern selbst ausgestellten Urkunde den Vorzug giebt. Freilich er schränkt das Vorrecht der „privilegierten“ Fürsten sehr ein, indem er glaubt, dass sie ja nur ein „Ehrenvorrecht“ beim ceremoniellen Akte der Kur („electio“) vor den Augen Friedrichs gehabt haben würden, es aber gewiss als ein besonderes Recht bei dem Wahlakte erscheinen zu lassen verstanden haben könnten.

Wie man sich den Vorgang als in der Weise, wie Quidde es aufgefasst haben will, geschehen vorstellen soll, kann man sich nur begreiflich machen, wenn man annimmt, dass die zwei weltlichen bevorrechtigten Fürsten, der Pfalzgraf und der König von Böhmen, bei der „electio“ gleich nach den beiden Rheinischen Erzbischöfen ihre Stimmen abgegeben haben. Quidde meint es sicherlich so: denn sonst behielte ja Harnack, dessen Auffassung er bekämpft, recht. Doch es ist kaum möglich, dies anzunehmen, da Kaiser Friedrich bei seiner grundsätzlichen, ablehnenden Stellung gegen die Vorrechte einzelner Wähler einen solchen Vortritt zweier weltlichen Fürsten vor die übrigen geistlichen Fürsten schwerlich zugelassen haben würde; und Quidde's Annahme verliert durch diese Erwägung fast alle Wahrscheinlichkeit.

Dass die Angaben des Marbacher Annalisten besonders ins Gewicht fielen, wie Quidde meint, da sie mit dem 1257 auftretenden Kurfürstencollegiums über-

einstimmten, vermag ich nicht zuzugeben. Der Marbacher Annalist, der wohl nicht bei der Wahlhandlung in Wien zugegen gewesen ist, gab nur seine Anschauung wieder, die ein Gegenstück zu der im sächsischen Landrecht ausgesprochenen ist. Diese Meinung von dem Vorrechte einzelner Fürsten bei der Wahl hatte sich, wie bereits oben gezeigt ist¹⁾, infolge der päpstlichen Forderung in Deutschland von selbst gebildet. Dieser Anschauung gab der Annalist Ausdruck. Dass er das Wahlvorrecht den angesehensten und mächtigsten Fürsten, dem König von Böhmen neben dem Pfalzgrafen, dessen Vorrecht bereits anerkannt war, zusprach und diese gegenüber den übrigen Fürsten besonders hervortreten liess, ist nur natürlich. Gegenüber den „Voten“ der ersten Wähler erschienen die mit diesen übereinstimmenden „vota“ der übrigen Wähler nur als „consensus“. Diese werden wie jene noch „einzeln“, nicht „in choro“ ihre Stimmen abgegeben haben. Der Annalist hat hier nur bereits derselben Anschauung Ausdruck verliehen, die einige Jahre später Albert von Stade hat und mit Anlehnung an das sächsische Landrecht als allgemeine Regel ausspricht mit den Worten: „*ex praetaxatione principum et consensu eligunt imperatorem*“ die bekannten 6 im Sachsenspiegel genannten Fürsten²⁾.

1) vgl. oben S. 68ff. u. Maurenbrecher „Königswahlen“ S. 228 ff.

2) s. oben S. 53. 54 wie S. 71. 72.

III. Abschnitt.

Entwicklung des Kurcollegiums von 1230 bis 1257.

Der Zeitabschnitt, zu dem ich jetzt übergehe, ist der wichtigste für die Entwicklung des Kurcollegiums. Er hat eine ausführliche Behandlung durch Harnack gefunden¹⁾. Darum will ich an der Hand dieser Darstellung die über diesen Zeitraum aufgestellten Ansichten beurteilen und darnach noch Quiddes Auffassung, die die Harnacksche Ansicht selbst kritisiert und von den übrigen ziemlich bedeutend abweicht, beleuchten.

1. Ergebnisse der vorigen Periode.

Wahlverfahren nach dem Sachsenspiegel.

Wir sahen oben bereits, dass im Anfange des 13. Jahrhunderts (bis 1230) nur die Momente, die den Anstoss zur Bildung eines Collegiums von Kurfürsten gaben, hervortreten, sich aber noch keine Spur von einem Vorhandensein desselben findet.

Die Darstellung des sächsischen Landrechts²⁾ bildet den Übergang zu unserer jetzt zu behandelnden Entwicklungsperiode; er fixiert diese Momente, leitet aus diesen die allgemeine Regel ab für das Wahlverfahren und

1) Harnack S. 48—58.

2) Wortlaut s. oben S. 53/54.

enthält gleichzeitig die Faktoren für die Entwicklung des Collegiums. Es stellt fest, dass sechs Fürsten, drei geistliche und drei weltliche, die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg die ersten an der „Kur“ sein „sollen“. Es giebt gleichzeitig für die weltlichen ersten Wähler als auszeichnende Prädikate die Reichs-Erzämter, die in ihren dauernden Besitz gelangt waren, an und nennt dabei auch den Inhaber des vierten Erzamtes, den König von Böhmen, mit, verwahrt sich aber gegen die Auffassung, dass diesem ebenfalls ein Wahlrecht zustehe, und giebt als Grund gegen ein ihm zukommendes Wahlrecht den an, dass ihm die Eigenschaft der deutschen Nationalität fehle.

Es laufen hier, das sticht in die Augen, verschiedene Ansichten in einander: einmal, dass nur deutsche Fürsten den deutschen König zu wählen haben¹⁾; ferner, dass aus dem Besitze eines Reichserzamts noch kein Wahlrecht sich ergebe. Da die Stelle aber unklar ist, so ermöglicht sie doch die Auffassung, dass aus dem Besitze eines Erzamts das Wahlrecht, auch das Kurrecht an einer der ersten Stellen abgeleitet werden könne. Wir können aber diese Zweideutigkeit nicht beseitigen; aber gewiss ist, dass die Darstellung des Sachsenspiegels die Grundlage werden konnte für eine neue Begründung des Vorwahlrechts und zwar durch den Besitz des Erzamts.

Was das Wahlverfahren anbetrifft, so betrachtet das sächsische Landrecht noch alle Fürsten als wahlberechtigt, nicht bloss bei dem der formellen Wahl vorhergehenden, diese vorbereitenden Akte, der Vorwahl, sondern auch bei dem feierlichen, für die Gültigkeit der Wahl erforderlichen, Schlussakte, der Kur; nur misst er jenen sechs Fürsten das Recht der Wahl, der Kur an erster Stelle bei; da sie sich aber an das in der vorberatenden

1) „Im Sächs. Landr.“ III, 52, 1 ist das wirklich ausgesprochen: „Die Düdeschen solen durch recht den koning kiesen“.

Wahl gefundene Votum der Gesamtheit der Fürsten zu halten haben, ist ihr Vorrecht nur ein Ehrenrecht, das ihnen zusteht. Es ist das Wahlverfahren aber bereits wesentlich anders als früher, wie es z. B. aus den Berichten über die Wahl Lothars ersichtlich ist: damals ein aus der Gesamtheit der Fürsten gebildeter Wahlausschuss zur Vorwahl und Designation mehrerer oder eines Candidaten, deren Votum die gesamten Fürsten beizustimmen versprechen¹⁾, und eine Kur durch alle wahlberechtigten „principes secundum ordinem“; jetzt eine Vorwahl seitens aller Reichsfürsten, an deren Votum die sechs Ersten bei der Kur gebunden sind, und Wahl durch diese und dann durch die sämtlichen übrigen wahlberechtigten Fürsten. In der Heraushebung der sechs „Ersten“ aus der Zahl der übrigen Fürsten lag, wie oben gezeigt ist²⁾, der Keim zum Zusammenschlusse dieser sechs Fürsten zu einem Collegium erster Wähler. Denn die drei weltlichen Fürsten, die zu den Ersten gehörten, stimmten jetzt auch vor den übrigen geistlichen Fürsten, die nicht zu den „Ersten Wählern“ gehörten, während früher, bis in das 13. Jahrhundert hinein, alle geistlichen Fürsten vor allen weltlichen ihre Stimmen abzugeben pflegten. Jene Sechs waren nach dem sächsischen Landrechte noch nicht die alleinigen Wähler, „electores“ schlechthin, ihre Stimmen waren nicht frei, nicht entscheidend, wohl auch nicht unbedingt notwendig für die Gültigkeit einer Wahl; aber in ihrem Vortritte bei der Kur lag der Keim zur Bildung eines Collegiums erster Wähler und zur Weiterentwicklung zu einem Collegium der alleinigen Wähler. Ihr Vorrecht konnte den Anschein erwecken, als wenn sie allein wählten und die übrigen nur zustimmten, wie es der Marbacher Annalist ausspricht; und es konnte weiterhin die Meinung

1) Narr. de elect. Loth.: „decem ex singulis provinciis . . . Principes proposuerunt, quorum electioni caeteri omnes assensum praebere promiserunt“.

2) s. ob. S. 68 ff.

entstehen, als ob sie nur allein das Recht zu wählen, jene nur das Recht der Zustimmung zu deren Wahl hätten. Ihre Reihenfolge bei der Kur musste mit der Zeit sich auch auf die „allgemeine Rangordnung“, wie sie in den Zeugenreihen der Urkunden erscheint, übertragen. Bei der Wahl von 1237 war es, vielleicht noch unter dem Einflusse des Kaisers Friedrich, noch nicht der Fall. Das zeigen die Unterschriften des Wahldekrets von 1237.

Das Wahlvorrecht der ersten Wähler konnte praktisch durch die Übung bei den Wahlen zur Geltung kommen; theoretisch konnte es seit der Vertretung durch den Sachsen-Spiegel durch sowie mit dessen Verbreitung und Anerkennung als Norm des Reichsrechts, sowie auch durch die Betonung der päpstlichen Auffassung sich in den Anschauungen der Zeitgenossen, namentlich des deutschen Volkes, befestigen.

So brachte das sächsische Landrecht hauptsächlich den in dem Wunsche des Papstes, dass die Rechtmässigkeit der Königswahl durch „magni principes“ bezeugt werden sollte, enthaltenen und durch dessen Betonung des grösseren Gewichts der Stimmen einzelner Fürsten befruchteten Keim zur Bildung eines Wählercollegiums durch seine Aufnahme, Verwertung und Verbreitung zur folgenreichen Entwicklung.

2. Die Wahlen von 1246 und 1247.

Allgemeine Neuwahlen, bei denen das Wahlvorrecht Anerkennung von seiten der Mitwähler hätte finden können, haben bis 1257 nicht stattgefunden. Die Wahlen von 1246 und 1247 wurden allein von der unter päpstlichem Einflusse stehenden Gegenpartei der Staufer vollzogen.

a. Die Wahl Heinrich Raspes

fand am 22. Mai 1246 zu Hochheim bei Würzburg statt. Er wurde gewählt von den drei Rheinischen Erzbischöfen

und 6 Bischöfen¹⁾. Die Mehrzahl der Quellen nennt zwar nur die Erzbischöfe von Mainz und Köln, nicht Trier mit. Doch das ist für die Entscheidung der Frage nebensächlich: denn es stand endgültig fest, dass unter den geistlichen Fürsten das Wahlvorrecht diesen drei Erzbischöfen, neben denen von Mainz und Köln auch dem von Trier, zukam und beigemessen wurde. Aber, welche Stellung nahmen die übrigen geistlichen Fürsten, die Bischöfe bei der Wahl ein? Albert von Stade sagt über die Wahl: „*a Moguntino et Coloniensi et quibusdam principibus in regem eligitur*“. Es scheinen demnach die Bischöfe noch Wahlrecht besessen zu haben; in irgend einer Weise müssen sie an der Wahl teil genommen haben; sonst würde Albert, der nach der von ihm angegebenen Theorie nur noch ein Wahlrecht der sechs Wahlfürsten kennt, die übrigen principes nicht oder in anderer Weise erwähnt haben.

b. Die Wahl Wilhelms von Holland 1247

zu Woringen bei Köln vollziehen wieder die drei Rheinischen Erzbischöfe, ausser ihnen der Erzbischof von L'remen und vier Bischöfe und drei Weltliche, der Herzog von Brabant und die Grafen von Geldern und Los²⁾. Matthaeus von Paris darf nach seiner Auffassung der „Electores“ sagen, dass Wilhelm „pro majori parte“ derselben gewählt sei, da er den Herzog von Brabant dazu rechnet statt des Markgrafen von Brandenburg³⁾. Nach den Berichten Wilhelms selbst und des Legaten an den Papst war er durch die Fürsten

1) vgl. Wilmanns S. 46.

2) Nachrichten über die Wahl: Dankschreiben des Papstes an alle diese Fürsten vom 19. Nov. 1247 (LL. II. 364). Die Ann. Pantaleonis sagen: „*Petrus legatus et multi episcopi, scilicet Conr. Coloniensis, Sifr. Mogunt. Arn. Treverensis, Ger. Bremensis et multi alii episcopi et dux Brabantiae cum multis comitibus . . . novum eligunt regem Wilhelmum*“; Albert von Stade: „*a quibusdam Episcopis . . . in regem est electus*“.

3) Matth. Paris. 636. „*Magnates Alamanniae, ad quos jus electionis spectat, pro majori parte elegerunt sibi in regem etc.* vgl. Schirrmacher S. 63 ff. Es ist wahrscheinlich, dass Matth. den Markgrafen von Brandenburg mit dem Herzoge von Brabant verwechselt. Doch das ändert an der Sache nichts.

erhoben worden: „*qui in electione Cesaris jus habere noscuntur, applaudentibus ceteris principibus*¹⁾“. Es liegt hier den Berichten eine verschiedene Auffassung zu Grunde: dort wird von dem Wählen „aller Principes“ gesprochen hier zwischen „electores“ und „applaudentes ceteri principes“ unterschieden. Man ist geneigt, den letzten Quellen, da sie von Fürsten ausgehen, die bei der Wahl selbst anwesend gewesen waren, und sich nicht ganz so allgemein aussprechen, wie die übrigen Quellen, mehr Glauben zu schenken als jenen erstgenannten gegen die schon misstrauisch macht die Mitnennung des päpstlichen Legaten unter den Wählenden. Bei dieser Stellungnahme den Quellen gegenüber stösst Einem aber das Bedenken auf: „Schlossen der Legat und der gewählte König sich nicht etwa der Auffassung der Curie an? und war diese die richtige, den Wahlverhältnissen in Deutschland wirklich entsprechende? Wir sind um so mehr berechtigt, die erste Frage zu bejahen, da die letzte Stelle einem Schreiben des Papstes selbst an den Rektor von St. Maria in Cosmedin entnommen und nur in diesem erhalten ist. Diese Stelle lässt für den Fall, dass sie die Verhältnisse so schilderte, wie sie wirklich gewesen sind, immer noch völlig dunkel, welche Fürsten zu den „electores“ und welche zu den „applaudentes“ gerechnet sind. —

An beiden Wahlen hatten keine von den späteren weltlichen Kurfürsten teilgenommen. Der Herzog von Brabant, für dessen Stimmrecht an hervorragender Stelle Harnack so sehr eintritt, war allerdings dabei beteiligt²⁾. Ob ihn der Papst zu den „eligentes“ gerechnet hat, vermögen wir aus der Stelle des päpstlichen Schreibens nicht zu erkennen, ebensowenig wie das aus dem päpstlichen Decretale von 1203 zu ersehen war. Harnacks Befürwortung ist aber als eine nichtige erkannt, seit Quidde dargelegt hat, dass die Wahlanzeige der Wähler Ottos vom Jahre 1198

1) Schirrm. S. 65.

2) vgl. Harnack S. 47 51.

erst später geschrieben ist, als der Herzog, der an der Wahl selbst nicht teilgenommen hatte, vom Kreuzzuge zurückgekehrt war¹⁾.

Wir müssen nun zunächst etwas näher eingehen auf

3. Die Stellung der Curie zum Wahlvorrechte oder alleinigen Wahlrechte einiger Wähler (im zweiten Viertel des dreizehnten Jahrhunderts).

a. Stellung der Curie bis 1239.

Die Stellung der Curie zum Wahlrecht der deutschen Fürsten ergibt sich aus den Äusserungen der Curie bei ihren Machinationen gegen Friedrich den Zweiten. Im Jahre 1229 hatte der Pabst, wie der Fortsetzer der Sankt-Gallener Chronik berichtet²⁾, ausser hervorragenden Fürsten und Erzbischöfen Deutschlands auch Bischöfe und Barone gegen Friedrich aufzustacheln versuchte. Er hatte jedoch wenig Erfolg gehabt. 1239 excommunizierte der Papst Friedrich und suchte dann Reichsfürsten zu der Neuwahl eines König-Kaisers zu bestimmen; er gewann den König von Böhmen, den Herzog-Pfalzgrafen im Princip für seinen Plan. Die Erzbischöfe und Bischöfe, an die er sich gewandt hatte, schrieben ihm zurück: „er möge auf Frieden mit dem Kaiser denken, um kein Ärgerniss zu geben“; einige Reichsfürsten wiesen ihn engerisch in seine Schranken zurück: „Der Papst habe nicht das Recht einen Kaiser einzusetzen, sondern nur den von den Fürsten Erwählten zu krönen“³⁾. Der Papst scheint sich also, dass ergibt sich mittelbar aus diesen Nachrichten, an alle principes

1) vgl. Quidde S. 88 ff.

2) SS. II. 181. „concitatis ad hoc principibus Alemaniae quibusdam precipuis ac majoribus, episcopis et archiepiscopis ac boronibus in hoc assentientibus“.

3) Albert v. Stade ad 1240: „Quidam principum ei rescripserunt: „non sui juris imperatorem substituere, sed tantum electum a principibus coronare“. Die Gemeinersche Erklärung der Stelle ist ganz verkehrt.

gewandt zu haben, an alle Fürsten ohne Unterschied, deren Zustimmung zu seinen Plänen er zu bedürfen glaubte. In Beziehung auf das Wahlrecht ist die Anschauung der Principes wichtig.

b. Stellung der Curie bei der Wahl
Heinrich Raspes.

Mehr als bisher scheint die Stellung der Curie zum Wahlrechte der Fürsten ersichtlich zu werden aus der Adresse des Schreibens, das der Papst 1246 den „*archiepiscopi et principes Teutonie habentes potestatem eligendi Romanorum regem*“ übergeben liess¹⁾. Ihnen schreibt er: „*ut cum lantgravius Thuringiae imperii Romane negotium assumere sit paratus, eundem unanimiter absque dilationis dispendio eligatis*“. Durch ein anderes Schreiben forderte er alle Fürsten in gleicher Weise auf: „*totius diligentiae studium adhibere ut electio de Romano rege in imperatorem postmodum promovendum unanimiter celebretur*“. Während die Specialadressen dieses Schreibens erhalten sind: es war danach gerichtet an den Bischof von Würzburg, an den König von Böhmen, die Herzoge von Baiern, Brabant, Sachsen und Braunschweig, sowie an die Markgrafen von Meissen und Brandenburg; sind die Adressaten des ersten Schreibens, die zu kennen noch wichtiger für unsere Frage wäre, nicht bekannt.

Harnack meint nun, dass der Papst, da er das Schwanken der gesamten Wahlpraxis und die über das Kurrecht in Deutschland herrschende Ansicht gekannt haben müsse, die Frage, wem das Kurrecht zukomme, absichtlich zunächst unentschieden gelassen und es dem Legaten freigestellt habe, das zur Wahl auffordernde Schreiben denjenigen der überhaupt in Betracht kommenden Fürsten zuzustellen, welche sich den päpstlichen Wünschen möglichst geneigt zeigten²⁾. — Weiland charakteri-

1) vgl. Harnack S. 49 ff.

2) Harnack S. 50.

siert die hierin liegende Politik der Curie noch besser¹⁾. Dieser betrachtet die Frage der Stellung der Curie zu dem Wahlverfahren sehr eingehend. Er zieht noch heran die vor jenem ersten Ermahnungsschreiben an alle Fürsten liegenden Worte des Papstes in der Absetzungsbulle von 1245: „*illi autem, ad quos in eodem imperio spectat electio, eligant libere alium in ejus locum successorem*, ausserdem eine Stelle des Matthaeus von Paris zum selben Jahre: „*cum persuasisset papa, ut ipsi nobiles Alamanniae, ad quos spectat ius electionis, novum sibi eligerent imperatorem, et aliqui consensissent*“³⁾.

Diese Stellen zeigen den Gang der Wahllangelegenheit. Erst spricht der Papst, auf dessen Seite bereits die Erzbischöfe von Mainz und Köln und einige deutsche Bischöfe standen, nur ganz allgemein von denjenigen, denen das Wahlrecht zustände. Dann wendet er sich an alle deutschen Fürsten, sich für eine einstimmige Wahl zu bemühen und sendet darauf einen Legaten ab mit dem Auftrage, Heinrich von Thüringen zur Annahme der Candidatur zu bewegen, und giebt ihm ein Schreiben mit Blanco-Adresse an diejenigen Erzbischöfe und Fürsten mit, die er zur Wahl seines Candidaten willfährig finden würde; dann erfolgt die Wahl durch diese.

Beide päpstlichen Anschreiben stellen sich völlig auf den Rechtsstandpunkt des Sachsenspiegels. Scheint auch das zweite Schreiben anzudeuten, dass der Papst nur einer

1) vgl. Weiland S. 333.

2) das. S. 330/5.

3) Diese Stelle passt nicht zum Jahre 1245, sondern kurz vor die Wahl Heinrichs. Matthaeus von Paris zeigt sich vielfach schlecht unterrichtet über die deutschen Verhältnisse. Besser ist er dagegen über die Vorgänge in Lyon unterrichtet, da ihm die Aktenstücke zugänglich gewesen sind. Aus diesem Grunde und ausserdem, da seine Angabe nicht mit dem im Widerspruche steht, was wir sonst darüber wissen, dürfen wir diese Stelle unbedenklich mit in Betracht ziehen.

Anzahl bestimmter Fürsten allein das Wahlrecht zugesprochen habe; so folgt das nicht unbedingt aus den angeführten Worten, da er keine Fürsten namhaft macht; vielmehr geben sie der Auffassung Raum, wie ja auch Weiland und Harnack zugeben, dass der Legat das Schreiben den Fürsten überreichen sollte, die er für die Wahl Heinrichs günstig gesinnt fände.

Das erste allgemeinere Schreiben verlangt von allen Fürsten die im Sachsenspiegel ebenso der Gesamtheit zugeschriebene wahlvorbereitende Thätigkeit, die Einigung über einen Candidaten. Allerdings war deren Thätigkeit hier eine beschränkte, keine freie, da der Papst ihnen den Candidaten vorschrieb. Das zweite Schreiben verlangt die einstimmige Vollziehung der Wahl von den wahlberechtigten Fürsten, an deren Spitze natürlich die „ersten Wähler“ ihre Stimmen abgegeben haben würden und zwar in der von ihnen selbst anerkannten Reihenfolge, nicht in der vom Papste ihnen aufgedrängten, wie es aus dem Vorgehen des Papstes sich ergeben würde, wenn Weiland recht hätte mit der Behauptung, dass der Papst das Wahlrecht denen eo ipso zugesprochen hätte, denen der Legat das Wahlschreiben zustellte. Die Einladung zur Wahl erhielten alle bedeutenderen Fürsten, die der Curie günstig waren, ohne dass ihnen damit ein besseres Wahlrecht, als sie besaßen, zugesprochen worden und den andern nicht eingeladenen Wählern damit das Wahlrecht abgesprochen worden wäre. Eine solche Einmischung in das Wahlverfahren in dem von Weiland behaupteten Sinne kann der Papst gar nicht beabsichtigt haben. Er würde damit den grössten Widerspruch der Fürsten, die nicht zur Wahl eingeladen wurden, aber doch ein bevorzugtes Wahlrecht zu haben glaubten, hervorgerufen haben, wie schon 1239, als er gegen den Kaiser intrigierte, einige Fürsten („quidam principes“) seine Einmischung in die deutschen Verhältnisse auf das Entschiedenste zurückgewiesen hatten. Jener Anschauung hat sich Harnack an-

geschlossen, sie aber etwas abgemildert. Aber er trifft das Richtige auch noch nicht.

Zu den zur Wahl eingeladenen Fürsten („Principes“) gehörten ohne Zweifel auch die Bischöfe, die später bei der Wahl zugegen waren. Für die Grafen scheint nach der Adresse des Anschreibens dieses nicht bestimmt gewesen zu sein. Doch sind gewiss auf andere Benachrichtigung oder Einladung hin auch einige dem Candidaten des Papstes günstige Grafen ebenfalls zur Wahl erschienen und haben der Wahl zugestimmt, ob nur durch gemeinsame Zustimmung („applausus“) oder einzelne Stimmenabgabe, lässt sich nicht entscheiden¹⁾. Damit fällt auch bereits die Interpretation der Stelle durch Quidde, wonach von den geistlichen Fürsten nur Erzbischöfe zu den Adressaten gehört hätten²⁾.

Die Fürsten, die nicht für die Wahl Heinrichs waren und der Wahl fern blieben, waren durch das Vorgehen des Papstes nur für diesen einzelnen Fall gehindert, das ihnen zustehende Recht auszuüben³⁾. Die Curie ging in dieser Weise vor, um eine Wahl „*unanimiter*“ zu ihren Gunsten und für ihren Candidaten zu erzielen. So musste auch das Ergebnis das gewünschte werden. Und der Papst war demnach völlig berechtigt, an den Erzbischof von Mainz zu schreiben, dass Heinrich „*communi consensu principum in Romanorum regem electus*“ sei. Eine einmütige Wahl, natürlich nur seitens der die Wahl vollziehenden Fürsten, hat thatsächlich stattgefunden. Es ist unverständlich, wie Harnack sagen kann „der Papst habe damit entweder gelogen oder sei falsch berichtet gewesen“.

1) vgl. Meyer S. 170.

2) vgl. Quidde S. 107.

3) Maurenbrecher sagt S. 236 Anm. 1 zu den beiden Schreiben des Papstes von 1246: „dass die Curie eine besondere Berechtigung von 6 oder 7 Wahlfürsten noch nicht kenne und sich diese Unterscheidung noch nicht angeeignet habe“. Das ist dasselbe, was ich hier nachgewiesen habe.

c. Stellung der Curie bei der Wahl Wilhelms von Holland.

Ähnlich lagen die Verhältnisse bei der Wahl Wilhelms. Anwesend waren, wie oben bereits angegeben ist, ausser den Erzbischöfen und Bischöfen auch ein bedeutender weltlicher Fürst, der Herzog von Brabant, und ausser ihm eine Anzahl Grafen. Die Äusserung des Papstes an den Rektor von St. Maria in Cosmedin „*communi voto principum, qui in electione cesaris jus habere noscuntur, in Romanorum regem, applaudentibus ceteris principibus, est electus*“ wird allgemein so aufgefasst, dass der Papst scheide zwischen „*principes electores*“ und „*principes applaudentes*“¹⁾.

Quidde sieht gemäss seiner Auffassung von der Stellung der Curie zum Wahlrechte der Fürsten darin nur eine schärfere Präzisierung der Theorie des Papstes Innocenz III. vom Jahre 1203 von einem ausschliesslichen Wahlrecht einzelner Fürsten.

Harnack hat jene Stelle nicht so aufgefasst wie Quidde. Er glaubt aber auch, dass seitdem aus dem damals betonten „*principale jus*“ nun ein einfaches „*jus*“ geworden sei. Den Einwand, dass unter den „*applaudentes principes*“ Grafen, die mit anwesend waren und schon lange ein Wahlrecht nicht mehr hatten, zu verstehen seien, sucht Harnack damit zurückzuweisen, dass er behauptet, der Papst habe 1251 auch nur von einem Consens des Markgrafen von Brandenburg wie des Herzogs von Braunschweig gesprochen. Es heisst in dem Schreiben: „*in quem liberaliter et laudabiliter sicut decuit a suae promotionis initio consensisti*“. Diese Stelle beweist aber nicht, was sie beweisen soll, nämlich, dass ihnen der Papst nur den „*consensus*“ zugestanden habe. Eine nachträgliche Anerkennung eines früher gewählten Königs konnte auch nach den deutschen Rechtsbegriffen nur ein „*consensus*“, nicht eine „*electio*“ im eigentlichen Sinne, sein.

1) Vgl. Schirrm. S. 65. Weiland S. 335. Harnack S. 51/52. Quidde S. 108.

Damit ist aber die Hauptfrage noch nicht berührt. Unterscheidet hier der Papst zwischen „principes electores“ und „principes applaudentes“?

12

War das nach seinen Äusserungen vom vorigen Jahre ganz ungewiss geblieben, so scheint ein Unterschied hier etwas deutlicher ausgesprochen zu sein. Aber die Deutlichkeit ist doch nicht so gross, wie wir es wünschen müssten. Wir wissen nicht, welche Fürsten er zu der ersten Klasse rechnet. Das Dankschreiben des Papstes an die Wähler von 1147¹⁾ macht eine solche Unterscheidung nicht; es ist an alle Wähler von den Erzbischöfen bis zu den Grafen in gleicher Weise gerichtet und spricht ihnen in ganz gleicher Weise den Dank aus für die Bemühungen um die Wahl. Wir müssen uns dabei bescheiden, nur das aus den Worten des Papstes zu entnehmen, was darin liegt oder unmittelbar daraus folgt; wir dürfen hier nur annehmen, dass der Papst einige von den Wählern Wilhelms als eigentliche Wähler betrachtet hat, nämlich nur diejenigen, die ihre Stimmen zuerst abgegeben und gewiss auch zuerst die gemeinsame Wahlanzeige unterzeichnet haben, vielleicht nur die drei Rheinischen Erzbischöfe; die übrigen dagegen, weil jenen bei der Wahl folgend, die Kürworte jener nachsprechend, einzeln als „applaudentes“ angesehen, ähnlich wie es der Marbacher Annalist schon in Beziehung auf die Wahl von 1237 gethan hatte, aber sie dann unter dem Begriffe der „~~applaudentes~~ principes“ zusammengefasst hat. Wir dürfen aber nicht daraus schliessen, dass die zuerst genannten Principes bereits wirklich alleinige Wähler gewesen seien; es muss auch unentschieden bleiben, ob der Papst den Herzog von Brabant dazu gerechnet hat.

consenti

Es ist also, entgegen allen genannten Forschern, die diese Stelle in Erwägung ziehen, aus derselben nicht mehr

1) LL. II, 364: „Studium et sollicitudinem, quem in creatione charissimi in Christo filii nostri regis Romanorum illustris habuisse noscimini, dignis in Domini laudibus commendantes, gratiarum vobis, quas possumus, referimus rationes“.

zu entnehmen als aus dem Schreiben des Papstes am Anfange des Jahrhunderts; nämlich nur, dass der Papst geneigt war, einer Anzahl von Wählern, und zwar denen, die er als die angesehensten betrachtete, ein besseres, ein schwerer wiegendes Wahlrecht zuzuschreiben als den minder angesehenen. Jene Äusserungen hatten, wie oben ausgeführt ist, den Anstoss zu einer Bildung eines Collegiums mit gegeben. Die Entwicklung desselben nahm seitdem ihren Gang ohne päpstlichen Einfluss. Die Äusserungen des Papstes im Jahre 1247 können ja andeuten, dass diese Entwicklung fortgeschritten ist, aber zwingen nicht dazu das herauszulesen. Die Entwicklung erhält ihre Unterlage erst durch die Auffassung in Deutschland selbst¹⁾.

4. Die Auffassung des Wahlrechts in Deutschland.

Wir hatten die Entwicklung des Kurcollegiums bis zum Jahre 1237 verfolgt und hatten gesehen, dass sie auch damals noch nicht weiter fortgeschritten war, als es der Sachsenspiegel, d. h. das sächsische Landrecht, angiebt, dass allerdings bereits in Deutschland, wie aus der schon öfter erwähnten Stelle der Marbacher Annalen hervorgeht, sich die Anschauung zu bilden begann, dass einige Fürsten allein als Wähler zu betrachten seien. Diese Anschauung bildete sich in Deutschland weiter, gewiss mit infolge der Auffassung der Stelle des Sachsenspiegels und dessen Verbreitung und Anerkennung als geltenden Rechtes.

1) Anmerkung: Die Stelle des Matthaeus von Paris zum Jahre 1245, wo er sieben Fürsten als electores aufzählt, ist von mehreren Forschern für ein späteres Einschiebsel erklärt worden, und verdient schon um der augenfälligen Unrichtigkeiten und Widersprüche der beiden Listen zum Jahre 1245 und 1257 wenig Beachtung; sie besitzt keine Bedeutung für die Entscheidung unserer Frage. vgl. Schirmm. S. 69 ff. Meyer S. 134. Harnack S. 50 u. Anm. 1. vgl. Maurenbrecher S. 236 Anm. 1.

a. Äusserung des Herzogs von Baiern 1239.

Der Herzog von Baiern sprach, da er zugleich Pfalzgraf war, gegenüber dem Papste 1239 von einem Verzicht auf seine zwei Stimmen, die er auf Grund der Pfalzgrafschaft und des Herzogtums habe¹⁾.

Alle Forscher nehmen an, dass dem Pfalzgrafen-Herzoge zwei Stimmen zugestanden hätten. Der Erklärungsversuch von Wilmanns²⁾ ist durch Meyer widerlegt worden³⁾.

Harnack sagt ganz richtig, dass der Herzog beide Stimmen, die er sich zugesprochen hätte, als gleichartig betrachtete⁴⁾. Er zieht aber nicht die daraus abzuleitende Folgerung, dass ein rechtlicher Unterschied der Stimmen nicht bestand, dass die Stimmen wie früher der Bedeutung nach als gleich galten, dass es also, da die bairische Stimme der pfälzischen nach gleich, 1239 ein nach unten abgegrenztes Collegium bevorrechtigter Wähler noch nicht gab.

Quidde sieht einerseits die Vereinigung zweier mit Vorstimmrecht verbundenen Fürstentümer als günstig für die Anerkennung der Ansprüche anderer Fürsten auf ein Vorstimmrecht an⁵⁾; andererseits nimmt er später als sicher an, dass dem Pfalzgrafen-Herzoge zwei Vorstimmen zugestanden hätten⁶⁾, ohne den Widerspruch zwischen beiden Annahmen zu ahnen. Wenn ihm zwei solche Stimmen zustanden, wie konnten da andere Stimmen Anerkennung finden, andere Fürsten in das begrenzte, nur sieben Stimmen führende Collegium der sieben Wahlfürsten eintreten!

1) „Utinam Dominus noster Papa hoc ipsum jam fecisset, propter hoc enim vellem utrique voci renuntiare, videlicet palatii et ducatus, et dare super hoc ecclesiae pro me et heredibus meis publicum instrumentum“.

2) vgl. Wilm. S. 45.

3) vgl. Meyer S. 165.

4) Harnack S. 48 u. Anm. 3. u. S. 49. vgl. oben S. 109.

5) Quidde S. 48. 49. 99.

6) das. S. 100.

Maurenbrecher hält daran fest, dass der Herzog von Baiern gemäss seines Besitzes von zwei mit Wahlrecht ausgestatteten Fürstentümern wirklich zwei Stimmen bei der Königswahl gehabt habe. Es sei Gewohnheit gewesen, dass ein solcher Fürst für jedes einzelne Reichsfürstentum, das er besass, gesondert seine Stimme abgegeben habe¹⁾. Ich finde in der Zeit bis 1239 keine Spur von einer solchen Gewohnheit. Hätte er gesagt, dass ein solcher Fürst nach Gewohnheit berechtigt gewesen sei, zwei Stimmen getrennt abzugeben, so liesse sich darüber noch streiten.

Nach dem deutschen Verfassungs-Gewohnheits-Rechte galt der Grundsatz, dass jeder Fürst nur eine Stimme für seine Person hatte²⁾. Die bairisch-pfälzische Stimme mag dadurch, dass sie ein Fürst zu führen hatte, der über zwei Landschaften herrchte, auf deren Besitz bisher bereits zwei gewichtige Stimmen geruht hatten³⁾, grössere Bedeutung für die Wahlentscheidung erhalten haben; aber als 2 Stimmen zählte sie nicht. Der Schlusssatz der Äusserung des Herzogs deutet zweifellos an, dass er einen so grossen Wert auf seine Stimmen nicht legte, wie alle Forscher anzunehmen kein Bedenken tragen. Diese Überlegung führt zu der Vermutung, dass der Papst, der sich möglichst viele Stimmen für seinen Candidaten zu sichern suchte, dem Herzoge von Baiern auf Grund seiner beiden Vorstimmrecht begründenden Besitzungen zwei Stimmen zugesprochen hätte; dass dieser aber darauf verzichten zu wollen erklärte, da er sich damit der päpstlichen Politik ganz und gar verschreiben sollte. Diese Betrachtungen ergeben, dass um 1239 ein Kurcollegium noch nicht bestand. Sonst würde der Pfalzgraf sein Stimmrecht auch zu schätzen gewusst und nicht so leichthin jene Erklärung abgegeben haben.

1) vgl. Maurenbrecher, S. 235 Anm. 2.

2) vgl. oben S. 109.

3) vgl. Ficker Entstzt. S. 116.

b. Äusserung Alberts von Stade.

Bei den Wahlen von 1246 und 1247 erscheint ein Kurfürsten-Collegium nicht in Thätigkeit. Um so beachtenswerter ist aber die Ansicht des Albert von Stade über das

α. Wahlverfahren.

Die Stelle lautet:¹⁾ „*Electio enim ad istos dinoscitur pertinere. Ex praetaxatione principum et consensu eligunt imperatorem Treverensis, Moguntinensis et Coloniensis. Treverensis enim licet de Alamannia non sit, ratione antiquitatis eligit Palatinus eligit quia dapifer est, dux Saxoniae quia marescalcus, et margravius ue Brandenburg quia camerarius. Rex Bohemiae, qui pincerna est, non eligit, quia Teutonicus non est*“. Diese Äusserung zeigt uns, wie weit die Anschauung von einem Collegium vorberechtigter Wähler in Norddeutschland (Sachsen) bis zu den vierziger Jahren des Jahrhunderts fortgeschritten war²⁾. Dem sächsischen Verfasser ist jedesfalls der Sachsenspiegel bekannt gewesen; aber er giebt doch so viel Neues, dass man nicht annehmen darf, er gebe nur eine Interpretation der Stelle des Sachsenspiegels, im Sinne seiner Zeit. Er kennt noch die Vorberatung der principes vor der Wahl; aber als „Wähler“, den König mit Namen nennende, „kürende“ Fürsten erscheinen ihm nur sechs; sie allein üben das Wahlrecht aus gemäss der in der Vorberatung und Vorwahl getroffenen Entscheidung; aber die übrigen dort beteiligten Fürsten wählen in der Hauptwahl nicht mehr mit, haben ein Wahlrecht bei der feierlichen Kur nicht mehr. Das Wahlrecht der Erzbischöfe von Mainz und Köln steht über allem Zweifel fest; für das des Trierers fühlt sich Albert, da dieser als ein deutscher Erzbischof in gleichem

1) ad. ann. 1240: (Mon. Germ. SS. XVI).

2) Harnack S. 52; Quidde S. 108 f. Schirrm. S. 53 ff. Meyer S. 169 f. Die Stelle hat Albert nach Schirrmacher zwischen 1240 und 1256 geschrieben; Meyer setzt ihre Aufzeichnung in das Jahr 1241.

Sinne wie die von Mainz und Köln nicht galt, genötigt, einen Grund anzugeben. Diesen findet er in dem Alter des Erzbistums Trier.

β. Kurrecht und Erzämter.

Das Wahlrecht der drei weltlichen Fürsten, des Pfalzgrafen, des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg, glaubt Albert von Stade, beruhe auf ihren Erzämtern, dem König von Böhmen spricht er aber das Wahlrecht, das bei ihm mit dem Kurrechte gleichbedeutend ist, aus demselben Grunde ab wie der Ssp., „weil er ein Deutscher, deutscher Nationalität nicht ist“. Dem Wortlaute nach, wie im Hinblick auf die vorangegangenen Wahlen, selbst wenn wir die von 1246 und 1247 als vorher gegangen ansehen, erscheint die Stelle den meisten Forschern als eine Wahltheorie, die aus der Stelle des Ssp. abgeleitet sei. Aber in solche Abhängigkeit vom Ssp. dürfen wir Albert nicht setzen; denn zunächst ist schon durch die Darstellung der Wahl von 1237 in den Marbacher Annalen angedeutet, dass die Auffassung des Wahlrechts im Volke im Begriffe stand, von dem besseren zum alleinigen Wahlrecht einzelner Wähler fortzuschreiten. Hier bei Albert ist diese Anschauung in ihrer theoretischen Vollendung ausgesprochen. Bei einer Wahl war sie noch nicht zur Geltung gekommen. Es ist das die Anschauung, die sich gebildet hatte, seit man die im „sächsischen Lehnrechte“ genannten sechs Fürsten, die dem Papst die Rechtmässigkeit der Königswahl bezeugen sollten, als die ein für alle Male dazu berufenen Fürsten anzusehen sich gewöhnte; man lernte allmählich diese Fürsten als allein zur Ausübung der Königswahl berechtigt ansehen und mass den übrigen Fürsten nur noch das Recht der Mitwirkung bei den Vorberatungen und der Vorwahl bei¹⁾.

Albert von Stade begründet das Kurrecht der weltlichen Wähler entschieden durch den Besitz der

1) vgl. Quidde S. 109.

u

Erzämter. Wie er dazu kommt, lässt sich nicht mit Bestimmtheit entscheiden. Die Quellen jener Zeit berichten nichts über die Erzämter. Seit jenem glänzenden Reichstage 1209 zu Würzburg hatte ein einziger zahlreich besuchter glänzender Reichstag 1235 zu Worms stattgefunden aus Anlass der Vermählungsfeier Friedrichs des Zweiten. Wenn auch die Quellen nichts darüber erzählen, so hat dieser Reichstag doch Gelegenheit geboten zur Übung der Ehrendienste durch die Reichs-Erzbeamten, die nach dem Ssp. zugleich die ersten Wähler waren¹⁾. Es wurde anscheinend die Leistung der Ehrendienste als etwas so Selbstverständliches angesehen, dass die zeitgenössischen Schriftsteller es nicht für nötig hielten, das noch besonders hervorzuheben²⁾. Verfassungsrechtliche Schriften, wie die Rechtsbücher, gaben sie an; und Albert von Stade folgte dem Ssp. — Man wird also wohl dem wahren Sachverhalte am nächsten kommen, wenn man annimmt, dass Albert von Stade die Erzämter, die dem Verfasser des Ssp. an den ersten Wähler bereits als hervorstechende; sie von den übrigen Wählern unterscheidende und aus ihrer Zahl heraushebende Eigenschaften erschienen waren, jetzt, wo man kaum mehr wusste, wie die drei weltlichen Fürsten zu dem Ehrenrechte des Vortritts bei der Wahl gekommen waren, die Grundlage für ihr Kurrecht zu sein schienen. Mag auch wirklich die Darstellung des Ssp. ihm diese Auffassung eingeflösst haben, so hat doch unzweifelhaft im Volke zur Zeit der Abfassung des Ssp. die in diesem wieder gegebene Auffassung entweder bereits geherrscht oder ist in der Bildung begriffen gewesen, und hat sich diese dann teils von selbst weiter verbreitet und umgebildet, teils hat ohne Zweifel auch die Verbreitung des

1) vgl. Haedicke S. 85 ff.

2) So hatte ja auch zum Jahre 1184 der gut unterrichtete Gislebert die Übung der Erzämter nicht berichtet. Aber es beweist schon der von ihm erwähnte Streit um die Ehre des Schwerttragens, dass sie verwaltet worden sind.

Ssp. zu dieser Umbildung in dem Sinne, wie Albert uns zeigt, beigetragen. Die Annahme von Waitz, dass man für Brandenburgs Kurrecht nach einer neuen Grundlage gesucht habe, da eine solche für dieses nicht mehr in dem früheren Maasse oder überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen sei, ist eine irrige. Eine solche Auffassung hat damals sicher Niemand gehabt; doch weniger wurde eine solche der Anlass zu einer so allgemeinen Theorie, wie die Alberts ist, geführt haben. -- Diese Auffassung von der Beziehung des Erzamts zum Kurrecht kommt, wenn sie sich auch bereits im Volksbewusstsein festzusetzen begann, erst später ernstlich in Betracht, wie wir sehen werden; ja es scheint, als ob die Auffassung Alberts zur Weiterverbreitung dieser Auffassung noch beigetragen habe. Jetzt handelt es sich zunächst noch darum, welchen Fürsten dieses Wahlrecht zufiel, das Kurrecht welcher Fürsten Anerkennung fand.

c. Äusserungen der sächsischen Städte.

Im Jahre 1252 finden wir ein Zeugnis für das Kurrecht einiger dieser Fürsten. Der Papst bemühte sich sehr um die Anerkennung seines erwählten Königs Wilhelm seitens der sächsischen Fürsten und Städte und sandte einen Legaten nach Deutschland, um diese zu dessen Anerkennung zu bewegen. Dieser stösst aber auf die Weigerung derselben, ihn als König anzuerkennen: „*pro eo quod nobiles principes dux Saxoniae et marchio Brandenburgensis, qui habent vocem in electione praedicta*“, und erst nachdem diese „*electionem de predicto rege factam ratam habuerunt*“ gelingt es ihm, auch diese Städte zur Anerkennung zu bewegen¹).

Diesem Zeugnisse wird von allen Forschern die grösste Bedeutung beigelegt²); und es verdient ohne Zweifel auch die grösste Beachtung. Mit den Worten „*qui habent vocem in electione*“ ist ohne Zweifel ihr Wahlrecht anerkannt; sie werden den „*principes quorum intererat*“

1 vgl. Schreiben des Legaten an den Bischof von Lübeck (Urkd. der Stadt Lübeck I No. 182) 25. März 1252 und Böhmer-Reg. Wilhelms 4. 19. S. 951.

2) Schirm. S. 66 ff., Haedicke S. 31, Ficker S. 110, Weil. S. 335, Harn. S. 52 u. Anm. 3 u. 53, Quidde S. 102, Maurenbrecher S. 238 f.

regem eligere“, von denen Wilhelm erwählt war¹⁾, völlig gleichgestellt, aus der Zahl derselben als besonders für sie in Betracht kommend herausgehoben. — Der Ausdruck „*quorum intererat regem eligere*“, ist sehr allgemein und bezieht sich, wie auch spätere Äusserungen der Rheinischen Städte andeuten, auf alle Fürsten, nicht bloss auf die „Wahlfürsten im engeren Sinne“. Haedicke stellt ihn mit dem Ausdrucke „*ad quos spectat electio*“ auf eine Stufe und dem „*qui habent vocem in electione*“ entgegen²⁾. Der letztere Ausdruck ist ohne Zweifel specieller und enger. Der Ausdruck „*ad quos spectat electio*“ hat keinesfalls die Bedeutung, die Quidde dem Ausdrucke „*qui habent vocem in electione*“ zuschreibt, sondern steht dem allgemeinsten „*quorum interest eligere*“ viel näher als diesem Ausdrucke.

Es liegt in der Äusserung der sächsischen Städte nicht ausgesprochen, dass sie die Wahl Wilhelms für ungültig angesehen hätten, weil er nur von den Rheinischen Erzbischöfen und andern Fürsten, auch dem Erzbischofe von Bremen, mit erwählt sei; sondern es ist ein ähnlicher Fall wie der der Weigerung zweier geistlicher bairischer Fürsten bei der Wahl Lothars; für die Städte kam nur die Entscheidung ihrer Landesherren, des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg, in Betracht; und nur, weil diese jener Wahl noch nicht zugestimmt hatten, weigerten sie sich Wilhelm anzuerkennen, nicht etwa weil Fürsten ein Wahlrecht mit ausgeübt hatten, denen sie ein solches nicht zuerkannten. Beide werden auch nur von dem Erfurter Chronisten hervorgehoben. Beide Fürsten wählten Wilhelm nachträglich noch zu

13 1) Es heisst am Eingange des Schreibens an den Bischof von Lübeck: „*licet Dom. Wilh. fuisset a principibus, quorum intererat, legitime in regem electus tamen quia se aliquot civitates excusabant, dicentes quod*“ . . . und „*Wilhelmo non debebant intendere tamquam regi pro eo quod. etc*“.

2) vgl. Haedicke S. 31.

Braunschweig in feierlicher Weise, oder erkannten ihn, wie Maurenbrecher sagt, feierlich und öffentlich an¹⁾. Wenn die Städte den Markgrafen von Meissen und den Herzog von Braunschweig nicht besonders erwähnten, so thaten sie es nicht, weil beide nicht die Obergewalt in den sächsischen Landen, beide nicht die gleiche Bedeutung für sie hatten, wie die beiden genannten Fürsten.

Aus der Äusserung der Städte ergibt sich der Schluss, dass sie sowohl dem Herzoge von Sachsen wie dem Markgrafen von Brandenburg je eine Stimme bei der Wahl beimassen. Aber, weil sie diese beiden Fürsten nicht allein um ihres Kurrechts willen erwähnen, darf man aus der Nichterwähnung des Markgrafen von Meissen und des Herzogs von Braunschweig nicht unbedenklich den Schluss ziehen, dass sie diesen beiden Fürsten ein Kurrecht nicht zuerkannt, oder dass diese ein solches nicht besessen hätten. Für die Entscheidung über diese Frage müssen andere und wirkliche positive Zeugnisse herangezogen werden.

Wenn Harnack aus dem Schreiben des Legaten herauslesen zu sollen glaubt, dass dieser Sachsen und Brandenburg entschieden das Kurrecht zuspreche, da er ihren Beitritt zur Wahl Wilhelms zu Braunschweig „nicht als einen nachträglichen Consens, sondern als eine Wahl und Gültigkeitserklärung der früheren Wahl bezeichne“²⁾; so liest er zuviel aus dem Schreiben heraus. Der Legat spricht nur von einer Gültigkeitserklärung der früheren Wahl („*electionem factam ratam habuerunt*“), nicht zugleich von einer Wahl. Der gewählte Ausdruck lässt allerdings die Auffassung Harnacks zu; aber sie ist darum noch nicht richtig. Denn Harnack hat nicht genügend berücksichtigt, dass der Ausdruck „*qui habent vocem in electione*“ im Sinne der sächsischen Städte gebraucht ist, dass die für die Anerkennung gewählten Worte eine Consequenz der Anpassung

1) vgl. Maurenbrecher S. 238/9.

2) vgl. Harnack S. 53.

an die Worte der sächsischen Städte, ja sogar eine geschickte Umgehung der Ausdrücke sind, die der Legat hätte anwenden müssen, wenn er die Vorgänge in Braunschweig hätte als eine Wahl bezeichnen wollen.

Sich auf den König von Böhmen zu berufen, der ebenfalls der Wahl noch nicht zugestimmt hatte, lag für die sächsischen Städte noch ferner. Aus diesem ihrem Schweigen darf weder für noch gegen sein Wahlrecht etwas gefolgert werden. Und wenn der Erfurter Chronist zum Wahltage von Braunschweig erwähnt, dass der König Geschenke gesandt habe „*in signum electionis*“¹⁾, so sind die Forscher über die Bedeutung dieser Worte verschiedener Meinung. Sie ziehen in Betracht, dass der Marbacher Annalist ihn 1237 zu den „Wählern, denen die wirklich wählten“ gerechnet hat; erwägen ferner, dass der Papst 1239 ihn ebenso wie den Pfalzgrafen-Herzog als Wähler angesehen habe; sie lassen sich, namentlich Quidde²⁾ in ihrem Urteile beeinflussen dadurch, dass seine Abgesandten bei der Wahl 1257 zugelassen worden seien und die gewählten Könige ihn dann zu den sieben Wahlfürsten rechnen. — Harnack pflichtet der Ansicht Schirmmachers³⁾ bei, dass eine Wahl nie, auch eine nachträgliche nicht, durch Überreichung von Ehrengeschenken vollzogen werden könne⁴⁾, aber meint doch ein Zeichen der Anerkennung darin zu sehen, indem er die Worte: „*in signum electionis*“ doch mindestens deuten zu müssen glaubt als „*in signum ut electus esset*“, und hält es für möglich, dass dieser Vorfall sehr leicht missverständlich aufgefasst und zu Gunsten des Kurrechts Böhmens ausgebeutet werden konnte. — Maurenbrecher schliesst sich Harnacks Auffassung an, geht aber noch weiter. Er meint, der Böhmenkönig habe, indem er seinen

1) Böhmer, Fontes II, 411 „Rex enim Boemiae pretiosis regalibus donis in signum electionis eum honoravit“.

2) Quidde S. 37. 102 u. Anm.

3) Schirmmacher S. 67.

4) Harnack S. 53/54.

Beitritt zur Wahl noch besonders erklärt hahe, sein Verlangen, als bevorzugter Wähler mitbeteiligt zu werden erfolgreich angemeldet und in kluger Berechnung durch die dargebrachten Geschenke es erreicht, dass man dieser Erklärung freundliche Aufnahme gewährt habe¹⁾.

Solchen Ansichten gegenüber, wie sie Harnack und Maurenbrecher hier geäußert haben, muss ich ausdrücklich betonen, dass auf den Ausdruck „in signum electionis“ nicht so viel Gewicht gelegt werden darf: denn, mag der Chronist denselben auch, wie Harnack glaubt, oder im Sinne von: „in signum ut eum eligeret“, wie Maurenbrecher die Worte auffasst, gebraucht haben; so spricht er ja auch von einer Wahl durch die „ceteri magnates“ Sachsens, ja hebt hervor, dass auch die Bürger von Goslar Ähnliches gethan hätten²⁾. Das zeigt, wie irre es führt, wenn man die Äusserungen der Annalisten alle in gleicher Weise beachten und ausdeuten und auf diesen Ausdeutungen weiter bauen will. Auch die von Harnack angeknüpfte Befürchtung ist eine sehr überflüssige. Damals bestand noch eine lebendige Rechtsentwicklung, eine Entwicklung des Rechts im Volksleben; und man stützte seine Ansprüche nicht auf solche papierene Äusserungen eines Annalisten, sondern höchstens auf gewohnheitsrechtliche Thatsachen. Es ist aber sehr zu verwundern, dass sich auch Maurenbrecher, der sonst so besonnen vorgeht, hier zu gewagten Vermutungen hat verleiten lassen, für die keine Stütze zu finden ist. — Der König von Böhmen sprach Wilhelm durch Übersendung von Geschenken seine Anerkennung aus, wie es auch sonst öfter vorkam. Eine ganz besondere Huldigung und noch weniger eine Absicht für künftige Zeit seitens des Böhmen ist darin nicht zu sehen.

1) vgl. Maurenbrecher S. 239.

2) Chron. Erford. Böhmer FF. II. 411: Ubi eciam sequenti die rex Wilhelmus a marchione Brandenburgensi ac duce Saxoniae ceterisque huius terre magnatibus in Romanum sollempniter electus est principem Eodemque tempore cives Goslarienses fecerunt similiter“.

Wir werden später sehen, dass andere, und zwar äussere, Verhältnisse die Zulassung des Böhmenkönigs zur Teilnahme an der Wahl von 1257 wie seine Ausschlössung von der Wahl 1273 herbeiführten¹⁾.

5. Die Doppelwahl des Jahres 1257.

Welche Verhältnisse zeigen sich nun nach dem Tode Wilhelms bei der Wahl von 1257?

Das war seit langer Zeit die erste Wahl, die bei völliger Reichsvacanz vollzogen wurde, eine Wahl, bei der es sich also auch zeigen konnte, welche Fürsten ein Wahlvorrecht besassen, und bis zu welchem Punkte die Entwicklung dieses Vorrechts gediehen war.

Waren die bevorrechtigten Wähler uns bisher noch bei keiner Wahl als ein vereinigtcs Collegium entgegengetreten, hatten wir nur mehr oder weniger sichere Zeugnisse für das entscheidende Wahlrecht einzelner Fürsten gefunden, so giebt uns die Wahl von 1257 ein deutlicheres Bild darüber, wie weit die Entwicklung fortgeschritten war. Sie ist ein Markstein in der Entwicklung des Kurcollegiums.

Die verschiedenen vorberatenden Versammlungen, welche 1256 behufs Einigung über die aufzustellenden deutschen Candidaten stattfanden, verliefen ergebnislos. Dann traten Ausländer als Bewerber um den Thron auf, Richard von Cornwallis und Alfons von Castilien, und liessen durch Abgesandte für ihre Wahlen werben. Der Papst begünstigt, ohne sich besonders zu bemühen, den Engländer Richard.

Hier tritt uns nun das erste Mal bestimmt entgegen die Thatsache, dass man nur Gewicht legte auf die Stimmen von sieben Fürsten. Und wenn das hier die Ausländer thun, so mussten sie es auf vorherige Erkundigung hin von den deutschen Fürsten selbst erfahren haben, auf

1) vgl. Quidde S. 102/3. vgl. S. 255 ff.

welche und auf wieviel Stimmen es ankomme und welche Fürsten sie zu gewinnen suchen mussten. Thomas Wikes, der Abgesandte Richards, nennt diese sieben Fürsten¹⁾. Es sind die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, die Herzöge von Sachsen, Baiern und Österreich und der Markgraf von Brandenburg. Mit dem Herzoge von Baiern ist ohne Zweifel der Pfalzgraf gemeint, der sonst bei den Verhandlungen genannt wird; *dux Austriae* war damals der König von Böhmen, nachdem er sich in den Besitz der österreichischen Länder gesetzt hatte. Von diesen Fürsten gewinnt Thomas Wikes für Richard durch Handsalben Mainz, Köln und Pfalz; und Richard hat sich gegenüber dem Erzbischofe von Köln zufrieden erklärt, wenn er diese drei Fürsten für sich habe²⁾. Die Wahl erfolgt. Und er erhält diese drei Stimmen; der Erzbischof von Köln giebt die Stimme des durch Gefangenschaft zurückgehaltenen Mainzers mit ab³⁾. Der Gegenkandidat Alfons wurde 3 Monate später vom Erzbischof von Trier, zugleich im Namen der Fürsten von Sachsen, Brandenburg und Böhmen, gewählt. Auch für Richard hatten sich früher die Abgesandten des Königs von Böhmen erklärt. An dessen Wahl hatte sich auch der Herzog von Baiern (Niederbaiern) persönlich mit beteiligt, wie die Annales

1) Böhmer FF. II 451: „Sunt autem septem principes Alamanniae, ad quos potestas regem eligendi specialiter pertinere dignoscitur; videlicet tres ecclesiastici et quatuor seculares. Primus ecclesiasticorum archiep. Mogunt., secundus archiep. Colon., tertius archiep. Trever. Primus secularium dux Bavariae, secundus dux Saxoniae, tertius dux Austriae, quartus marchio Brandenburgensis“.

2) Niederrhein. Ukdbch. II S. 232 „vel si ipse horum trium, moguntinensis, coloniensis et comitis Palatini Rheni non fuerit electione contentus“

3) Rayn. ad 1263 § 54: „Coloniensis pro se ac dicto Moguntino, cujus vices gerebat, et comite presenti ac consentiente elegit te in regem Romanorum“.

Altahenses¹⁾ und die Annales S. Rudberti Salburgenses²⁾ bezeugen. Ausser diesen waren bei beiden Wahlen auch noch andere Fürsten anwesend gewesen, wie ebenfalls die Quellen berichten³⁾.

6. Die Entwicklung des Kurfürstencollegiums von 1230 bis 1257.

(Zusammenfassender Rückblick.)

21
Aus der Betrachtung der Wahl von 1257 und der Nachrichten über dieselbe und zu ihr ergibt sich, dass die Entwicklung eines Kreises allein berechtigter Wähler bereits soweit fortgeschritten war, dass nur die Stimmen von sechs (oder sieben) Wählern Beachtung fanden, wie die Stelle bei Thomas Wikes zeigt. Als entscheidende Stimmen galten nur sechs, sonst hätten drei Stimmen für Richard nicht genügt, um ihm die Wahl zu sichern. Ausser diesen beteiligten sich nur wenige andere Fürsten an der Vorwahl; noch weniger nahmen an der Hauptwahl teil, nämlich nur diejenigen, welche nicht gesonnen waren, so leichthin auf das Kurrecht zu verzichten, wie der Herzog von Braunschweig, ein übrigens erst 1235 ernannter neuer Herzog, es gethan hatte; es war das ausser dem Könige

1) M. G. SS. XVII 397. „Ubi (in Frankfurt) dum quidam convenissent, Moguntinus et Coloniensis archiepiscopi et Ludovicus comes palatinus Rheni et frater ejus dominus dux Bavariae in Richardum convenerunt“.

2) SS. IX. 764. „Ludovicus comes palatinus Rheni et Henricus dux Bavariae cum episcopis Moguntino et Colon. fratrem regis Anglie in regem Rom. accepta . . . pecunia elegerunt“.

3) Rayn. ad. 1263. § 54: „cum prelati ducibus et aliis ibidem presentibus“. — Ann. S. Rudberti 794 „Marchio Brandenb. cum ceteris electoribus imperii et principibus ac nobilibus totius Sueviae de consilio domini papae ac aliorum principum regem Castellae de Hispaniae in regem Romanorum elegerunt“. — Ann. Altah.: „Dominus autem Treverensis ep. cum aliis quibusdam principibus consentire nolens electioni predictae, tribus literis et auctoritate regis Boemiae, ducis Saxonie, marchionum de Brandenburg, et multorum principum, elegit dominum Alphonsum regem Hispanie“.

von Böhmen der Herzog von Niederbaiern. Nachdem die Zahl der Wahlfürsten durch die (politische) Entwicklung und das Aussterben einiger Fürstenhäuser so sehr zusammengeschrunpft war, hatten die 1257 die Wahl vollziehenden Fürsten die Wahlentscheidung allein in der Hand. Es waren das die sechs Fürsten, welche das sächsische Lehnrecht als Wahlzeugen und das sächsische Landrecht als „Erste an der Kur“ genannt, Albert von Stade als „Wähler“ schlechthin bezeichnet hatte. Ihr Ehrenrecht bei der Wahl hatte sich allmählich zu einem ausschliesslichen Recht entwickelt auf Grund der sich aus jenem oben gekennzeichneten päpstlichen Wunsche ergebenden Konsequenzen und später sicher mit unter dem Einflusse, den die Rechtsbücher (bei ihrer Verbreitung und Anerkennung) auf die Rechtsanschauung des ganzen deutschen Volkes ausübten.

Wie viel die Erzämter dabei zur Begründung der Wahlvorrechte und des alleinigen Wahlrechts beigetragen haben mögen, lässt sich nicht ermitteln, da sie ausser von Albert von Stade in diesem Zeitabschnitte nirgends erwähnt werden. Nur das steht fest, dass drei von diesen Wahlfürsten, alle weltlichen, Erzbeamte waren. Zur Stützung und Anerkennung des Wahlrechts des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg mögen sie, das darf man zugeben, etwas beigetragen haben¹⁾. Drei mächtige Fürstenhäuser, die sicher nicht leicht mit ihren Ansprüchen zurückgetreten wären, die von Österreich, Thüringen und Brabant, erloschen in der zweiten Hälfte des vierten Jahrzehnts. Baierns Wahlrecht war auf dem Wege verloren zu gehen, da es in diesem für die gewohnheitsrechtliche Entwicklung des Wahlrechts so ausnehmend wichtigen Zeitraume einen besonderen Herzog von Baiern neben dem Pfalzgrafen nicht gab²⁾. Das Herzogtum Schwaben ging sozusagen ein, da es in dieser Zeit immer mit dem kaiserlichen Hause vereinigt und in den Händen des erwählten deutschen

1) vgl. Quidde S. 100.

2) vgl. Quidde S. 100.

Königs Conrad war. Die übrigen Fürsten zogen sich, da ihr Wahlrecht mehr und mehr an Bedeutung verlor, immer mehr von den Reichsangelegenheiten zurück¹⁾. Der Herzog von Braunschweig, der erst in diesem Zeitraume ernannt war, mass sich ein Kurrecht überhaupt nicht bei, hätte als neuer Herzog ein solches auch nicht erlangen können. So wurde das vorzugsweise Wahlrecht jener „sechs“ durch die verfassungsrechtliche Entwicklung nach und nach ein ausschliessliches.

Unrichtig ist es, wenn behauptet wird, dass die bekannten sechs Fürsten sich das ausschliessliche Wahlrecht angemasst hätten, oder dass der Papst durch seinen Einfluss das Wahlrecht auf diese geringe Zahl von Fürsten zu beschränken gesucht habe. Mit letzterer Behauptung steht im Widerspruche die Stellung der Curie, wie sie sich noch in den vierziger Jahren zeigt, wo der Papst alle ihm günstigen Fürsten, die es ihm gelingt zu finden, als Wähler nimmt. Ebenso unrichtig ist die Behauptung Quidde's, dass die „ersten Wähler“ in ihrem persönlichen Interesse, um recht viele Vorteile für sich aus den Wahlen herauszuschlagen, die übrigen Fürsten zurückgedrängt hätten²⁾. In diesem Zeitabschnitte steigerte sich das ihnen vor 1230 durch die Eigenschaft der Fähigkeit, dem Papste die Rechtmässigkeit der Königswahl bezeugen zu können, gewährte und durch das sächsische Landrecht in Beziehung auf die Wahl präzisirte Übergewicht über die übrigen Fürsten ganz von selbst; und die Folge dieser Steigerung war das Zurücktreten der übrigen Fürsten hinter ihnen bei der Wahl. Erst später, als sie die alleinigen Wähler waren, nützten sie ihre Stellung im Reiche in ihrem Interesse aus.

1) vgl. Haedicke S. 38 ff. u. Quidde S. 112.

2) vgl. Quidde S. 112/3.

IV. Abschnitt.

Das Kurcollegium seit 1257.

Wir betrachten zunächst

1. Das Zurücktreten der grossen Mehrzahl der Fürsten von der Wahl.

Die sechs Wahlfürsten, deren Stimmen das entscheidende Gewicht bei den Wahlen von 1257 beigelegt worden war, wuchsen seitdem wie von selbst zu einem Collegium allein berechtigter Wähler, Kurfürsten, „electores principes“, zusammen. Der Herzog von Baiern und der König von Böhmen machten aber jetzt noch entschiedene Anstrengungen, um durchzusetzen, dass sie und ihre Stimmen bei den Wahlen die gleiche Beachtung fänden, wie sie 1257 die bekannten sechs Fürsten gefunden hatten, und um jetzt, wo sich der Kreis der engeren Wahlfürsten schliessen zu wollen schien, in diesen Kreis hinein zu kommen und das gleiche Kurrecht wie diese zu erhalten. Die übrigen Fürsten aber traten immer mehr zurück. Sie dachten nicht daran, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, waren im Vergleich zu jenen 8 auch zu schwach, um es zu können.

Diese zuletzt bezeichneten Fürsten kommen zunächst nur noch in Betracht als vorberatende Fürsten bei der Vorwahl und als bloss zustimmende bei der Haupt-

wahl¹⁾. Das deutet der Bericht der Abgesandten Richards an den Papst an mit den Worten: „*cum prelati, ducibus et aliis ibidem presentibus deliberatione prehabita, de ipsorum communi consilio et assensu ad electionem procedere decreverunt*“²⁾. Auch den Ausdruck „*specialiter*“ in demselben Berichte³⁾ zieht Quidde zum Beweise für ihre Teilnahme noch an der Vorwahl von 1257 heran; ferner den Beschluss der Rheinischen Städte vom 12. März 1256, Gesandte zu senden an diejenigen Fürsten „*ad quos spectat regis electio*“ mit dem dringenden Ersuchen, ihre Wahl einträchtig auf eine Person zu lenken⁴⁾, da ihre Bitte auch an andere als die eigentlichen Wahlfürsten, wie an den Herzog von Braunschweig gerichtet wurde. Dieser ist mit dem Herzoge von Sachsen und den Markgrafen von Brandenburg auf dem vorberatenden Tage der sächsischen Fürsten zu Wolmirstedt am 5. August 1256 bei der Designation des Markgrafen Otto von Brandenburg zum Candidaten für den erledigten Königsthron beteiligt gewesen⁵⁾. Er zeigt dem Städtebunde diese Designation auch mit an⁶⁾, giebt aber seine Thätigkeit an als Unterstützung⁷⁾, während der Markgraf von Brandenburg von seinem Wahlrechte spricht⁸⁾. Darauf hat Quidde hingewiesen⁹⁾. Er hebt zu diesen Zeugnissen ganz richtig hervor, dass die Einen allein das Wahlrecht hatten, die Andern dagegen sich selbst nicht mehr als zur Wahl berechtigt betrachteten; und er betont weiter, dass das

1) vgl. Quidde S. 110 ff.

2) Rayn. ad. 1263. § 54.

3) das. § 51 „*principes ad quos specialiter spectat Romani regis electio*“.

4) Mon. Germ. LL. II, 376.

5) vgl. Haedicke S. 35.

6) M. G. LL. II. 378.

7) Er sagt von sich: „*cui si in regem, ut speramus, fuerit sublimatus, omni quo possumus consilio favore non volumus deesse*“.

8) Er sagt von sich: „*quam in regem postposito omni dubio eligemus*“.

9) vgl. Quidde S. 111.

ganz der von Albert von Stade geäusserten Ansicht entspricht. Diese Anschauung, der Albert Ausdruck verleiht, hatte jedenfalls bis 1257 allgemeinere Anerkennung gefunden, war anerkanntes Recht geworden.

Die Stellen, die Quidde hier heranzieht und aus denen er diese Folgerung ableitet, zeigen gleichzeitig, dass seine Annahmen für die erste Zeit des Jahrhunderts nicht richtig sind. Das „*specialiter*“, welches jetzt noch die Gesandten Richards gebrauchen, entspricht ganz dem von Innocenz III. angewendeten „*principaliter*“, widerspricht aber auch der für jene Zeit aufgestellten Behauptung, dass der Papst mit den Worten „*ad quos spectat electio*“ den bis dahin vorzugsweise berechtigten Wählern ein „ausschliessliches Wahlrecht“ zugesprochen habe. Andererseits würde, wenn Quiddes dort geäusserte Ansicht richtig wäre, mit dem Ausdrucke der Städte „*ad quos spectat electio*“ auch dem Herzoge von Braunschweig, an den sie das Schreiben ebenfalls richten, ein ebensolches ausschliessliches Wahlrecht zugesprochen werden, wie den eigentlichen Wahlfürsten. Das ist aber unrichtig: denn Quidde selbst zeigt, dass er ein solches nicht besass, sich ein solches auch nicht beimass.

Das Recht der Teilnahme auch der nicht mehr wahlberechtigten Fürsten an der Vorberatung bezeugt auch Hermann von Nieder-Altaich, wenn er zur Wahl von 1257 schreibt: „*principes regni pro eligendo rege jam diu habitis diversis conventibus, tandem diffinitivum electionis diem in octova epiphanie statuerunt in Frankfurt celebrandum*¹⁾“.

Harnack führt noch ein weiteres Zeugnis für diese mitbestimmende Thätigkeit der von der aktiven Beteiligung an der Hauptwahl ausgeschlossenen Fürsten an, nämlich die Aufforderung des Papstes Urban IV. an den Bischof von Constanz 1262, die Wahl des jungen Conradin nach

1) M. G. SS. XVII. 397.

Kräften zu verhindern¹⁾. Harnack weist ferner darauf hin, dass die übrigen Fürsten, die auf dem Wahltage mit anwesend waren, durch ihre Zustimmung nur die Wahl der Kurfürsten legalisierten²⁾.

Haedicke führt die Mitbeteiligung anderer Fürsten als derjenigen, welche als zur engeren Wahl allein berechtigt angesehen wurden, noch an, dass der etwa um 1260 verfasste, auf den Sachsenspiegel zurückgehende Deutschenspiegel, noch die Gleichberechtigung aller Fürsten, geistlicher wie weltlicher, bei der Wahl hervorhebe³⁾: denn sonst könnte derselbe den diese aussprechenden Satz des Sachsenspiegels nur in modificierter Form aufgenommen haben. Der Schwabenspiegel dagegen, der nach 1273 abgefasst ist, erwähne die übrigen Fürsten nur ganz beiläufig. Es habe also in dieser Zeit von etwa 1257 bis 1273 die Mitwirkung anderer Fürsten bei der Vorwahl ebenso wie bei der Kur fast alle Bedeutung verloren.

4 Quidde geht aber ohne Zweifel zu weit, wenn er behauptet, dass der consensus, die Zustimmung der übrigen Fürsten schon bei der Wahl von 1273 völlig weggefallen sei⁴⁾. Dieser consensus wird zwar hinfort nicht mehr erwähnt, aber hat doch wahrscheinlich noch eine Zeit lang stattgefunden, wenn er auch seine Bedeutung für die Legalisierung der Wahl verloren haben mag. Ich schliesse das aus der Stelle des Schwabenspiegels, wo es heisst: „dass die Wahlfürsten *sullen dar gebieten zuo dem gespraechen ir gesellen, di mit in da wein sullen; darnach den andern*

1) vgl. Harnack S. 55. Anm. 1. „nullo unquam tempore procures per te vel per alium, quod idem puer in regem vel imperatorem eligatur, nominetur vel quomodolibet assumatur nullamque ad hoc opem impendas vel operam, quin immo ejus electionem, nominationem, si de illa tractari contigerit, toto posse impedire procures“.

2) Rayn. ad 1263 § 54: Die Wahl wird: „magnatum et aliorum astantium copiosae multitudini“ publiziert.

3) vgl. Haedicke S. 40.

4) vgl. Quidde S. 112.

*Fürsten als vil sie dar gehaben mugen*¹⁾“. Ferner weise ich darauf hin, dass der Burggraf von Nürnberg bei den Vorverhandlungen zur Wahl Rudolfs noch sehr stark beteiligt war. Zum Beweise meiner Ansicht kann auch dienen die gegenseitige Verpflichtung der Rheinischen Städte 1272, nur einem „einmütig gewählten König anzuerkennen und ihm die Thore zu öffnen²⁾“. Das beweist, dass sie doch indirekt das Recht für sich in Anspruch nahmen, die Kurfürsten zu bestimmen, einmütig eine Wahl zu vollziehen. Und wie die Städte ein solches Recht in Anspruch nehmen konnten, so werden wenigstens 1273 noch die nicht kurberechtigten Fürsten noch ein eben solches Recht vor der Kur und um so mehr noch das Recht der Zustimmung zu der von den Kurfürsten vollzogenen Wahl auf dem Wahltage selbst besessen und geübt haben. Wie wären sonst auch die Kurfürsten dazu gekommen, 1308 durch einen förmlichen Beschluss ihre Anwesenheit bei der Wahl auszuschliessen³⁾.

2. Ansprüche des Königs von Böhmen auf das Kurrecht.

Zu den Wahlfürsten drängte sich der König von Böhmen. Seine aussergewöhnliche Machtstellung im Reiche oder neben demselben sicherte ihm schon an sich einen gewissen Einfluss wie auf die deutsschen Verhältnisse überhaupt, so auch auf die deutschen Königswahlen, hauptsächlich seit der Zeit, wo die Reichsgewalt an Stärke abnahm und zwei Parteien sich bildeten und um die Vormacht rangen⁴⁾.

1) Schwsp. ed. Lassberg c. 139. Der Schwsp. ist nach 1273 verfasst, vgl. zur Sache Ficker „Entstzt“ S. 121.

2) M. G. LL. II. 382.

3) vgl. Ficker S. 113.

4) vgl. oben S. 193 ff.

Von Friedrich dem Zweiten begünstigt, hatte er an der Wahl von 1237 anscheinend an hervorragender Stelle teilgenommen; dann war er von der Curie und ihrer Partei im Reiche begünstigt worden.

War er an den Wahlen von 1246 und 1247 so wenig wie die übrigen weltlichen Wähler beteiligt gewesen, so wurden seine Abgesandten bei beiden Wahlen von 1257 zugelassen von beiden Parteien, und durch sie wählte er beide Male mit, doch gewiss nicht auf Grund eines rechtlich begründeten Anspruchs, auch nicht eines gewohnheitsrechtlichten. Beide Parteien liessen ihn oder seine Abgesandten ein Wahlrecht ausüben, um ihren Candidaten die grössere Macht der Anhänger zu sichern. Dass er beide wählte, gab keinem der Gewählten die Mehrheit. Der König verfolgte sicher dabei den Zweck, von keinem aus den von ihm in Besitz genommenen österreichischen Landschaften, frei gewordenen und an das Reich zurückgefallenen Reichslehen, verdrängt zu werden. Es waren also rein politische Gründe, die ihn veranlasst hatten, an beiden Wahlen teilzunehmen, und die auch seine Zulassung zur Wahl herbeigeführt hatten. Hatten die Kurfürsten beider Parteien ihm die Teilnahme an den Wahlen gestattet, so rechneten auch beide gewählten Könige seine Stimme für sich und erkannten damit, auch ohne es wirklich auszusprechen, das geübte Wahlrecht des Böhmen an. Und nun erhielt sein Wahlrecht auch eine gewissermassen urkundliche Nennung und Anerkennung durch die päpstliche Bulle vom Jahre 1263. Zu jenen „sechs Ersten an der Kur“ hatte er nicht gehört. Sein Herandrängen zu den deutschen Königswahlen verschaffte ihm den Eintritt in die Zahl derselben, als sie bereits allein das Wahlrecht übten. Die Anschauung des deutschen Volkes, zunächst des sächsischen Stammes, verwahrte sich gegen seinen Anspruch auf ein Wahl- oder gar Kurrecht. Mit der Zulassung zu den Wahlen des Jahres 1257 hatte er sich eine stille Anerkennung seines Anspruchs errungen.

Die Volksanschauung musste nun folgen. Wie diese Angelegenheit sich verhielt, das spricht Heinrich von Segusio, der die deutschen Verhältnisse kennen gelernt hatte, der 1272 starb, zuerst ganz richtig aus in einer Glosse zu dem Worte „illis“ in dem Dekretale „Venerabilam“ von 1203: „*Et septimus est dux Bohemiae, qui modo est rex. Sed iste secundum quosdam non est necessarius, nisi quando illi discordarent, nec istud habet ab antiquo, sed de facto hodie tenet*¹⁾“. Der König von Böhmen behauptet also ein Wahlrecht „de facto“, d. h. er errang es durch thatsächliche Ausübung, besass es aber nicht, wie die übrigen sechs Wahlfürsten „ab antiquo“, d. h. seit früherer Zeit, hatte nicht ein aus früherer Zeit herrührendes Anrecht darauf. -- Was seine Zulassung nur bei zwiespältigen Wahlen betrifft, die „quidam“ ihm einräumten, so ist das weiter nichts als ein Erklärungsversuch des thatsächlichen Zustandes; sein Kurrecht datierte erst von der zwiespältigen Wahl von 1257 her und war daher auch noch nicht über allen Zweifel erhaben. Die Erklärung war den thatsächlichen Verhältnissen bei der Wahl von 1257, wo die Entscheidung von seiner Stimme abhing, entnommen²⁾.

1) Auf diese Notiz gehen nach Waitz „Reichstage“ Forsch. XIII (S. 209) zurück die späteren Schriftsteller Joh. von Victring. der Traktat „de coronatione imperatoris“, der Dichter Muscatblüt und Egnatius (vgl. Schirm. S. 95 und Haedicke S. 56).

2) vgl. Haedicke S. 21.24; Schirm. S. 94 ff. Wenn der Erfurter Chronist sagt, dass der Böhmenkönig „in signum electionis“ 1552 Geschenke nach Braunschweig geschickt habe, so ist es zwar möglich anzunehmen, dass er bereits die Auffassung von einem Wahlrecht gehabt habe, aber es ist durch jene Worte diese Annahme nicht gefordert. Anerkennen konnte der König Wilhelm, auch ohne ein Wahlrecht zu besitzen mehr ist aus den Worten nicht zu entnehmen. vgl. oben S. 134 ff. Wenn Quidde S. 102 sagt, dass „auch Wilhelm selbst und der päpstliche Legat die besondere Bedeutung seiner Wahlstimme ebenso wie der Stimme der Fürsten von Sachsen und Brandenburg anerkannt habe“, so liegt für diese Behauptung kein Beweis vor.

Die Versuche, ihm die Candidatur für den deutschen Königsthron anzutragen, die in der Zeit von 1257 bis 1273 gemacht worden sind, sprechen nicht für seine Gleichstellung mit den übrigen deutschen Fürsten, da ja 1257 auch auswärtige Fürsten, die als Wähler des deutschen Königs überhaupt nicht in Betracht kommen konnten, als Candidaten auftraten und zu deutschen Königen gewählt wurden. Die Einladungen, die er 1262 und 1268 zu den Wahltagen erhielt, beweisen, wie Schirmmacher hervorhebt¹⁾, nicht, dass die einladenden Kurfürsten ihn thatsächlich als einen ihnen gleich berechtigten Wähler angesehen haben. Mag dem sein wie ihm wolle. Sicher ist, dass sie ihn zur Teilnahme an der Wahl von 1273 nicht zugelassen haben²⁾. In welcher Weise die Bevollmächtigten des Herzogs von Baiern bei dessen Ausschlüssung beteiligt waren, lasse ich dahin gestellt sein. In dieser Thatsache liegt nicht ausgesprochen, dass die Kurfürsten ihm das Wahlrecht abgesprochen haben. Wie für seine Zulassung 1257 politische und Machtverhältnisse den Ausschlag gaben, so sind es hier sicher ähnliche Verhältnisse gewesen, die seine Ausschlüssung herbeiführten. Damals mussten die Parteien ihn zulassen, weil jede ihrem Candidaten die grössere Macht sichern wollte. Jetzt waren die übrigen Kurfürsten einig über einen Candidaten und konnten vereinigt ihm allein die Spitze bieten, zumal da sie auch den Papst auf ihrer Seite hatten. Der Papst rechnete ihm seit 1263, wo er ihn in die „septem“ Wähler eingeschlossen hatte, allerdings zu den Kurfürsten: denn er sagt 1274 in einem Schreiben an Alfons: „Rudolf sei gewählt: „*cum favore omnium vocem in electione Imperatoris habentium uno dumtaxat excepto ceterorumque regni ejusdem principum magnatum et aliorum*“³⁾.

1) vgl. Schirmmacher S. 115 ff.

2) Rayn. ad. 1274 § 45 u. Urkunde vom 15. Mai 1275: „*contradictione regis Bohemiae a principibus electoribus omnibus tam ecclesiasticis quam laicis non admissa*“.

3) Rayn. ad. 1274. § 45.

Fe 12

Inzwischen, d. h. bis 1260, hatte sich im Gefolge der tatsächlichen Verhältnisse bei der Wahl von 1257 und im Schritt mit der zunehmenden Anerkennung des böhmischen Wahlrechts auch die im Sachsenspiegel und von Albert von Stade so scharf ausgesprochene Anschauung etwas gemildert. Der um 1260 verfasste „Spiegel deutscher Leute“ sagt bereits von ihm *„ob er ist ein teutzher man“*¹⁾ d. h. für den Fall, dass er ein Deutscher (Mann) ist. Der im Anfange der siebziger Jahre verfasste „Schwabenspiegel“ spricht sich noch milder aus: *„dise vier suln tushe man sin von vater und muter oder von ir eintwedern“*²⁾ oder *„von ir aim“*; denn man konnte dem Böhmenkönige das Kurrecht nicht mehr ganz bestreiten, und darum meint man, es genüge schon seine deutsche Abstammung mütterlicherseits für seine Befähigung zur Wahl des deutschen Königs.

Aus dem Allen geht hervor, dass das Kurrecht des Königs von Böhmen noch in der Schwebe blieb, aber bereits auf dem Wege war, Anerkennung zu finden. Eine rechtliche Anerkennung fand es erst 1290 durch Urkunde³⁾ durch König Rudolf.

Wir kommen nun zu der Frage der

2. Ansprüche des Herzogs von Baiern auf das Kurrecht⁴⁾.

1255 bei dem Tode des Pfalzgrafen Otto waren die Wittelsbachischen Besitzungen wieder getrennt worden. Der eine Sohn, Heinrich, erhielt nur Niederbaiern, führte aber neben dem Titel Herzog von Baiern auch den Titel

1) vg. Ficker „Spiegel deutscher Linde“ S. 149 und Harnack S. 59. Anm. 1.

2) Landrecht. Lassberg § 130.

3) s. unten S. 158 ff.

4) vgl. Schirm. S. 119 ff. Wilmanns S. 51 ff. Meyer S. 171 ff. Weiland S. 310 ff. Harnack S. 59 ff.

Pfalzgraf bei Rhein; sein Bruder Ludwig erhielt die Pfalzgrafschaft bei Rhein und Oberbaiern. Beide nahmen persönlich an der Wahl von 1257 teil. Das bezeugen, wie schon oben bemerkt ist, die bairischen Quellen¹⁾, sowie 1275 der Pfalzgraf Ludwig vor dem Kaiser in Augsburg²⁾. Dagegen wird der Herzog von Baiern nicht erwähnt bei den Verhandlungen Richards mit den Wahlfürsten, noch in dem Berichte der Abgesandten Richards vor dem Papste, der in dem Breve des Papstes von 1263 wiedergegeben ist.

Die verschiedenen Forscher haben nun verschiedene Erklärungsversuche für diese sich widersprechenden Nachrichten gemacht. Die einen zählen acht Stimmen bei den Wahlen von 1257 und sehen die Stimme des Herzogs wie die Böhmens den übrigen als gleich an; andere meinen, dass der Herzog nur zu den Fürsten gehört habe, die ausser den eigentlichen Wahlfürsten bei den Wahlen anwesend gewesen seien; andere wieder sind der Ansicht, dass der Herzog mit dem Pfalzgrafen zusammen eine Stimme geführt habe. Man meint nun weiter, dass sich zwischen 1257 und 1273 die Siebenzahl festgesetzt habe, (einige schreiben sogar dem Papste die Festlegung der Zahl zu) und daher habe 1273, wenn man den Herzog von Baiern als Wähler zuliess, der König von Böhmen als Wähler ausscheiden müssen, und schreibt entweder dem Pfalzgrafen und dem Herzoge je eine Stimme oder jenem $1\frac{1}{2}$, diesem $\frac{1}{2}$ Stimme zu³⁾. Dem wirklichen Sachverhalte

1) vgl. oben S. 138 u. Anm. 1, 2 u. 3.

2) vgl. Urkunde vom 15. Mai 1275: „Ludovicus . . . existit protestatus (d. h. bezeugte öffentlich), quod praedictus dux Henricus, frater ipsius, olim electione inclyti Richardi . . . una cum ipso praesentialiter cum ceteris Principibus Coëlectoribus interfuit et in eum uterque direxit legaliter votum suum, eundem in Rom. regem una cum aliis Comprincipibus jus in hoc habentibus eligendo“.

3) ebenda von der Wahl 1273: „in dictum Ludovicum Comitem Palatinum Rheni nostrum filium una cum aliis Principibus omnibus, qui in nos direxerunt sua vota, prout jam dicti Procuratores in mandatis receperunt,

am nächsten kommt Meyer¹⁾). Er berichtigt und widerlegt namentlich die von Schirmacher und Wilmanns aufgestellten Behauptungen. Das Kurcollegium sei jedesfalls 1257 noch nicht fest nach unten abgeschlossen gewesen, man habe unbedenklich auch andere Fürsen, die nicht dazu gehörten, so die von Böhmen und Baiern zugelassen und andere.

Wie kam es aber nun, dass die Gesandten Richards vor dem Papste als Schiedsrichter den König von Böhmen mit nannten, den Herzog von Baiern aber nicht?

Meyer meint, der Herzog habe gewiss 1257 eine Stimme, die pfälzische, mit dem Pfalzgrafen zusammen geführt; oder Richard habe seine Stimme, wenn er eine besondere geführt, für irrelevant angesehen. Das Letztere ist sicher das Richtigere. Gegen die erste Möglichkeit sprechen die Worte der Urkunde: „*uterque direxit legaliter votum suum*“, die doch bedeuten: „ein jeder von beiden gab in gesetzmässiger Weise seine ihm zustehende Stimme ab“. Der Herzog hat also seine Stimme abgegeben, wie die anderen Wahlfürsten, Mitfürsten, aber König Richard hat sie als gleichgültig behandelt und darum vor dem Papste nicht mit für seine Wahl anführen lassen. Sie nützte ihm ja auch thatsächlich nichts. Rechnete er die böhmische Stimme für sich, so bedurfte er der bairischen nicht; wurde die böhmische Stimme seinem Gegner zugezählt, so wog die bairische Stimme jene nicht auf. So erhielt der Papst, als er die Stimmen zusammenzählte, sieben Stimmen, was er ausspricht mit den Worten

concorditer exstitit compromissum, qui commissum in se recipiens suo et dicti Henrici Ducis fratris sui ac omnium aliorum Principum jus in electione habentium auctoritate et nomine in Romanum regem sollemniter nos elegit, vocibus eorundem fratrum Ducum Bavariae, Comitum Palatinorum Rheni, ratione Ducatus pro una in septem Principum jus in electione Regis Romani habentium numero computatis“.

1) vgl. Meyer S. 173 ff.

des Breves: „*qui sunt septem numero*“. Indem alle Forscher aus diesen Worten wie aus der Zahl der dort mit Namen angeführten Kurfürsten die Siebenzahl als feststehend annehmen, folgern sie für die Wahl von 1273 aus der Ausschliessung des Böhmenkönigs, für die sie nur verschiedene Gründe ausschlaggebend gewesen sein lassen, das Freiwerden der siebenten Stimme und lassen diese dem Herzoge von Baiern entweder ganz oder zur Hälfte zuerkannt sein und zwar auf Grund seines Herzogtums („*ratione ducatus*“).

Nach dem Wortlaute der Urkunde von 1275 haben die Brüder die bairische Stimme 1273 gemeinschaftlich geführt. Und in der That nahmen die Wittelsbacher auf Grund des Herzogtums Baiern eine Stimme im Kurfürstencollegium für sich in Anspruch¹⁾; ja der Herzog von Baiern wandte sich selbst mit der Bitte um Anerkennung seines Anspruchs auf das Kurrecht an den Papst. Mit diesem Anspruche traten die Wittelsbacher freilich erst hervor, als die Siebenzahl der Kurfürsten sich festgesetzt hatte und der Streit um die siebente Kurstimme zwischen Böhmen und Baiern entbrannte. König Rudolf entschied in obiger für Baiern ausgestellten Urkunde sich weder für Baiern noch für Böhmen. Darum gehen die Bevollmächtigten beider Fürsten auch „*si non discordes, tamen non pariter curiam exierunt*“²⁾, d. h. beide Parteien unbefriedigt vom Hofstage weg. Darum wendet sich nun Heinrich gegen seinen Bruder, um Anteil an der pfälzischen Stimme zu erlangen. Beide Brüder einigen sich aber am 29. Mai 1276 wieder. Der Herzog von Baiern vermochte ein Kurrecht nicht zu erringen, auch nicht auf kürzere Zeit. Das ergibt sich daraus, dass er keinen Anteil gehabt hat an dem den Kurfürsten zustehenden Rechte der Ausstellung von Wille-

1) In der Urkunde heisst es „*per Procuratores dicti ducis Henrici et illustrem Ludovicum comitem Palatinum Rheni Ducem Bavariae, filium nostrum charissimum fuit propositum, ratione ducatus Bavariae hoc (sc. jus eligendi Romanorum regem) eis competere ex antiquo*“.

2) Annal. Salburg. SS. IX, 801. ad. 1275. vgl. Baerwald S. 12.

briefen¹⁾, durch welche die Reichsfürsten, seit 1275 allein die Kurfürsten, ihre Einwilligung gaben zu wichtigen Entscheidungen des Königs im Reichsangelegenheiten, besonders bei Vergabung von Reichsgut, indem sie die darüber ausgestellten Urkunden entweder mit besiegelten oder, wie es später geschah, einzeln oder zusammen eigens zu dem Zwecke der Genehmigung der Handlungen des Königs selbst besondere Urkunden ausstellten²⁾.

Diese Streitfrage (um die siebente Kurstimme) wird wie alle Forscher übereinstimmend aussprechen, endgültig geregelt zu Gunsten von Böhmen, indem Rudolf 1290 dem Könige von Böhmen das Kurrecht samt dem Schenkenamte bestätigte³⁾.

Wir müssen jetzt noch einmal auf die Frage zurückkommen, worauf das Kurrecht sich gründete in späterer Zeit.

4. Kurrecht und Erzamt seit 1257⁴⁾.

Albert von Stade hatte in den vierzigen Jahren das Kurrecht der drei weltlichen (ersten) Wähler auf ihre Erzämter stützen zu sollen geglaubt. Wie er dazu gekommen war, war nicht mit Bestimmtheit festzustellen gewesen. Wir sehen bei der Wahl von 1257 von den weltlichen Fürsten zwar nur diejenigen als Wähler Beachtung finden, die im Besitze der Erzämter waren. Das darf uns aber nicht verleiten, aus dieser Thatsache den Schluss zu ziehen, dass diesen Fürsten um ihrer Erzämter willen oder auf Grund derselben entscheidende Stimmen bei der Wahl zugekommen seien, da wir keine anderen Beweisgründe für eine solche, auf ein vielleicht nur zufälliges Zusammen-

1) vgl. Schirm. S. 134.

2) vgl. Ficker Entstzt. S. 108. 109.

3) vgl. Harnack S. 59/60.

4) s. oben S. 130 ff.

treffen, das ganz andere Ursachen hat, gegründete Annahme finden. Gegen diese Annahme spricht sogar die Thatsache, dass der Böhmenkönig bis 1275 das in seinem Besitze unbestritten befindliche Erzamt nicht geltend macht zur Begründung seines Anspruchs auf sein Kurrecht gegenüber dem Anspruche des Herzogs von Baiern. Für dessen Zulassung zur Wahl von 1273 spricht dagegen, dass sein Bruder Ludwig ausdrücklich bezeugt, dass ihm „ratione ducatus“ eine Stimme bei der Wahl eingeräumt worden sei. Diese Thatsache besitzt aber nicht die Beweiskraft gegen die Stützung des Kurrechts durch das Erzamt, wie das erste Moment; denn der Herzog von Baiern konnte, weil er ein Erzamt nicht besass, ein solches nicht in die Wagschale (zu seinen Gunsten) legen, musste vielmehr das nahe liegende Moment der Herzogswürde, die anerkanntermassen früher ein günstiges Wahlrecht begründet, hatte geltend machen.

Die von Albert von Stade ausgesprochene Anschauung konnte sich auf dem verfassungsrechtlichen Gebiete durch gewohnheitsrechtliche Übung nicht bilden, da sich seit 1235 keine Gelegenheit geboten hatte für die Vernehmung der Erzämter. Seit Anfang der vierziger Jahre hatte Friedrich eine an Stärke zunehmende Gegenpartei unter den deutschen Fürsten gegen sich, die sogar Gegenkönige wählte und mit ihnen gegen den Kaiser kämpfte. Noch mehr fehlte eine solche Gelegenheit, seit zwei unbedeutende, machtlose ausländische Fürsten als deutsche Könige gegen einander standen. Eine Gelegenheit, die Ehrendienste der Erzbeamten zu leisten, konnte erst wieder kommen, wenn wieder ein einhellig gewählter König die sämtlichen deutschen Fürsten auf seiner Seite hatte. Dieser Fall trat ein bei der feierlichen Krönung König Rudolfs von Habsburg. Und bei dieser Feier haben die ersten weltlichen Fürsten des Reiches, d. h. diejenigen, die ihn erwählt hatten, der Pfalzgraf, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg, ihre Ehrendienste

und gewiss an Stelle des Königs von Böhmen der Herzog von Baiern das Schenkenamt versehen. Die Fortsetzung der Sachsenchronik sagt: „*Dar dienen die vorstem mit grossen ehrenn*“¹⁾).

Die Wahl von 1273, die Krönung und die Ereignisse, die mit derselben in Verbindung standen und daraus sich entwickelten, haben mancherlei Einfluss auf die Rechtsauffassung der Zeitgenossen ausgeübt.

Die ältesten Handschriften des Schwabenspiegels, die vor 1273 verfasst gewesen sind, haben ohne Zweifel den König von Böhmen genannt. Darauf deutet der Zusatz hin, den spätere Handschriften noch haben, trotzdem sie an seiner Stelle den Herzog von Baiern nennen: „*dise vier suln tushe man sin von vater und von muter oder von eintwedern*“, ein Zusatz, der ohne diese Annahme unerklärlich wäre. Von den späteren Handschriften nennt die älteste, die Züricher, denjenigen als vierten Laienwähler, der des Reiches Schenk ist: „*der vierde daz is des riches schenke*“. Eine spätere nennt dann als diesen den Herzog von Baiern, gewiss weil er 1273 vierter Laienwähler gewesen war und bei der feierlichen Krönung das Schenkenamt verwaltet hatte.

Die Züricher Handschrift spricht also bereits den Grundsatz, dass die Erzbeamten die Wähler seien, andeutungsweise aus. Diese Lesart (sie muss um 1273 verfasst sein, da sie den Böhmen nicht nennt) ist ein Beweis dafür, dass die Anschauung, dass die Erzämter wesentliche Prädikate der Kurfürsten seien, bereits eine gewisse Anerkennung genoss²⁾, ja dafür, dass man anfang, die Erzbeamten als Wähler anzusehen, was also einer Begründung des Kurrechts auf das Erzamt ziemlich gleich kam. So fand diese Anschauung im Schwabenspiegel

1) vgl. Haedicke S. 87.

2) vgl. Haedicke S. 41. 45.

111
Ausdruck¹⁾. Dass diese Anschauung thatsächlich bereits seit den sechziger Jahren allmählich zur Herrschaft gelangte, dafür spricht auch das Bestreben, bei den geistlichen Kurfürsten die sie auszeichnenden Reichswürden ebenfalls zu nennen. Hierher gehören auch die Verse, die Martin von Troppau nach Haedicke²⁾ bereits in die erste Ausgabe seines Werkes im Jahre 1268 aufgenommen hat³⁾. Sprechen die Verse auch nur ganz allgemein davon, dass jeder der geistlichen Kurfürsten („quilibet horum“) Kanzler des Reiches gewesen sei/ So nennt der „Tractatus de coronatione Imperatoris“ auch die Teile des Reiches, für die sie das Kanzleramt hatten⁴⁾. Mainz besass die Kanzlerwürde für Deutschland schon Jahrhunderte lang, Köln hatte die Kanzlerwürde für Italien seit Mitte des 11. Jahrhunderts in festem Besitze. Trier wird erst in den siebziger Jahren des 13. Jahrhunderts als Kanzler mit seinem Amtsbezirke (Arelat oder Gallien) genannt. Diesem Drange der Zeit folgen selbst die späteren Handschriften des Schwabenspiegels und führen die Kanzlerwürden, auch

1) Haedicke weicht S. 56 u. 57 mit seiner Beweisführung von dem wahren Sachverhalte ab; er deutet die Stelle ganz falsch, verleitet durch die vorgefasste Meinung, dass die Erzämter in gar keiner Beziehung zum Kurrechte gestanden hätten und erst 1298 an die Kurfürsten als eine ganz besondere Auszeichnung verliehen worden, vorher noch nicht erblich oder in ihren festem Besitze gewesen seien.

2) vgl. Haedicke S. 42.

3) SS. XXII. S. 466, vgl. Harnack S. 57.

4) Anmerkung: Waitz glaubt (Reichstage Forsch. XIII. S. 209) aus der Thatsache, dass der Tractatus von „dux Bavariae, qui est Comes Palatinus in Rheno“ spricht, schliessen zu sollen, dass diese Schrift noch in der Zeit verfasst sei, wo Baiern und Pfalz noch vereinigt waren, also vor 1255. Der Schluss ist aber wahrscheinlich ein falscher: denn noch am Ende der sechziger Jahre nannte sich der Pfalzgraf auch dux Bavariae und umgekehrt der dux Bavariae sich auch Palatinus Rheni,^f ja sie führten beide Titel mehrere Jahrzehnte hindurch gemeinsam; andererseits widerspricht der Schluss seiner richtigen Behauptung, dass der Tractatus auf Heinrich von Segusio zurückgehe, da dieser die Notiz frühestens in der zweiten Hälfte des Jahres 1257 geschrieben haben kann.

die neu erfundene für Trier mit an. — Martin von Troppau, der die Indentität der Wähler und Erzbeamten ebenfalls ausspricht, zieht bereits 1271¹⁾, den nahe liegenden, auch von Albert von Stade bereits abgeleiteten, Schluss, dass durch die „officiales“, die drei Kanzler und die vier Erzbeamten, die Wahl des Königs vollzogen werden sollte. Er führt das ein allerdings mit den Worten: „post tamen fuit institutum ut (per officiales eligeretur). Das müsste dann ein späterer, nach der Krönung Rudolfs, wo die Wähler die Hofdienste versahen, gemachter Zusatz sein, wenn die von Waitz als „vor 1271“ angenommene Zeit richtig wäre. Ob 1273 eine derartige Festsetzung stattgefunden hat, wie Martin von Troppau behauptet, lässt sich nicht entscheiden. Denn es liegt keine Nachricht darüber, kein Anhalt dafür vor.

Die angeführten Stellen beweisen nun zwar nicht eine Begründung des Kurrechts auf das Erzamt für jene Zeit bis 1275, bis zum bairisch-böhmischen Kurrechts-Streit, zeigen aber, dass man jetzt in den Erzämtern auszeichnende Merkmale für die Kurfürsten sah.

Auch nur dies, nicht, wie Waitz glaubt, eine Begründung des Kurrechts durch das Erzamt, giebt Reimar von Zweter, der dem Könige von Böhmen nahe stand, in seinem nach Wilmanns vor 1276 verfassten²⁾ Gedichte an. Er nennt nur die Erzämter der Kurfürsten, aber ohne den Ausdruck der Begründung des Kurrechts durch das Erzamt³⁾.

Mit dieser durch die Versehung der Erzämter bei der Krönung König Rudolfs gefestigten und gestärkten Volksanschauung, ihrer Fixierung in dem Rechtsbuche des Schwabenspiegels in Übereinstimmung fingen nun die Kurfürsten selbst an, ihre Ämter als etwas mitihrem Kurrechte

1) vgl. Waitz in Forsch. XIII. S. 212.

2) vgl. Wilm. S. 76/78.

3) Den Wortlaut siehe bei Haedicke S. 33/34.

zusammenhängendes, es Begründendes anzusehen. Der Herzog von Baiern fühlte sich, seitdem er im Schwabenspiegel als Schenk genannt war, als solcher; der König von Böhmen aber protestierte gegen die Inanspruchnahme des Schenkenamts, das ihm seit dem vorigen Jahrhundert erblich zustand, durch Baiern und erlangte von König Rudolf in zwei Urkunden 1289 und 1290 die Bestätigung desselben wie auch des Kurrechts.

Über diese beiden Urkunden urteilt Waitz¹⁾: „in ihnen werde der König von vornherein als Schenk bezeichnet, also als solcher anerkannt; das Schenkenamt werde später nur in Verbindung mit, ja als Voraussetzung für das Wahlrecht noch besonders bestätigt. Entspricht auch diese Auffassung seiner ganzen schon für frühere Zeit eingenommenen Stellung zur Erzämterfrage, entspricht sie auch der aus den Worten der oben angeführten Handschrift des Schwabenspiegels ableitbaren Anschauung, so stellt sie sich doch als unrichtig heraus, wenn man den Wortlaut der beiden Urkunden näher betrachtet²⁾).

1) vgl. Waitz Forsch. XIII. S. 213.

2) Die Stellen lauten:

8 Schluss der Urkunde von 1289: „quod rex supradictus jus ac officium princernatus . . . in Romano obtinet imperio nec non in Romanorum regis electione instar aliorum principum in ipsa electione habentium jus et vocem, quod idem jus et vocem eligendi potestate parili potiatur“ (Lünig VI. S. 10). 1290 hat der König von Böhmen gewiss auf Verlangen Rudolfs durch Zeugen sein Recht auf Schenkenamt und Wahlrecht beweisen lassen für ihn und seine Nachkommen. Es heisst in der darüber ausgestellten Urkunde: „Principum etc. . . . communi assertione et concordi testimonio comperimus assonante, ipsum Regem Bohemiae debere pincernam existere et jus et officium princernatus apud eum nec non ejus heredes jure hereditario residere. — Existit etiam dilucide declaratum, praedictum Regem Boemiae et suos heredes in electione Regis Romanorum futuri Imperatoris, cum ceteris Electoribus habere debere ad similitudinem aliorum Electorum eligendi plenitudinem ac vocem. — Haec vero jura Pincernatus et Electoratus nedum dicto Regi et suis heredibus didicimus competere, sed etiam suis progenitoribus, abavis, atavis, proavis et avis jure tenissime competeabant. — Volentes igitur dicti Regis et heredum suorum dispendio cavere, jus et

Die erste Urkunde ist einfach nur eine Niederschrift der Aussagen des Königs von Böhmen, dass ihm Erzamt und Kurrecht in der Weise wie den übrigen Kurfürsten zustehe. Es ist da keine Entscheidung getroffen. Enthielte sie eine Entscheidung, wie Waitz behauptet, so wäre die zweite Urkunde, namentlich die Erhärtung seiner Rechte durch Zeugenaussagen nicht mehr nötig gewesen. Der König Rudolf hat aber die Entscheidung über beide Rechte aufgeschoben, bis das Anrecht darauf und ihr Besitz durch Zeugen nachgewiesen war. Kann auch nicht bezeugt worden sein, dass beide Rechte ihm zustehen müssten (debere), noch weniger seinen Erben, so doch die Tatsache, dass sie, wie es in dem Satze „haec vero . . . competebant“ ausgesagt ist, bereits seinen Vorfahren (wenigstens das Schenkenamt) dauernd zugestanden haben („heredibus suis“ ist auch hier wieder ein Zusatz, der nicht am Platze ist).¹⁾ und Rudolf bestätigt sie auf Grund der Zeugenaussagen ihm und seinen Nachkommen („jure hereditario“ könnte noch hinzugefügt sein); das besagen die Worte „didicimus“, „recognoscimus, approbamus“. Die Versehen in dem Wortlaute der Urkunde von 1290 können wir, ohne an die Unehththeit derselben denken zu müssen, auf Rechnung der damaligen Unbeholfenheit der Verfasser in der lateinischen Sprache setzen. Wichtig sind auch die Worte „non alii“, die andeuten, dass diese Rechte ihm von einem andern, ohne Zweifel von dem Herzoge von Baiern, der 1273 mit gewählt hatte und im Schwabenspiegel als Schenk und als vierter weltlicher Wähler genannt wurde, streitig gemacht worden sind. Der Streit wird also durch diese Bestätigungsurkunde endgültig zu Gunsten Böhmens, zu Ungunsten Baierns entschieden.

officium Pincernatus in Imperio sibi et heredibus ejus, et non alii competere et in electione Regis Romanorum futuri Imperatoris habere jus et vocem clare recognoscimus, approbamus et praesentium testimonio profitemur“.

Wichtig ist ferner, dass beide Rechte getrennt bezeugt wurden. Die Zusammenstellung beider Rechte in den Schlusssätzen enthält demgemäss nicht, wie Waitz herausliest, eine Verbindung beider oder gar eine Abhängigkeit des Kurrechts vom Schenkenamte, sondern höchstens eine Verbindung beider, indem sie beide gleichmässig an der Person des Königs hafteten und an seinen Nachkommen; keinesfalls ist da ausgesprochen, dass das Erzamt, weil der König es viel früher besessen hatte, als das Kurrecht, die Voraussetzung des letzteren sei; höchstens konnte die seit 1273 aufkommende, sich Bahn brechende, und Anerkennung erlangende Anschauung von einer möglichen Begründung des letzteren auf das erstere Anlass geworden sein, dass der König von Böhmen sich beide Rechte gleichzeitig bestätigen liess. --

Wie oben gezeigt ist¹⁾, war die Machtstellung des Königs von Böhmen Anlass und Grund gewesen, dass er unter den angesehensten und späteren alleinigen Wahlfürsten eine Stelle erhielt. Das Erzamt war, das ist in der Urkunde von 1290 so deutlich als irgend möglich ausgesprochen, ein rein persönliches Recht, ein Recht, das, seit es erblich geworden war, an der Person haftete, der oder den Personen, welche das betreffende Fürstentum inne hatten. Das Kurrecht beruhte dagegen, wie der Versuch des Wiedergeltendmachens des Anspruchs auf das Wahlrecht seitens des Herzog von Baiern deutlich zeigt, in erster Linie auf dem Besitze eines Herzogtums, war aber aber auch allmählich ein persönliches Recht geworden²⁾. Beide Rechte waren in bestimmten

1) s. oben S. 145 ff.

2) Anmerkung: Der König von Böhmen hat das Kurrecht auf Grund seiner Macht durch seinen sehr umfangreichen Landbesitz seit 1257 errungen. Bis dahin war er wegen seiner undeutschen Nationalität sowie deswegen, weil er keines der kerndeutschen Herzogtümer besass, davon ausgeschlossen. Der Markgraf von Brandenburg besass zwar auch keines der Herzogtümer, aber erlangte das Kurrecht doch, weil er zu den sechs Wahlzeugen gehörte.

Fürstentümern erblich geworden. Das bezeugt bereits das sächsische Landrecht.

Ich habe oben gezeigt, dass im Wortlaute der Urkunden von 1289 und 1290 nicht das enthalten ist, was Waitz herausliest. Nichts desto weniger kann sich aber seit der Krönungsfeier Rudolfs eine der Auffassung von Waitz nahe kommende Anschauung im Volke gebildet haben, worauf bereits die oben angeführte Stelle des Martinus Polonus hindeutet.

Die ältere Anschauung, dass die Fürstentümer sowohl die Grundlage für das früher vorzugsweise, jetzt alleinige Wahlrecht seien, die der Herzog von Baiern noch 1275 für seinen Anspruch auf das Kurrecht geltend gemacht hat, erhielt sich neben der jetzt auftauchenden Anschauung von der Begründung des Kurrechts durch das Erzamt, noch lange. Waitz führt dafür die Urkunde von 1308 für Sachsen-Lauenburg¹⁾ an²⁾. Er versteht aber die Stelle nicht ganz richtig. Es ist in derselben ein Protest ausgesprochen dagegen, dass die Herzöge von Sachsen (-Wittenberg) auf Grund ihres Herzogtums ein Kurrecht und das Marschallamt in Anspruch nahmen. Es liegen darin zwei verschiedene Anschauungen, einmal die, dass beide Rechte auf dem Besitze des Herzogtums beruhen, zweitens die, daß diese Rechte persönliche, in der Familie unter den Söhnen oder, specieller, nach dem Rechte der Erstgeburt vererbliche seien. Die erste ist die ältere Anschauung, gegen welche die Lauenburger Verwahrung einlegen und das Recht der Erstgeburt geltend machen³⁾.

Seit der Entscheidung der Streitfrage über die siebente Stimme und das vierte Erzamt waren alle Erz-

1) Sudendorf „Registrum“ II. S. 177: „protestabamur dictos Dominos suos Johannem et Albertum duces Saxoniae ratione ducatus sui predicti jus habere tamquam veros electores Romanorum regis in electione ejusdem regis et apud ipsos officium marescalcatu imperii de jure debere residere“.

2) vgl. Waitz Reichstage Forsch. XII. S. 212.

3) vgl. Harnack S. 85/86.

ämter und Kurrechte fest in den Händen der Kurfürsten: damit ist auch schon die Frage erledigt, die sich Haedicke noch für das Jahr 1298 aufgespart hat. Von der Krönung des Königs Albrecht I. berichten die Annalen von Colmar¹⁾: „*pene omnes electores presentes exstiterunt et ibi dignitas cujuslibet domini sollemniter recitatur, et quilibet dominorum in officio suo ut debuit administravit*“. Haedicke glaubt nun, da er die Erblichkeit der Erzämter bis zu dieser Zeit bezweifelt, aus der Thatsache, dass der Colmarer Annalist, eine Übung der Hofämter bei der Krönung Rudolfs nicht erwähnt, hier sie dagegen besonders hervorhebt, schliessen zu sollen, dass hier nicht bloss das Ceremoniell für die Verwaltung der Erzämter festgesetzt worden sei, sondern dass diesem Reichstage überhaupt eine ganz hervorragende Bedeutung für das Festwerden der Erzämter zukomme²⁾. So fasst er denn „*sollemniter recitatur*“ als „feierlich verkündet“, „*dignitas cujuslibet*“ als die „Erzhofämter der Kurfürsten“.

Dass der Annalist dieses Ereignis besonders hervorhebt, während er über das von 1273 schweigt, erklärt sich leicht daraus, dass dieses Ereignis ihm zeitlich näher lag und jenes durch dieses, das wahrscheinlich noch mit ganz besonderer Feierlichkeit begangen wurde, im Gedächtnis der Zeitgenossen zurückgedrängt wurde; vielleicht auch mit daraus, dass die „*recitatio*“ hier geschah, weil noch bis zum Jahre 1290 das vierte Erzamt streitig gewesen war: „*dignitas*“ braucht nicht völlig gleich gestellt zu werden mit „*officium*“³⁾, Und das „*recitatur*“ setzt zwar die vorherige Aufzeichnung der „*dignitas*“ voraus, enthält aber nichts, was auf eine damalige Festsetzung und endgültige erbliche Verleihung der Erzämter schliessen liesse, bedeutet vielmehr nur eine ehrende Nennung, (Verlesung) des Ranges und der Würde eines jeden Fürsten.

1) SS. XVII., 267.

2) vgl. Haedicke S. 83 ff.

3) vgl. Harnack S. 120/121.

Harnack sagt dazu, dass diese Nachricht bewiese, dass schon im 13. Jahrhundert Bestimmungen über die Ausübung der erzamtlichen Funktionen schriftlich aufgezeichnet worden sein müssten¹⁾. Es ist wahrscheinlich, dass solche Aufzeichnungen, welcher Art sie auch sein mögen, trotzdem uns keinerlei Nachricht darüber vorliegt, in der Zeit bis 1298 erfolgt sind, nicht erst 1298 selbst. Im Jahre 1273 hatten, wie wir sahen, die Erzbeamten ihre Ehrendienste versehen. Die Erzämter hatten eine erhöhte Bedeutung erlangt; viele Schriftsteller der Zeit erwähnen sie jetzt, während bis dahin ausser dem sächsischen Landrechte und Albert von Stade keine Quelle sie genannt hatte. Sie begannen zur Erhöhung des Ansehens der Kurfürsten zu dienen, ja für diese von grösserer Bedeutung zu werden. Es ist demnach ziemlich wahrscheinlich, dass in den Verhandlungen, die die Kurfürsten vor der Krönung mit Rudolf zu Frankfurt pflogen²⁾, für die feierliche Krönung des einmütig erwählten Königs eine Krönungsordnung entworfen worden ist. Das Schenkenamt war infolge des Fehlens des Böhmenkönigs zunächst noch streitig, wurde aber 1290 dem rechtmässigen Besitzer bestätigt. Aus diesen vielleicht im Archiv des Königs verwahrten, 1290 teilweise ungültig gewordenen, dann seit der endgültigen Regelung des Ceremoniells bei der Krönung völlig ungültig gewordenen Aufzeichnungen mochte Albert 1298 die „*dignitas cujuslibet domini*“ haben verlesen lassen.

5. Entwicklung des Kurcollegiums seit 1257.

Es ist bereits dargelegt, dass aus den verschiedenen Ausdrücken, mit denen die Wähler bezeichnet werden, wo „*Principes vocem habentes in electione*“ unterschieden

1) vgl. Harnack S. 121.

2) Urkunden, die in Frankfurt bei der Anwesenheit des neu erwählten Königs ausgestellt sind, beweisen, dass dort Verhandlungen stattgefunden haben.

werden von „*Principes quorum interest regem eligere*“ oder wo es schlechthin heisst „*ad quos spectat regis electio*“, nicht geschlossen werden darf, dass bereits 1257 ein abgeschlossenes Collegium von Wahlfürsten mit alleinigen Wahlrechte bestanden habe; denn die Gesandten Richards sprechen vor dem Papste noch von: „*principes ad quos specialiter spectat regis electio*“, und deuten mit dem „specialiter“ an, dass auch andere Fürsten, die nicht zu diesem specielleren Kreise von Wahlfürsten gehörten, doch noch das Recht hatten, bei der Wahl gehört zu werden; im Einklang damit reden sie noch von einer „*deliberatio prae-habita cum aliis ducibus*“ u. s. w.²⁾. Oder ist das Vorhandensein eines solchen Collegiums etwa daraus zu schliessen, dass in dem Berichte „*principes in quos totaliter jus eligendi reciderat*“ unterschieden werden von „*omnes principes*“?³⁾ Nein! Denn die „*omnes principes*“ werden ebenfalls noch als Wähler betrachtet, so dass „totaliter“ annähernd in demselben Sinne gebraucht ist wie sonst „specialiter“, nur dass das „reciderat“, das dabei steht, andeutet, dass die Entwicklung dahin ging, einer kleinen Zahl von Fürsten allein zuzufallen, ja auf diesem Wege schon recht weit fortgeschritten war. Eine Anzahl von mächtigen Fürstenhäusern, so Österreich, Thüringen, Brabant, waren ausgestorben, von anderen Fürsten beteiligten sich 1257 nur noch wenige an der Wahl: ausser jenen sechs im sächsischen Lehnrecht genannten Fürsten werden nur der Herzog von Baiern und der König von Böhmen namhaft gemacht⁴⁾. Aber nur den Stimmen jener sechs Fürsten wurde ein entscheidendes Gewicht bei der Wahl beigelegt: denn vor der Wahl erklärte Richard mit drei Stimmen zufrieden sein zu wollen. Thomas Wikes hatte zwar den König

1) vgl. oben S. 131 ff. u. S. 138 ff.

2) vgl. oben S. ff. 142

3) Rayn ad 1263 § 56: „tu ab omnibus principibus vel saltem ab iis, in quos totaliter jus eligendi reciderat, censeri debes electus“.

4 s. oben S. 138 u. Anm. 1. 2.

von Böhmen auch mit zu dem engeren Kreise der Wahlfürsten gerechnet; und in dem Breve vom Jahre 1263 wird nach den Berichten der König als Wähler und wahlberechtigter Fürst mit genannt; aber es ist das gewiss nur geschehen wegen seiner ausserordentlich bedeutenden Machtstellung im Osten des Reiches und weil er das Wahlrecht 1257 „de facto“ auch ausgeübt hatte. Der Herzog von Baiern hatte zwar auch ein Wahlrecht damals ausgeübt, hatte aber nicht die politische Bedeutung wie jener¹⁾.

Jene sechs nach Gewohnheitsrecht als erste Wähler anerkannten Fürsten hatten bisher ein abgegrenztes Collegium noch nicht gebildet; sonst hätte nicht so bald dem König von Böhmen ebenfalls ein entscheidendes Stimmrecht zugesprochen und die Siebenzahl der Wähler von den Abgesandten Richards und dem Papste als zu Recht bestehend angesehen werden können. Aber auch ein Collegium von bevorzugten (oder alleinigen) Wählern, jener sechs mit dem Böhmenkönige zusammen, bestand noch nicht, wie es die von Thomas Wikes und dann auch vom Papste in dem Breve von 1263 gebrauchte Siebenzahl („sunt autem septem principes“ und „qui sunt septem numero“) anzudeuten scheint: Denn das Wahlrecht des Königs war noch zu neu und erst im Begriffe, die Anerkennung zu finden, die das Wahlrecht jener bereits gefunden hatte. Wäre das Collegium gebildet und abgeschlossen und als solches gewohnheitsrechtlich begründet gewesen, hätte es aus den sieben Fürsten einschliesslich des Böhmenkönigs bestanden, so wäre Baierns Anspruch, dazu zu gehören, ohne Weiteres hinfällig gewesen und es hätte nicht erst eine Entscheidung des Königs Rudolf herbeigeführt zu werden brauchen. Die Sache liegt einfach so: das bisher bevorzugte, jetzt entscheidende Wahlrecht jener sechs Fürsten fand 1257 allgemeine Anerkennung; sie besassen

1) s. oben S. 151 f.

aber noch nicht ein ausschliessliches Wahlrecht und bildeten noch nicht ein nach unten abgegrenztes Collegium; der König von Böhmen und der Herzog von Baiern waren jetzt, wo die Wahlentscheidung jenen sechs allmählich allein zuzufallen schien, wo das Wahlrecht dieser „Ersten Wähler“ eine erhöhte Bedeutung erhielt, nicht gesonnen, sich völlig in den Hintergrund drängen zu lassen, und machten darum jetzt Anstrengungen, einen Platz in dem sich fest schliessenden Kreise zu erringen. Das kommt nicht schon 1257 zum Vorschein, sondern erst bei und nach der Wahl von 1273. Die Nennung von sieben Fürsten, mit dem Könige von Böhmen, in der päpstlichen Bulle von 1263 liess zunächst die Stimmen von sieben Fürsten statt der bisherigen sechs „ersten Wähler“ als entscheidend, ja diese als alleinige Wähler erscheinen und das um so mehr, da der Herzog von Baiern nicht mit genannt wurde, trotzdem er bezeugterweise 1257 ein Wahlrecht ausgeübt hatte; ja die dem Papste von den Wählern Richards als herkömmlich in Deutschland bei der Wahl beobachtet unterbreiteten Gebräuche, die ebenfalls in der Bulle wiedergegeben werden, verstärken diese Auffassung, namentlich durch den da eingeführten Ausdruck: „*qui sunt septem numero*“. Man gewöhnte sich nun in Deutschland, „sieben Wähler“ „*principes vocem in regis Rom. electione habentes*“¹⁾, oder „*electores principes*“ als allein zur Vollziehung der Kur berechtigt anzusehen und zu den bekannten Sechs den König von Böhmen hinzuzunehmen. Denn in der Bezeugung der Teilnahme desselben an der Wahl von 1257 lag thatsächlich eine stille Anerkennung eines Wahl- und Kurrechts für ihn.

Es war aber diese Consolidierung eines Siebenercollegiums von „*Electores Principes*“, die nun eintrat, nicht,

1) Rayn. ad. 1263 §. 53.

wie eine Anzahl Forscher meinen, vom Papste beabsichtigt; sondern er trug, ohne es gewollt zu haben, durch die Niederlegung der ihm von deutscher Seite zugetragenen Berichte in der Bulle dazu bei.

Diese Consolidierung war 1273 noch nicht zum Abschlusse gelangt. Die Siebenzahl der Kurfürsten scheint allerdings schon festgestanden zu haben¹⁾. Aber man bestritt dem Könige von Böhmen trotz der Bezeugung seiner Teilnahme an der Wahl von 1257 in der Bulle doch noch das Wahlrecht. Man liess den Herzog von Baiern zur Wahl zu „ratione ducatus“ und rechnete die bairische Stimme, die er mit seinem Bruder zusammen geführt zu haben scheint, mit unter die sieben Stimmen¹⁾ der Wahlfürsten; den König von Böhmen dagegen schloss man von dieser Wahl aus, da man im Voraus wusste, dass er dem Votum der vor ihm stimmenden Fürsten nicht folgen und Rudolf ebenfalls seine Stimme geben, also eine einmütige Wahl verhindern, möglicherweise auch den ganzen Wahlakt stören würde. Der König war aber nicht gesonnen auf sein Kurrecht, das er erworben zu haben glaubte, zu verzichten und wandte sich beschwerdend an den Papst. Dieser betrachtet ihn anscheinend als „Kurfürsten“, indem er sagt: „*uno dumtaxat excepto*“. Man könnte aus diesen Worten folgern, dass der Papst dabei an ein fertiges Collegium der Kurfürsten, zu dem auch der Böhme gehörte, gedacht habe; aber diese Annahme ist unsicher: denn es liegt die Möglichkeit nahe, dass er sich der ihm vorgetragenen Auffassung des Böhmenkönigs angeschlossen hat. Schärfer als die übrigen Kurfürsten bestreiten ihm der Pfalzgraf und der Herzog von Baiern das Kurrecht: denn für sie handelte es sich, nachdem die Siebenzahl der Kurfürsten anerkannt war, um die

1) Urkunde vom 15. Mai 1275: „ratione ducatus pro uno in septem Principum jus in electione Rom. regis habentium numero computatis“.

Frage, ob ihnen zusammen ausser der pfälzischen Stimme noch eine solche „ratione ducatus Bavariae“ zustände. Die Verhandlung der Angelegenheit fand vor dem König 1275 in Augsburg statt. Die darüber ausgestellte Urkunde giebt nur die Aussagen des Pfalzgrafen und der Bevollmächtigten des Herzogs über dessen Teilnahme an den Wahlen von 1257 und 1273 wieder, enthält aber keine Entscheidung darüber, ob ihm oder dem Böhmenkönige das Kurrecht zukomme. Die beiden Brüder fuhren fort, es diesem zu bestreiten. Der Böhmenkönig muss bereits vor 1285, wo er einen Willebrief ausstellt, vielleicht bei dem Friedensvertrage von 1276, eine gewisse Anerkennung für sein Recht als Kurfürst erlangt haben. Möglich ist es, dass König Rudolf aus politischen Gründen, um ihn zu versöhnen, auch seine Genehmigung zu der betreffenden Regierungshandlung nachsuchte und ihm damit als Kurfürst still anerkannte. Die Frage wurde endgültig zu Gunsten Böhmens entschieden erst 1290, nachdem der König durch Zeugen erhärtet hatte, dass er das Wahlrecht öfter ausgeübt hatte.

Damit erst war die Bildung des Kurcollegiums vollendet (1290).

Eine reichsgesetzliche Anerkennung des Kurfürstencollegiums hatte noch nicht stattgefunden. Eine solche lag aber in gewisser Weise bereits darin, dass der König Rudolf bei besonders wichtigen Regierungshandlungen um die Zustimmung der sämtlichen sieben Kurfürsten, einschliesslich des Böhmenkönigs seit 1285, nachsuchte. Die formelle Anerkennung desselben und die Festsetzung der Rechte des Collegiums wie der einzelnen Kurfürsten erfolgte erst 1356. Bereits 1298 muss das Ceremoniell der Übung der Erzämter geregelt worden sein, ehe die Erzbeamten zu diesen Diensten aufgerufen wurden¹⁾.

1) vgl. Haedicke S. 88 ff., Harnack S. 120 u. oben S. 162 f.

Das Kurfürstencollegium wurde immer mehr selbstständig gegenüber dem Könige und gegenüber den übrigen Fürsten immer mehr ausschliesslich berechtigt, in allen Reichsangelegenheiten mitzuwirken. 1308 schlossen die Kurfürsten die Anwesenheit anderer, bloss zustimmender Fürsten bei der Wahl des Königs völlig aus. Sie regelten ihre Angelegenheiten, soweit sie sich auf die Wahl bezogen, völlig selbst. Das Kurrecht war als ein persönliches Recht erblich geworden in den Familien der weltlichen Kurfürsten; bei den geistlichen Kurfürsten haftete es an den Erzbistümern in gleicher Weise wie die sie auszeichnenden Kanzlerwürden. Infolge der Vererblichkeit entstanden in den verschiedenen kurfürstlichen Häusern viele Streitigkeiten, wer von den Erben das Kurrecht und das Erzamt zu üben hätte. Vereinbarungen, die getroffen wurden, vermochten diese Frage nicht endgültig zu entscheiden. Alle diese Fragen fanden ihre abschliessende Regelung durch den Kaiser Karl IV. in Gemeinschaft mit den Kurfürsten durch die sogenannte „Goldene Bulle“, zugleich mit der gesetzlichen formellen Anerkennung des Kurcollegiums. Dieses wichtige Staatsgrundgesetz wurde in zwei Teilen am 10. Januar und 6. Dezember 1356 veröffentlicht und erlangte damit Gesetzeskraft für alle spätere Zeit, so lange das deutsche Reich bestand.

Es wurde in diesem Reichsgrundgesetze die Siebenzahl der Kurfürsten als herkömmlich festgesetzt; und als solche werden die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen-Wittenberg und der Markgraf von Brandenburg anerkannt. Der König von Böhmen erhielt unter den weltlichen Kurfürsten jetzt in der Rangordnung die erste Stelle, während er bisher der letzte gewesen war; im übrigen blieb die Rangordnung die alte. Die bairische Linie der Wittelsbacher sowie die sachsen-lauenburgische Linie wurden vom Kurrecht ausgeschlossen. Der Mainzer Erzbischof behielt das Recht der Berufung

zur Wahl und empfing die Befugnis des Stimmenabfragens, während statt seiner der Trierer das Recht erhielt, die erste Stimme abzugeben. Der Kölner hat seine Stimme an zweiter Stelle abzugeben; der Mainzer giebt seine Stimme zuletzt ab, wenn er die Stimmen aller übrigen Kurfürsten abgefragt hat. Dem Herzoge von Sachsen und dem Pfalzgrafen wurde genau so, wie es bereits Gervasius behauptet hatte, das Reichsvicariat bei Erledigung des Thrones zugesprochen, jenem für den Norden, diesem für den Süden des Reichs. Die Kurstimmen wurden an die Kurlande geknüpft¹⁾, (eine Rückkehr zu dem alten Grundsatz). Die Kurlande sollten unteilbar sein²⁾ und nach dem Rechte der Erstgeburt vererben³⁾. Stirbt ein Kurfürst ohne Erben, so folgt ihm der älteste seiner noch lebenden Brüder⁴⁾; derselbe führt auch die Vormundschaft für etwaige unmündige Söhne des Kurfürsten und übt das Kurrecht aus, bis der älteste von ihnen das 18. Lebensjahr vollendet hat⁴⁾. Für den Fall des Aussterbens eines Kurhauses behält sich der Kaiser die neue Verleihung vor⁴⁾. Bei einer Wahl können sich die Kurfürsten durch Bevollmächtigte vertreten lassen⁵⁾. — Ausserdem wird in Beziehung auf die Wahlentscheidung festgesetzt, dass etwa nur durch die Mehrzahl der Kurfürsten vollzogene Wahlen gültig sein sollen⁶⁾. Ferner werden den Kurfürsten gewisse Hoheitsrechte in ihren Gebieten sowie eine Mitwirkung bei der Regierung des Reiches neben dem Kaiser eingeräumt. Sie sollen sich behufs Beratung der Reichsangelegenheiten jährlich zur Frühlingszeit in einer Reichsstadt um den Kaiser versammeln. Gnadenbriefe des Kaisers, die die Rechte und Freiheiten der Kurfürsten schmälern,

1) Gold. Bulle Kap. 20.

2) das. Kap. 25.

3) Kap. 7.

4) Kap. 1.

5) Kap. 2.

6) Kap. 3 u. 2.

sollen ungültig sein, sofern die Kurfürsten nicht ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Die übrigen Bestimmungen der „Goldenen Bulle“, selbst Ort der Wahl, Ceremoniell der Übung der Erzämter u. a. m. fallen über den Rahmen meiner Aufgabe hinaus und können daher unberücksichtigt bleiben.

Die hier angegebenen Bestimmungen der „Goldenen Bulle“ setzen teils Herkömmliches gesetzlich fest, teils ordnen sie manches im Werden Begriffene, Schwankende und Zweifelhafte gesetzlich für die Zukunft.

6. Excurs.

Beurteilung der Ansichten über den Einfluss der Bulle des Papstes Urban IV. vom Jahre 1263 auf die Entwicklung des Kur-Collegiums.

In der päpstlichen Bulle von 1263, besonders in der Stelle: „*Procuratores coram nobis et eisdem fratribus proponere curaverunt quasdam consuetudines circa electionem novi Regis Romanorum in Imperatorem postea promovendi, apud Principes vocem in hujusmodi electione habentes qui sunt septem numero, pro jure servari*“¹⁾ haben einige Forscher, die die Siebenzahl der Wähler nicht als bereits früher feststehend annehmen, so auch Harnack, eine ganz besonders wichtige Thatsache für die Entwicklung des Kurfürstencollegiums erblickt.

Harnack ist der Ansicht, dass „das päpstliche Schreiben vom Jahre 1263 in der That in gewissem Sinne als die Grundlage des kurfürstlichen Rechtes zu betrachten sei, aber nur in soweit, als es die päpstliche Anerkennung einer weit verbreiteten und bei der Wahl von 1257 zur „faktischen“ Anwendung gekommenen Anschauung sei²⁾; und durch die kategorischen Worte: „*qui sunt septem*“

1) Rayn. ad. 1263. § 53.

2) vgl. Harnack S. 55.

numero“ erschiene die ziffermässige Beschränkung des Kurcollegiums völlig abgeschlossen“. — Andere Forscher, wie Haedicke legen der Curie für Schaffung des Collegiums der sieben Kurfürsten und ihres alleinigen Wahlrechts ein weit grösseres Gewicht bei¹⁾).

Was nun Harnack betrifft, so ist seine Auffassung eine etwas schiefe. Er sagt ja im Anhang III selbst richtig, dass man den in der Bulle mitgegebenen Rechtsgewohnheiten²⁾ mit grösstem Misstrauen entgegentreten müsse³⁾. Und eben in diesem Abschnitte stehen die Worte: „qui sunt septem numero“. Der ganze Abschnitt ist weiter nichts als eine von der Partei Richards unter Benutzung einiger weniger Gewohnheiten aufgestellte Wahlordnung, die dem Papste für die Beurteilung seiner Wahl mit vorgelegt worden ist⁴⁾. Mögen die obigen Worte von der Siebenzahl nun ein Zusatz des Papstes sein oder, was wahrscheinlicher ist, da Richard höchstens an eine Siebenzahl wichtiger Wahlfürsten gedacht hat, von Richards Partei selbst dem Papste mit übermittelt sein; diese Worte fassen nur die auch sonst in den Berichten und in dem diese wiederholenden Schreiben des Papstes entgegentretende Thatsache, dass nur sieben Wahlfürsten von den beiden Königen als entscheidend angesehen wurden, scharf zusammen. Und eben dadurch, dass sie in der dem Papste mit untergeschobenen Wahlordnung stehen, erhalten sie eine gewisse rechtliche und gesetzliche Bedeutung; die Wahlordnung erhält den Anschein von gewohnheitsrechtlichen Gebräuchen oder gesetzlichen Bestimmungen, die ein Collegium von sieben Fürsten festsetzten; diese Angabe wurde ebenso wie die übrigen consuetudines der Bulle von da an zur Regel für das Wahlverfahren in der Folgezeit. Eine Absicht der Festsetzung der Siebenzahl der Kur-

1) vgl. Haedicke S. 40 ff.

2) Rayn ad. 1263 § 53. 54.

3) vgl. Harnack S. 260. 261.

4) vgl. Schirrm. S. 77 ff.

fürsten ist wohl weder dem Papste noch den Abgesandten Richards zuzuschreiben. Die „Siebenzahl“ erhielt aber dadurch eine stille Anerkennung und eine gewissermassen gesetzliche Normierung. Wenn Harnack die Bulle als eine Grundlage des kurfürstlichen Rechts betrachten will, wenn auch nur in dem Sinne einer päpstlichen Anerkennung einer bei der Wahl von 1257 bethätigten Ansicht, so ist das ziemlich unklar ausgedrückt. Er meint anscheinend nur, dass die Bulle das alleinige Wahlrecht der sieben dort genannten Wähler anerkenne. Einmal bestand in Deutschland die Ansicht von einem alleinigen Wahlrecht derselben noch nicht; eine solche konnte daher auch nicht anerkannt werden. Jene sieben Fürsten übten nur thatsächlich bereits fast allein das Wahlrecht aus, weil sich die übrigen Fürsten von den Wahlen fast sämtlich zurückgezogen hatten. In der Bulle werden nur, wie wir allerdings anzunehmen berechtigt sind, die historischen Vorgänge bei der Wahl von 1257, das Verfahren bei der Wahl Richards in der Wahlordnung wiedergegeben. Die Könige selbst legten nur auf die Stimmen der genannten sieben Fürsten Gewicht; das erkennt der Papst nicht an, er wiederholt es nur in der Bulle, und durch die Erwähnung in derselben wird das Ereignis fixiert und dadurch Norm für die Folgezeit. Aber es ist ja auch an einigen Stellen, wie bereits oben dargelegt ist¹⁾, die Mitwirkung anderer Fürsten bei den Vorberatungen über die Wahl erwähnt, mindestens angedeutet; es bleibt also das Wahlrecht der genannten Sieben nur für die Hauptwahl bezeugt. Das allein ist das Wichtige, was die Bulle enthält. Grundlage des kurfürstlichen Rechts kann man das nicht nennen.

Wenn Schirrmacher daraus, dass in dem Schreiben des Papstes die Zusätze „specialiter“ „totaliter“ zu dem Ausdrucke: „ad quos spectat electio“ gegen den Schluss hin fehlen, schliessen will²⁾, dass darin ausgesprochen

1) vgl. oben S. 110 ff. u. 162.

2) s. Schirrmacher S. 117, Anm.

werden sollte, dass das Wahlvorrecht der Sieben sich zu einem ausschliesslichen Wahlrechte entwickelt habe, und das für 1257 anwenden will, so ist bereits oben bei Beurteilung der Ansicht Quiddes gezeigt¹⁾, dass eine solche Interpretation, weil unsicher und irreführend, unzulässig, mindestens aber nicht ratsam ist.

1) s. oben S. 47.

V. Schluss.

Die Entwicklung des Kurcollegiums ist durchaus eine gewohnheitsrechtliche Bildung, die freilich durch eine Anzahl neu hinzutretender, meist äusserlicher Momente beeinflusst und befördert worden ist. Dazu gehört in erster Linie auch das Geltendmachen der päpstlichen Anschauung von dem grösseren Gewicht der Stimmen von einer Anzahl von Fürsten für die Wahlentscheidung, besonders aber das Verlangen der Curie, dass „magni principes“ ihr die Rechtmässigkeit der Wahl bezeugen sollten; dazu waren am besten geeignet die ersten Wähler. Aus äusseren Rücksichten kommen sechs Fürsten, drei geistliche und drei weltliche, zu der Ehre der Wahlzeugenschaft. Die Nennung der Erzämter dieser ersten Wähler hatte weit weniger Bedeutung für die Bildung und Entwicklung des Kurfürstencollegiums. —

Wenn aber gegen Ende des dreizehnten und am Anfange des vierzehnten Jahrhunderts Kurfürsten und König die Übertragung des Wahlrechts an die Kurfürsten dem Papste zuschreiben, so fällt das wenig ins Gewicht gegenüber den mehrfachen scharfen Verwahrungen der Wahlfürsten und später der Kurfürsten gegen die Einmischung des Papstes in deutsche Angelegenheiten, namentlich in die Königswahl. Dagegen spricht auch die Thatsache, dass die „Goldene Bulle“ die deutsche Königswahl völlig von dem römischen Stuhle emanzipiert.

Die Bildung des Kurcollegiums begann erst im zweiten Jahrzehnt des dreizehnten Jahrhunderts, als die sechs Fürsten durch die Zeugnisfähigkeit aus der Zahl der übrigen wahlberechtigten Fürsten herausgehoben wurden und dadurch das Recht erlangten, an der Spitze aller Wähler ihre Stimme abzugeben, und durch diese Eigenschaft ihren Stimmen ein grösseres Gewicht gesichert wurde. Dieser Umstand wurde zugleich der Anlass, dass die übrigen Fürsten, weil ihr Wahlrecht nicht dieses Gewicht hatte, sich mehr und mehr von den Wahlen zurückzogen, ja sich des Wählens fast entwöhnten. Bis 1257 war die Entwicklung erst an die Schwelle der Bildung eines Wahlfürstencollegiums gelangt. Als wahlberechtigt galten aber nach dem Deutschenspiegel um 1260 noch alle Fürsten, geistliche wie weltliche. Die geistlichen hatten sich an den Wahlen von 1246 und 1247 noch ziemlich zahlreich beteiligt; bei den Wahlen von 1257 thaten sie es nicht mehr, nicht weil sie nicht zugelassen worden wären oder ein Wahlrecht nicht mehr besessen hätten (wir kennen keinen Akt, durch den ihnen das Wahlrecht aberkannt wäre), sondern, weil ihre Stimmen keine entscheidende Bedeutung mehr hatten. Nicht viel höher war die Stimme des Herzogs von Baiern 1257 angeschlagen worden; dagegen war der böhmischen Stimme ein höherer Wert beigelegt worden. Baiern wurde darauf noch völlig zurückgedrängt. Böhmen dagegen trat zu den sechs alten jetzt allein als für die Entscheidung oder Vollziehung einer gültigen Wahl notwendigen Fürsten hinzu und fand schliesslich auch die urkundliche, reichsgesetzliche Anerkennung des (mehr ertrotzten) Kurrechts.

Das Wahlvorrecht der alten sechs Wahlfürsten, das zunächst nur mehr ein Ehrenrecht gewesen war, hatte sich im Laufe von 30 bis 50 Jahren, von etwa 1220 bis 1257, zu einem wirklich entscheidenden und in weiteren 18 bis 20 Jahren zu einem alleinigen Wahlrecht, entwickelt. Da errang sich dieses auch der König von Böhmen.

Als sie allein Wähler waren, allein das Kurrecht übten, war das Kurcollegium erst vorhanden. Bereits 1257 hatte man nur sechs, mit dem noch zweifelhaften Böhmen sieben, Fürsten als entscheidende Wähler betrachtet. Bis 1273 waren sie alleinige Wähler geworden. Das bei dieser Wahl zum ersten Male in die Erscheinung getretene Kurfürstencollegium fand seinen Abschluss, seine dauernde feste Gestaltung erst, als der Streit um die siebente Kurstimme zwischen Baiern und Böhmen durch König Rudolf für Böhmen entschieden war, also im Jahre 1290 und fand seine reichsgesetzliche Anerkennung durch die „Goldene Bulle“ im Jahre 1356.

Nachwort.

Während die vorliegende Arbeit im Drucke fast abgeschlossen war, erschien eine Abhandlung des Herrn Professors Dr. Lindner über: „die deutschen Königswahlen und die Entstehung des Kurfürstentums“¹⁾. Der hochgeschätzte Verfasser behandelt in dieser Schrift denselben Gegenstand, dem ich mich in meiner Arbeit gewidmet habe. Er hat die deutschen Königswahlen ausführlicher behandelt, während ich aus den Berichten darüber für meine Untersuchungen nur das herangezogen habe, was unmittelbar für die Lösung der bestrittenen Frage verwendet werden konnte. Ich hatte mir die Aufgabe gestellt, die bisher über die Frage geäußerten Ansichten zu betrachten und an der Hand der Quellen zu prüfen, die irrigen Ansichten zu beseitigen und die richtigen in das rechte Licht zu stellen und so einer endgültigen Lösung der Frage nahe zu kommen zu versuchen. Lindner hat die Untersuchung über die Kurfürstenfrage einfach an der Hand der Quellen durchgeführt und jene Ansichten nur nebenbei erwähnt und beurteilt.

Zu meiner Genugthuung habe ich bei der Durchsicht der Schrift Lindners wahrgenommen, dass ich fast in allen Punkten zu denselben Ergebnissen gelangt bin wie

1) Leipzig, Dyksche Buchhandlung 1893.

dieser. Aber es sind doch auch einige bedeutendere Abweichungen vorhanden. Zu diesem möchte ich, soweit sie sich auf den Kernpunkt der Frage beziehen, hier noch Stellung nehmen.

Professor Lindner hat die Wahlhandlung streng in ihre einzelnen Teile gegliedert. Er unterscheidet: Vorbesprechungen und Vorberatungen, in denen man sich über einen Kandidaten einigte (*designatio, nominatio, denominatio*); dann folgt die Ausrufung dieses als Königs, die Wahlverkündigung, Ausrufung mit Namen (*electio*); darauf die *laudatio*, das Treugelöbnis der Einzelnen an den König, eine Huldigungsform, die sich aus dem früheren allgemeinen Zustimmungsrufe entwickelt habe¹⁾.

Weiter führt Lindner aus, dass die *electio*, Wahlausruf, Wahlverkündigung, die Kur, von nur einem hervorragenden Fürsten, in der Regel dem ersten Vertreter des ersten, des geistlichen, Standes, dem Erzbischofe von Mainz ausgeübt worden sei, auch bereits im 11. und 12. Jahrhundert. Er kommt zu dieser Ansicht durch den Brauch, der ersichtlich bei allen Wahlen seit 1257 eingehalten worden ist. — Nun könnte ja der Bericht des Gislebert von Hennegau über die Wahl Friedrichs des Ersten 1152, wo er in sehr detaillierender Weise erzählt, wie dieser nach Vereinbarung mit den zur Wahl anwesenden Fürsten sich selbst zum Könige erwählt habe²⁾, Lindner einen gewissen Anhalt für seine Annahme bieten. Aber dieser Bericht ist wenig glaubwürdig; denn die gleichzeitigen Geschichtsschreiber, Otto von Freising und Abt Wibald, die selbst an der Wahl teilnahmen, erzählen nichts von einem solchen Verfahren³⁾. Damit fällt dieser Anhalt hin. Es findet sich auch sonst in den Quellen keine Spur von einem solchen Verfahren, wie es Lindner behauptet. Es ist nur berichtet, dass dem Erzbischofe von Mainz die erste Stimme bei der Wahl von Rechtswegen (*de jure ac*

1) vgl. Lindner S. 75 ff., 88 ff., 143 ff., 164 f., 211.

2) M. G. SS. XXI, S. 516.

3) vgl. oben S. 27 u. Anm. 2.

consuetudine, ab antiquo) zugestanden habe¹⁾), nicht, dass er das Recht der Wahlverkündung oder des Wahlausrufs allein gehabt habe. Er hatte nur die Leitung der Wahlhandlung und die erste Stimme bei der Wahl, das Recht den zu erwählenden König zuerst mit Namen zu nennen. Wenn er bei der Wahl nicht anwesend war, übten öfter andere Erzbischöfe, so z. B. 1198 die Erzbischöfe von Magdeburg und Köln, 1208 in Halberstadt der Erzbischof von Magdeburg an erster Stelle das Wahlrecht aus, als jedesmalige Erste des Ersten, des geistlichen, Standes. Dass die erste Nennung des neuen Königs einer Wahlverkündung ähnlich sah, will ich nicht bestreiten; es war aber eine solche nicht. Die anderen Fürsten übten, nachdem die erste Stimme abgegeben war, in gleicher Weise ihr Wahlrecht aus, riefen mit denselben Worten den Namen des Königs aus. Ich stütze diese Behauptung auf den Bericht Wipos über die Wahl Conrads, wo es heisst: „singuli . . . eadem verba electionis saepissime repetebant“ und auf den Bericht Ragenrins zur Wahl Friedrich I., der sagt: „quod superest caeteris secundum ordinem“. Diese Stellen bezieht Lindner auf den „der Wahlverkündung unmittelbar folgenden“ Akt der laudatio, den Akt der Einzelhuldigung der anwesenden Principes und Nobiles. Das geht nicht an, da Wipo ausdrücklich sagt, dass sie die „verba electionis“: „eligo N. in dominum et regem atque rectorem et defensorem“ nachgesprochen haben. Das ist die Wahl-, nicht eine Huldigungsformel. Eine Verwechselung des Wahlakts und des Huldigungsakts, glaube ich, darf man in diesem Punkte bei Wipo nicht annehmen, da er ausdrücklich die Wahlformel angiebt und von deren Nachsprechen seitens der Einzelnen spricht, und da er ausserdem später den Huldigungsakt, das Treugelöbnis der Unterthanen („Episcopi, duces et reliqui principes, milites primi, milites gregarii, ingenui omnes, si alicujus momenti sint, fidem faciunt“)

1) vgl. oben S. 36 u. Anm. 3 u. S. 23. Anm. 4. „sententia“, „vox“ u. „electio“ ist von seiner Stimme gesagt.

noch besonders hervorhebt neben der Wahl. Demgegenüber dürfen die vom Erzbischofe von Mainz früher gebrauchten Worte: „laudavit et elegit“ nicht zu jener Annahme verleiten. Der Huldigungsakt, die laudatio, das Treugelöbnis der Unterthanen, folgte der von den Principes vollzogenen Wahl, wie in der Narratio über die Wahl Lothars, allerdings an der richtigeren Stelle, hervorgehoben ist, wurde aber nicht mit dem Wahlakte gleichzeitig vollzogen, noch war er mit diesem identisch¹⁾. Die Schilderung der narratio entspricht in diesem Punkte unzweifelhaft den thatsächlichen Vorgängen mehr als der sehr zusammengezogene Bericht Wipos. Da Lindner dessen Darstellung selbst bemängelt, so durfte er, m. Erachtens, auch keine Stütze für seine Ansicht von der Wahlverkündigung durch einen Fürsten darin sehen, dass Wipo Conrad bereits als rex bezeichnet, nachdem die geistlichen Principes und der jüngere Conrad ihn gewählt hatten, und zwar auch schon deshalb nicht, weil es wahrscheinlicher ist, dass ebenso wie alle geistlichen Fürsten auch die weltlichen Fürsten ebenfalls ihre Wahlstimmen abgegeben und sich nicht auf die laudatio, das persönliche Treugelöbnis, beschränkt haben werden. Dass die Wahl in der von mir angegebenen Weise vorgenommen worden ist, beweisen ausserdem die vielen Stellen, die etwa lauten: „nos et alii principus elegimus“ oder „nos una cum principibus imperii elegimus“ und ähnliche Aussprüche.

Die „electio“, Kur, ist ein Akt für sich, der von den Principes in feierlicher Sitzung vollzogen werden konnte. Erst wenn sie alle die Wahl vollzogen hatten, konnte die

1) M. G. SS. XII. 509/12. „unanimi consensu ac petitione principum, jam primum Lotharius rex deo placitus, sublimatur in regnum Denique rex L. electus ab omnibus, expetitus ab omnibus, sequenti die in principum concione consedit. Et primo ab episcopis universis, scilicet XXIV, qui tunc aderant, et abbatibus quam pluribus . . . fidelitatem non indebitam de more suscepit . . . Deinde confluebant hinc inde regni principes, fidelitatem suam tam in hominio quam sacramento regi domino firmaverunt“.

Wahl von einem damit beauftragten Fürsten den übrigen Wahlteilnehmern öffentlich verkündet werden, wie es z. B. von der Wahl Richards 1256 heisst: „Colon. eligit et mox electionem omnibus astantibus publicavit“ oder „Colon. electionem publicavit“. Dasselbe bedeuten auch die Worte über dieselbe Wahl: „tandem Colon. pro se ac Moguntino et comite praesente et consentiente — elegit“, d. h. in diesem Falle: „er verkündete im Namen und unter der Zustimmung der genannten Fürsten, mit denen er schon lange einig war über die Wahl Richards, die von ihnen vereinbarte Wahl“. Lindner selbst hebt S. 122 in Beziehung auf diese Stelle hervor, dass man bei Heranziehung der in den Quellen gebrauchten Ausdrücke recht vorsichtig sein müsse, da gerade bei dieser Wahl der Pfalzgraf nicht bloss als bevorzugter Wähler, sondern geradezu als Kurfürst aufgetreten sei. Und S. 92 betont er, dass der Verkündiger der Wahl damit kein Wahlrecht ausübte, sondern indem er aus der Menge hervortrat, nur einen Ehrenvorzug genoss.

Ferner möchte ich für meine Ansicht, der Lindner mit der hier etwas eingeschränkten Ansicht schon nahe kommt, noch die Stelle des Sachsenspiegels anziehen, wo dieser von „sechs Ersten an der Kur“ spricht. Lindner meint dazu¹⁾, dass hier die Sechs die Stelle des einen „Electors“, der in der Regel der Erzbischof von Mainz gewesen sei, eingenommen hätten; die übrigen Principes, die nach ihnen einträten, hätten nur die laudatio ausgeübt. Eike sagt, dass sie „*allererst bi namen kiesen*“, d. h. die Kur ausüben sollen. Das ist genau dasselbe, was Wipo erzählt. „*Bi namen kiesen*“ ist dasselbe, was die Principes nach Wipo thun, wo sie einzeln die Wahlformel „*eligo N. in regem etc.*“ sprechen, Das „*allererst*“ deutet zugleich an, dass sie nicht die Wahlverkündigung aussprechen, allein den Kürspruch thun, sondern es nur zuerst thun, und dass dasselbe nach ihnen auch die übrigen

1) S. 165.

Fürsten, geistliche und weltliche, in gleicher Weise thun, und dass deren Thätigkeit nicht auf die *laudatio* beschränkt ist. Die Kur ist der erste Akt der feierlichen Wahl, die *laudatio* der zweite, ein anderer Akt. Ich will zugeben, dass die Kur der übrigen Fürsten, weil sie nur als Zustimmung zu der von den sechs Ersten vollzogenen Kur erscheinen konnte, auch als *laudatio* bezeichnet werden kann, aber nicht in dem von Lindner präzisierten Sinne¹⁾.

Es sind, wie dargelegt ist, die „sechs Ersten an der Kur“ im Ssp. nicht reine und alleinige Wahlverkündiger, wie es Lindner gemäss seiner Annahme eines Wahlverkündigers, eines „*elector*“, für die frühere Zeit meint. Lindner glaubt, dass der Ssp. von einer Gesamtproclamation durch die „sechs Ersten“ spreche, die durch einen Beauftragten zur Aussprache gebracht werde²⁾, dem die übrigen gewissermassen als Eideshelfer dabei zur Seite gestanden hätten. Und er ist der Ansicht, dass seit der Wahl Conrads II. sich die Zahl der Wahlverkündiger durch die geschichtliche Entwicklung auf sechs erhöht habe³⁾, indem jeder Wahlkörper, der der Geistlichen und der der Laien, immer die gleiche Zahl der Wahlverkündiger beansprucht habe. Zu dem ersten geistlichen sei ein weltlicher und dann zu dem zweiten geistlichen ein zweiter weltlicher und schliesslich aus jedem Wahlkörper noch ein dritter Wahlverkündiger herausgetreten. Er glaubt das schliessen zu sollen aus der Stelle des Baseler Fürstenverzeichnisses, wo der Pfalzgraf „*summus in electione imperatoris*“ genannt wird, und

1) Anmerkung: Was Lindner über die *laudatio* angiebt, passt sehr gut auf die Fälle, wo einem vom regierenden Könige zur Nachfolge designierten Sohne die Nachfolge gesichert werden sollte; in diesen Fällen fand eine wirkliche Wahl überhaupt nicht statt, sondern nur eine Art Huldigung, Treuversprechen, *laudatio*. Nicht aber passt es auf die andern Fälle, wo erst ein Throncandidat zu finden und zu erwählen war. Ein ähnliches Verfahren trat wieder ein mit der Vollendung des Kurcollegiums, auch für die letzteren Fälle.

2) Lindner S. 200 ff.

3) das. S. 198 ff.

aus der Nachricht Rogers von Hoveden über das Verfahren bei der deutschen Königswahl, wo er 4 Fürsten, zwei geistliche, die Erzbischöfe von Mainz und Köln, und zwei weltliche, den Pfalzgrafen und den Herzog von Sachsen, als solche nennt, denen die zur Wahl versammelten deutschen Fürsten 12 Fürsten zur Auswahl für den Königsthron präsentierten. Es ist aber doch mindestens sehr merkwürdig, dass die deutschen Quellen der Zeit nichts Ähnliches berichten. Darum scheint mir jene Stelle nicht recht glaubwürdig, zumal da auch die Präsentation von 12 Fürsten zur Auswahl etwas sehr Verwunderliches, ein kaum je üblich gewesenes Verfahren zu sein scheint. Es scheint mir Roger nur eine phantastische Theorie der Wahl zu geben. Einen gewissen Anhalt für die Nennung jener vier Fürsten können ihm allerdings die Machtverhältnisse der deutschen Fürsten, ihre Stellung im Reiche und ihr Einfluss auf die Entscheidung der Königswahlen gegeben haben, Verhältnisse, die ich oben näher dargelegt habe¹⁾. Mögen auch jene genannten Fürsten die engere Wahl zu vollziehen gehabt haben, mögen sie insofern Wahlverkündiger in Lindners Sinne gewesen sein; so wäre damit Lindners Annahme von Wahlverkündigern zwar plausibel, aber doch noch nicht als richtig erwiesen. Ich halte dem gegenüber an meiner Ansicht fest, dass alle deutschen Fürsten noch Wähler waren, dass nur einige von ihnen, und zwar die von mir oben genannten Fürsten, einen hervorragenden Einfluss auf die Wahlentscheidung gehabt haben; aber ein solches Ehrenvorrecht, wie Lindner es thut, vermag ich ihnen nicht zuzuschreiben, da ich keine sichere Stütze für eine solche Annahme in den Quellen finde. Ausserdem ist es auch mehr wahrscheinlich, dass aus den sechs „Ersten an der Kur“, die der Ssp. nennt, sich erst später, wie das Kurcollegium, die Beschränkung auf eine geringere Zahl von alleinigen Wählern,

1) vgl. oben S. 35 ff.

so auch die Art der Wahlverkündigung durch einen Fürsten sich eingebürgert hat, oder dass, was ich zugeben will, die öffentliche Verkündigung der vollzogenen Wahl durch einen Fürsten, wie sie in früherer Zeit auch bereits üblich gewesen sein kann, sich erhalten hat. Der Weg, erst die Vermehrung auf sechs Fürsten, dann die Wiederbeschränkung auf einen Fürsten, hat nicht so viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Aus seiner Annahme von sechs Wahlverkündigern, die dieses Recht bereits bis zur Zeit der Abfassung des „Auctor vetus de beneficiis“ erworben haben sollen, schliesst Lindner weiter, dass diese dem Papste auch die Rechtmässigkeit, Vollgültigkeit der Königswahl zu bezeugen und zu verbürgen berufen gewesen seien. Das lässt sich aber meiner Ansicht nach eben so gut aus den Machtverhältnissen der Fürsten und ihrer einflussreichen Stellung bei der Wahl in Verbindung mit dem Wunsche des Papstes, dass hervorragende Fürsten ihm die Rechtmässigkeit der Königswahl bezeugen sollten, wahrscheinlich machen, wie ich oben gezeigt habe¹⁾. Lindner giebt ja an einer andern Stelle auch zu, dass das Bedürfnis einer Bürgschaft für die Vollgültigkeit einer Königswahl die Ausscheidung eines festen Kernsausderzahlreichen, viele Gleichberechtigte umfassenden, Fürstenwelt forderte²⁾. So wurden sechs Fürsten, neben den drei Rheinischen Erzbischöfen noch die drei mächtigsten weltlichen Fürsten aus der grossen Zahl der wahlberechtigten Fürsten herausgehoben. Dieses Erfordernis genügte allein, wie ich an der angegebenen Stelle weiter ausgeführt habe, um den Keim zur Bildung eines Kurcollegiums oder, wie Lindner sagt, des Kurfürstentums zu bilden.

Auf andere weniger bedeutende und unwesentliche Abweichungen, will ich nicht eingehen.

1) s. oben S. 68 ff.

2) Lindner S. 203 ff. vgl. oben S. 68 ff.

Bietet meine Arbeit neben der Lindners auch nur wenig Neues, so will ich sie dennoch der Öffentlichkeit übergeben, da sie in vielen Punkten ergänzend eintreten kann. Ich gebe mich dabei der Hoffnung hin, dass sie neben der bedeutsamen Arbeit Lindners auch noch der Benutzung für wert gehalten werden wird.

Zum Schlusse möchte ich noch Gelegenheit nehmen, Herrn Prof. Dr. Lindner meinen Dank dafür auszusprechen, dass er in grosser Liebenswürdigkeit mich von dem bevorstehenden Erscheinen seiner Schrift in Kenntnis gesetzt und mich veranlasst hat, meine bereits abgeschlossene Arbeit vor dem Erscheinen der seinigen als Promotionsarbeit einzureichen, und dass er es mir dadurch ermöglicht hat, auf Grund dieser Arbeit die Würde eines Doktors der Philosophie zu erlangen.

Halle (Saale), am 7. August 1893.

Reinhold Kirchhöfer.

Inhalts-Übersicht.

	Seite
Einleitung	5

Erster Abschnitt.

I. Geschichtliche Ereignisse. Königswahlen im 11. und 12. Jahrhundert	9 - 44
1. Wahl Conrads II.	10
2. Die Wahl des Gegenkönigs Rudolf von Rhein- felden (1077)	14
3. Die Wahl Lothars von Sachsen (1125)	14
4. Die Wahlen Conrads III. und seines Sohnes (1138 und 1147)	21
5. Wahl Friedrichs I (1152)	22
6. Die Wahlen von 1169 und 1196	24
II. Spureneines Kreises bevorrechtigter Wähler im 12. Jahrhundert.	24
1. Ansichten der Forscher	24
2. Beurteilung dieser Ansichten	28
3. Die Erzämter im 11. und 12. Jahrh.	31
4. Ergebnisse für das 12. Jahrhundert	34
a. Allgemeines	34
b. Die Fürsten mit hervorragendem Einflusse auf die Wahlentscheidung	35

	Seite
c. Vorstimmrecht und Erzämter	39
α. Erzämter	39
β. Verbindung von Vorstimmrecht und Erzamt?	42

Zweiter Abschnitt.

Der Zeitraum von 1198 bis etwa 1230	45—111
1. Die Doppelwahl von 1198 und ihre Folgen	45
a. Stellung der Curie zur Wahl	45
b. Die Rechtsbücher	53
c. Ansichten der Gelehrten über die durch die Entstehung der Rechtsbücher bezeichnete Entwicklungsperiode und Beurteilung der- selben	54
d. Erste Anfänge des Kurcollegiums	68
e. Die Erzämter im Anfange des 13. Jahr- hunderts und deren Erwähnung im Sachsen- spiegel	73
f. α. Zahl der „Ersten an der Kur“	80
β. Siebenercollegium der Wahlfürsten	84
βα. Hinzutreten des Königs von Böhmen	84
ββ. Vorstimmrecht des Herzogs von Lothringen-Brabant	91
g. Stellung Kaiser Friedrichs zu den Wahl- vorrechten einzelner Fürsten und die Wahl von 1237	92
h. Der Forscher Erwägungen allgemeinerer Art in Beziehung auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren, im Anschlusse an das Schreiben des Kanzlers von 1220 und die Quellen über die Wahl von 1237. Beur- teilung dieser Ansichten	96
α. Zum Schreiben von 13. Juli 1220	96
β. Zur Wahl von 1237	106

Dritter Abschnitt.

	Seite
Entwicklung des Kurcollegiums von 1230 bis 1257	112—140
1. Ergebnisse der vorigen Periode. Wahlverfahren nach dem Sachsenspiegel	112
2. Die Wahlen von 1246 und 1247	115
a. Die Wahl Heinrich Raspes	115
b. Die Wahl Wilhelms von Holland	116
3. Die Stellung der Curie zum Wahlvorrechte oder alleinigen Wahlrechte einiger Wähler (im zweiten Viertel des 13. Jahrh.)	118
a. Stellung der Curie bis 1239	118
b. Stellung der Curie bei der Wahl Heinrich Raspes	119
c. Stellung der Curie bei der Wahl Wilhelms von Holland	123
4. Auffassung des Wahlrechts in Deutschland	125
a. Äusserung des Herzogs von Baiern 1239	126
b. Äusserung Alberts von Stade	128
α. Wahlverfahren	128
β. Kurrecht und Erzämter	129
c. Äusserungen der sächsischen Städte	131
5. Die Doppelwahl des Jahres 1257	136
6. Die Entwicklung des Kurfürstencollegiums von 1230 bis 1257	138

Vierter Abschnitt.

Das Kurcollegium seit 1257	141—175
1. Das Zurücktreten der grossen Mehrzahl der Fürsten von der Wahl	141
2. Ansprüche des Königs von Böhmen auf das Kurrecht	145
3. Ansprüche des Herzogs von Baiern auf das Kurrecht	149
4. Kurrecht und Erzamt seit 1257	153

	Seite
5. Entwicklung des Kurcollegiums seit 1257 . . .	163
6. Excurs. Beurteilung der Ansichten über den Einfluss der Bulle des Papstes Urban IV. vom Jahre 1263 auf die Entwicklung des Kur- collegiums	171
Schlussbemerkungen	175—177
Nachwort	178—186

Im Verlage von **C. A. Kaemmerer & Co.** in **Halle a. S.**
erschienen ferner:

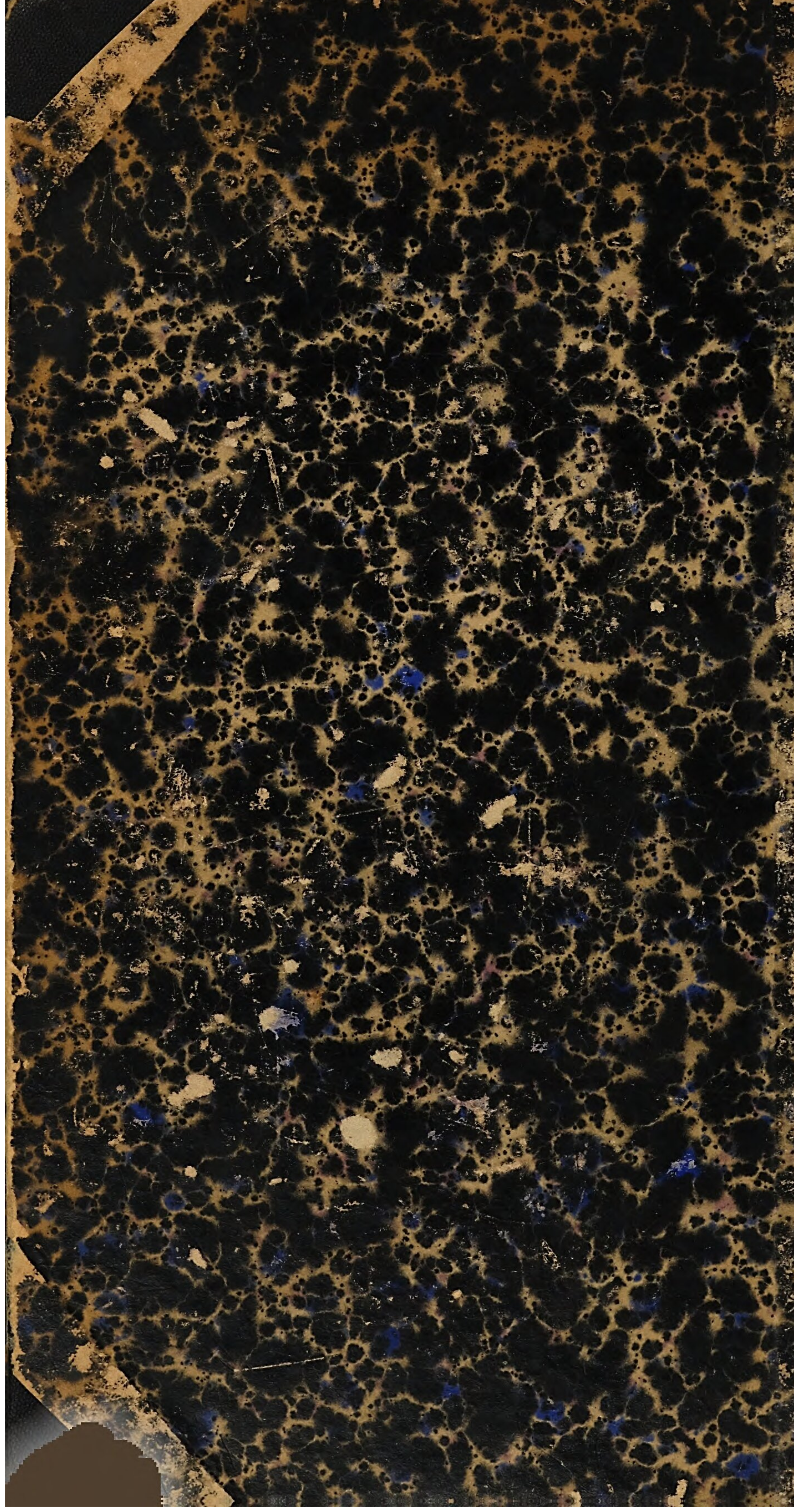
Hallische Beiträge
zur Geschichtsforschung.

Herausgegeben
von **Theodor Lindner.**

- Heft I. **Theodericus Pauli, ein Geschichtsschreiber
des XV. Jahrhunderts und sein speculum
historiale.** Von Dr. Werner Focke. 122 S.
Preis 2 M.
- Heft II. **Die Wahl Urbans VI. 1378.** Von
Dr. Richard Jahr. 96 S. Preis 1 M. 50 Pf.
- Heft III. **Eckard von Ders, Bischof von Worms
1370—1405.** Von Dr. Kurt Wiemann. 76 S.
Preis 1 M. 50 Pf.
- Heft IV. **Der Uebergang der Mark Brandenburg an das
Haus Wittelsbach.** Von Dr. Gustav Salchow.
85 S. Preis 1 M. 50 Pf.



Karl Bögl



Kirchhöfer, Reinhold,

Zur Entstehung des Kurcollegiums

Halle/Saale 1893

J.publ.g. 381 r

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635672-0